

Noch nicht genehmigt

Protokoll 12

Stadtratssitzung

Donnerstag, 23.06.2022, 15.05 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 15.05 bis 16.45 Uhr	665
Mitteilungen des Vorsitzenden	666
Traktandenliste	667
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 08 vom 28.04.2022)	668
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 09 vom 05.05.2022)	668
3 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2021-2024; Ersatzwahl	668
4 Jahresrechnung 2021	668
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	687
Mitteilungen des Vorsitzenden	688
5 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Wie beeinflussen – oder auch nicht – globale Megatrends die Auswahl der Anlagefonds und somit die Rendite der Personalvorsorgekasse?	688
6 Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021	693
7 Interfraktionelle Motion Fraktion GB/JA!, SP/JUSO (Seraphine Iseli, GB/Timur Akçasayar, SP): Politische Mitwirkung der Stadtteile – das aktuelle Berner Modell der Quartierpartizipation jetzt den künftigen Anforderungen anpassen	702
8 Postulat Matthias Egli (GLP): Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit	703
9 Motion Agglomerationskommission Stadt Bern (Ruth Altmann, FDP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Eine Share-Region-Strategie für die Kernagglomeration Bern; Begründungsbericht	703
10 Aufsichtskommission: Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2021	703
11 Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle: Tätigkeitsbericht 2021	705
13 Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Projektierungskredit	708
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr	712
39 Kleine Anfrage Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller/Szabolcs Mihalyi, SP): Lohnkürzung für Lehr- und Betreuungspersonal in der Stadt Bern?	713
40 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): «Mubeeri»: Wie geht es mit dem Hallenbad Hirschengraben weiter? Hat die Stadt einen Plan für einen Badebetrieb oder soll dieses nach der Sanierung vorab für Geschäftsmieter genutzt werden?	713
13 Fortsetzung: Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Projektierungskredit	713
14 Interpellation Fraktion FDP/JF (Tom Berger, JF): Illegaler Barbetrieb im Raum Schützenmatte – wie weiter?	717
15 Interpellation Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF): Natur- und Umweltkalender	717

16	Interpellation Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus/Claudine Esseiva/Dolores Dana, FDP): Remote-Office – wo steht die Stadt Bern?	718
17	Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Mohamed Abdirahim, JUSO/Tabea Rai, AL): Die Stadt Bern setzt ein Zeichen gegen Homo- und Transphobie und Diskriminierung wegen der Geschlechtsidentität und/oder sexuellen Orientierung	718
18	Interfraktionelle Motion SVP, GLP/JGLP, AL/GPB-DA/PdA, GB/JA!, FDP/JF, BDP/CVP, SP/JUSO (Rudolf Friedli, SVP/Janine Wicki, GFL/Tabea Rai, AL/Leena Schmitter, GB/Patrick Zillig, GLP/Dannie Jost, FDP/Philip Kohli, BDP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Sicherstellung des Beratungsangebots für die LGBTI-Community; Begründungsbericht	727
19	Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA, GB/JA! (Mohamed Abdirahim, JUSO/Valentina Achermann, SP/Eva Gammenthaler, AL/Ursina Anderegg, GB): Hürden für non-binäre Menschen abbauen	728
20	Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, AL/GaP/PdA, BDP/CVP, GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, (Patrick Zillig, GLP/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Milena Daphinoff, CVP/Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Mohamed Abdirahim, JUSO): Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen.....	728
21	Interpellation Tabea Rai (AL): Betreffend Situation der LGBT-Geflüchteten (Lesbian, Gay, Bi, Transgender) in Bern – Einschätzung der Problemlage und Bereitschaft für ein Engagement beim Bund betreffend Anerkennung der Fluchtgründe im Asylgesetz und für die Erarbeitung von Lösungen mit anderen Gemeinden	729
22	Interpellation Thomas Glauser (SVP): Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von LGBTIQ-Menschen auch im Marzilibad – Werden Männer im Freibad Marzili diskriminiert?	730
23	Motion Fraktion BDP/CVP (Milena Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP): Strukturdiskussion und neues Modell für die Sparte Schauspiel von Konzert Theater Bern	730
24	Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler EVP): KTB: Neue Transparenz- und Informationsregelung im Vertrag zwischen KTB, Kanton und Stadt Bern; Prüfungsbericht.....	732
25	Motion Henri Beuchat (SVP): Ausgabenmoratorium Kulturbudget der Stadt Bern.....	733
26	Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA und SVP (Luzius Theiler, GaP/Tabea Rai, AL/Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicer, SVP): Die Existenz der bestehenden Kleintheater in der Altstadt ist zu sichern!.....	734
	Verschobene Traktanden.....	736
	Eingänge	737

Präsenzliste der Sitzung 15.05 bis 16.45 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim
Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Katharina Altas
Ursina Anderegg
Tom Berger
Diego Bigger
Lea Bill
Laura Binz
Regula Bühlmann
Eva Chen
Francesca Chukwunyere
Nicole Cornu
Dolores Dana
Milena Daphinoff
Sibyl Martha Eigenmann
Vivianne Esseiva
Alexander Feuz
Jelena Filipovic

Thomas Fuchs
Katharina Gallizzi
Thomas Glauser
Lukas Gutzwiller
Erich Hess
Brigitte Hilty Haller
Michael Hoekstra
Seraphine Iseli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Barbara Keller
Nora Krummen
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihalyi
Tanja Miljanovic
Alina Irene Murano

Barbara Nyffeler
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Rahel Ruch
Michael Ruefer
Kurt Rüegsegger
Remo Sägger
Mahir Sancar
Marianne Schild
Florence Schmid
Sara Schmid
Ursula Stöckli
Therese Streit-Ramseier
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Janosch Weyermann
Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Ruth Altmann
Nicole Bieri
Gabriela Blatter
Jemima Fischer
Lionel Gaudy
Bernadette Häfliger

Nora Joos
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Anna Leissing
Tabea Rai
Judith Schenk

Michael Sutter
Ayse Turgul
Claudine Esseiva
Franziska Geiser
Valentina Achermann
Ueli Jaisli

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Reto Nause SUE

Michael Aebersold FPI
Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
Christine Otis, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Heute hat es weder ein Geburts- noch ein Todestag oder sonst ein Freuden- oder Gedenktag in meine Begrüssung geschafft. Es ist einfach Donnerstag, 23. Juni 2022. Allerdings findet diesen Monat der Pride Month statt – Sie merken es der Traktandenliste an. Es ist der Monat der queeren Anliegen der LGBTIQ-Community. Die Zürich Pride von letzter Woche war einer der Höhepunkte dieses Monats. Wer weiss, vielleicht wird auch unsere heutige Debatte zum Thema ein weiterer Höhepunkt.

Bevor wir aber mit zahlreichen Ordnungsanträgen in den Ratsbetrieb einsteigen, möchte ich mit Blick in die Zukunft einige Worte an Sie richten. Ich hoffe, dass Vize-Stadtratspräsident Michael Hoekstra in einem Jahr davon profitieren kann. Spätestens nach den Sommerferien erhalten Sie vom Ratssekretariat die Liste der Sitzungsdaten für das Jahr 2023. Ich bitte Sie, diese Liste nach Erhalt genau durchzulesen und allfällige Unzufriedenheiten umgehend ans Ratssekretariat sowie ans Ratsbüro zu melden. Ich bitte Sie, nicht ein ganzes Jahr zu warten, um zehn Tage vor der Sitzung Ihre Rückmeldungen dazu zu geben. Selbstverständlich sind Sie das Parlament und im Rahmen des Geschäftsreglements des Stadtrats (GRSR) steht es Ihnen frei, die Sitzungen umzustellen und die Traktandenliste neu zu gestalten. Ich erlaube mir allerdings die Bemerkung, dass das Ratssekretariat letztes Jahr die Sitzungszeiten von heute nicht aus dem Blauen heraus veranschlagt hat. Sie würden über die schiere Anzahl der Rahmenkriterien und Einschränkungen staunen, die man beachten muss, wenn Sitzungen für ein Jahr festgelegt werden müssen. Vor einem Jahr, als wir diese und die nächste Sitzung ansetzten, gingen wir davon aus, dass das Kinderparlament heute hier drin tagen wird. Dies musste zuerst bereinigt werden und ich bedanke mich beim Kinderparlament für das Entgegenkommen. Die Kinder tagen heute im Westen von Bern, in Bümpliz.

Ausserdem gingen die Emotionen hoch, da nur eine halbe Stunde Pause eingeplant war. Das Ratssekretariat verfügt aus den letzten Jahren über Erfahrungswerte, wie lange Budget- und Jahresberichtsdebatten dauern. Man setzt die Sitzungen in entsprechender Länge an, damit wir mit den Geschäften durchkommen. Der Stadtrat schiebt immer noch über 400 Geschäfte vor sich her und es werden nur weniger, wenn wir verhandeln, und nicht, während wir essen gehen. Natürlich ist das gemeinsame Essen in den Fraktionen ebenfalls wichtig, das ist unbestritten. Aber Artikel 1 unseres Geschäftsreglements sagt unmissverständlich, dass wir so häufig tagen müssen oder müssten, wie es die Geschäftslast von uns verlangt. Was das bedeuten würde, muss ich nicht erklären.

Eine letzte Bemerkung: Dass die Zahl der Ordnungsanträge steigt, wenn man vermehrt in Blöcken traktandiert, war zu erwarten. Ich bitte Sie aber auch diesbezüglich, den Geschäftsgang gegen Ihre eigenen Interessen aufzuwiegen. Die Massnahme verliert ihre Wirkung, wenn ich von allen, deren Vorstoss mit einem Sachgeschäft zusammen traktandiert wurde, einen Ordnungsantrag erhalte, damit das Geschäft losgelöst behandelt werden kann, weil befürchtet wird, dass die Wichtigkeit verloren gehen könnte und man zu wenig Präsenz hätte. Ich danke Ihnen, dass Sie konstruktiv und zeitnah mithelfen, den Ratsbetrieb so zu gestalten, dass diese Vorstoss-Bugwelle irgendwann einmal in den nächsten drei oder vier Jahren zusammen mit den Präsidien zu einer Antriebswelle dieses Rats wird, auch wenn Sie dadurch das eine oder andere Mal weniger Pause haben.

Wir begrüssen heute Mahir Sancar von der JA! neu im Stadtrat, er ersetzt Eva Krattiger. Wie immer lade ich Sie herzlich ein, sich bei Fragen und Unklarheiten ans Ratsbüro oder ans Ratssekretariat zu wenden. Ausserdem haben Sie 79 Stadträtinnen und Stadträte, die Ihnen ebenfalls unter die Arme greifen können.

Bitte vergessen Sie nicht, sich mit dem Badge anzumelden. Falls Sie dies noch nicht gemacht haben, holen Sie dies bitte noch nach, danke. Dringliche Vorstösse können bis um 21.00 Uhr, andere bis um 21.30 Uhr eingereicht werden.

Traktandenliste

Die Traktanden 1 und 2 werden gemeinsam behandelt.

Ordnungsantrag 1 Bühlmann

Die Sitzungszeiten für die heutige Sitzung sind wie folgt anzupassen:

15:00 - 16:45 Uhr

17:00 - 19:00 Uhr

20:30 - 22:30 Uhr

Antrag 2 Stadtratspräsident

Konsultativabstimmung zu den Sitzungszeiten vom 7. Juli 2022:

Die Sitzungszeiten werden wie folgt angepasst:

15:00 - 16:45 Uhr

17:00 - 19:00 Uhr

20:30 - 22:30 Uhr

Ordnungsantrag 3 SVP

1. Es sei auf die gemeinsame Behandlung der Traktanden 4 und 5 zu verzichten.
2. Es sei zuerst der Jahresbericht 2021 mit den Redezeiten gemäss Verhandlungsordnung (vgl. Beschluss Fraktionspräsidienkonferenz) zu behandeln,
3. Es sei danach die Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL) gemäss den Redezeiten gemäss GRSR zu traktandieren.

Ordnungsantrag 4 Häfliger

Die Motion Traktandum 12 sei auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag 1 Bühlmann zu. (45 Ja, 1 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 004

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* zu Antrag 2: Andere Optionen, über die wir diskutiert haben, sind nicht möglich, weil in zwei Wochen vor der Stadtratssitzung noch eine Sitzung der PVS stattfindet.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 Stadtratspräsident im Sinne einer Konsultativabstimmung zu. (43 Ja, 3 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 005

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Damit legen wir schon heute fest, dass in zwei Wochen gemäss Konsultativabstimmung genau diese Sitzungszeiten gelten. Dies, damit Sie sich entsprechend organisieren können.

Alexander Feuz (SVP) zu Ordnungsantrag 3 SVP: Ich hatte die Hoffnung, dass man von sich aus darauf zurückkommt. Für mich geht das so nicht. Ich hätte zur Interpellation von Marcel Wüthrich nichts gesagt, das können Sie mir glauben. Aber man kann nicht einen Jahresbe-

richt – eine Jahresrechnung – mit einer Interpellation, bei der die Diskussion gewährt ist, zusammennehmen. Folgendes kommt hinzu: Wenn Sie sich für Effizienz aussprechen, müssen Sie meinen Ordnungsantrag annehmen. Wenn Sie ihn nämlich ablehnen, gelten die Redezeiten gemäss Geschäftsordnung und man kann zu Interpellationen 10 Minuten sprechen, was ebenfalls für das Fraktionsvotum gilt. Die Einzelvoten dürfen 5 Minuten dauern. Rein vom Technischen her ist es völlig verfehlt. Wenn Sie also eine möglichst lange Debatte wollen, müssen Sie meinen Ordnungsantrag ablehnen. Wenn man es so durchziehen will, wie es die Fraktionspräsidien vorbereitet haben, bitte ich Sie, den Ordnungsantrag anzunehmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag 3 SVP zu. (34 Ja, 9 Nein, 5 Enthalten) [Namen](#) 007

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag 4 Häfliger zu. (32 Ja, 13 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 008

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 08 vom 28.04.2022)

2022.SR.000045

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 08 vom 28.04.2022.

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2022 (Protokoll 09 vom 05.05.2022)

2022.SR.000045

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll 09 vom 05.05.2022.

3 Sozialhilfekommission: Amtsperiode 2021-2024; Ersatzwahl

2013.GR.000070

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Sozialhilfekommission; Ersatzwahl für die Amtsperiode 2021–2024.
2. Er wählt mit sofortiger Wirkung bis Ende 2024 (Ablauf der Legislaturperiode 2021–2024) als Vertretung der Fraktion GFL/EVP gemäss Anhang III Ziffer 4 des Kommissionenreglements Frau Sophie Müller in die Sozialhilfekommission.

4 Jahresrechnung 2021

2021.FPI.000121

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat hat den vorliegenden Jahresbericht mit allen Bestandteilen an seiner Sitzung vom 27. April 2022 beschlossen, nachdem er bereits am 23. März 2022 die Produktengruppen-Rechnung genehmigt hatte. Er beantragt dem Stadtrat:

1. Genehmigung des Jahresberichts 2021, bestehend aus Reporting zu den Legislaturrichtlinien, Vorbericht, Bilanz, Erfolgsrechnung, Produktgruppen-Rechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Rechnungsjahr.
2. Genehmigung von zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 5 159 353.61 gemäss Art. 84 Ziff. 4 der Gemeindeverordnung (170.111).
3. Genehmigung eines Nachkredites von Fr. 5 159 353.61 bei der Dienststelle 610 Finanzverwaltung und Erhöhung des Globalkredites von Fr. -34 369 011.32 (Nettoerlös) auf Fr. -29 209 657.71 (Nettoerlös).
4. Kenntnisnahme der Nachkredite zu den Globalkrediten 2021 von Fr. 6 366 106.95 in der Kompetenz des Gemeinderates.
5. Kenntnisnahme des Berichts des Rechnungsprüfungsorgans.

Bern, 27. April 2022

FD-Sprecherin *Regula Bühlmann* (GB/JA!): In der Finanzdelegation (FD) wurde nicht aussernd über den Jahresbericht diskutiert. Wir haben an der Sitzung vom 10. Juni 2022 den Jahresbericht angeschaut, der einen Überschuss von 5,2 Mio. Franken ausweist, was gegenüber der Planung eine Verbesserung von 46,1 Mio. Franken darstellt. Im Budget wurde mit einem Defizit über 40,9 Mio. Franken gerechnet. Für diesen Unterschied zum Budget sind verschiedene Einflüsse verantwortlich: Einerseits gab es bei den Steuern Mehreinnahmen, zugleich aber auch Minderausgaben beim Lastenausgleich Sozialhilfe und bei den Betreuungsgutscheinen, da Eltern coronabedingt ihre Kinder weniger familienergänzend betreuen liessen. Die Corona-Pandemie hatte allgemein einen grossen Einfluss auf die Jahresrechnung des Jahres 2021. Es kam zu Ertragsausfällen von 6,4 Mio. Franken im allgemeinen Haushalt. Im Gesamthaushalt betrugen diese Ausfälle 6,5 Mio. Franken. Die Mindererträge im allgemeinen Haushalt werden auf 6,7 Mio. Franken und im Gesamthaushalt auf 12,2 Mio. Franken geschätzt. Darin eingeschlossen sind – das fand ich spannend – kleinere Abwassermengen aufgrund von Betriebsschliessungen, was 3 Mio. Franken ausmachte, sowie die Mietzinsreduktionen, die die Stadt beschlossen hatte, um dem Gewerbe und den Menschen entgegenzukommen, die unter den Folgen von Corona litten. Alles im allem kann man sagen, dass die Corona-Pandemie im allgemeinen Haushalt eine Zusatzbelastung von ungefähr 14 Mio. Franken bedeutet, respektive 18,7 Mio. Franken im Gesamthaushalt. Man kann nicht mit Sicherheit sagen, ob das die Differenz zu einer Jahresrechnung ohne Corona-Pandemie wäre. Auf jeden Fall zeigen die im Vergleich zum Budget höheren Steuereinnahmen, dass sich die Wirtschaft von der Pandemie gut erholen konnte und das bereits während eines Pandemie-Jahrs, was sehr erfreulich ist. Man muss aber auch sagen, dass die meistbetroffenen Betriebe nicht die grossen Steuerzahler sind, da es sich dabei eher um kleinere Betriebe in der Gastronomie und im Detailhandel handelt. Trotzdem können wir davon ausgehen, dass die Unterstützung durch die öffentliche Hand hilfreich war – sei es durch die Stadt, den Kanton oder den Bund. Vielleicht half es darüber hinaus auch unseren Steuereinnahmen. Trotz eines Plus in der Jahresrechnung haben wir aufgrund eines hohen Investitionsbedarfs in der Jahresrechnung 2021 einen Finanzierungsfehlbetrag von knapp 47,5 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung beträgt mit 61,9% fast dreimal so viel wie budgetiert, liegt aber leider immer noch nicht auf den 100%, die wir gemäss Finanzstrategie erreichen sollten. Dazu wären grössere Ertragsüberschüsse nötig gewesen. Vielleicht würden wir ohne die Auswirkungen der Corona-Pandemie besser dastehen. Die Voten aus den Kommissionen dazu werden Sie noch hören und ich möchte abschliessend noch ein paar Konstanten aufzeigen, die sich über die verschiedenen Direktionen gezogen haben. Die Auswirkungen des Finanzierungs- und Investitionsprogramms FIT II sind für alle Direktionen sehr wichtig zu erwähnen: Das Sparprogramm bedeutete eine hohe Arbeitslast für das Personal, der Druck nahm zu und für gewisse geplante Projekte fehlten die

Ressourcen. Ausserdem brauchte es aufgrund von aussergewöhnlichen Krisensituationen, die nach mehr Personal verlangten, Nachkredite. Ein weiteres Problem, das mit dem ersten Problem zusammenhängt, ist der bestehende Fachkräftemangel bei der Stadt Bern. Wir haben eine hohe Fluktuation und es ist schwierig, geeignete Leute zu finden. Auch diesbezüglich hilft es nicht, wenn wir Stellen aktuell nicht mehr besetzen, da dies die Attraktivität der Arbeitsplätze nicht unbedingt erhöht. Trotz dieser kleineren Einschränkungen empfiehlt Ihnen die FD mit einer Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und den Jahresbericht mit seinen Bestandteilen zu genehmigen.

SBK-Sprecherin *Bettina Jans-Troxler* (EVP): Ich übernehme den Teil zur Direktion BSS. In der SBK sind zudem die Abteilung Gemeinde und Behörden (GuB) sowie ein Teil der PRD angesiedelt. Zuerst gebe ich einen kurzen Überblick über die Zahlen der BSS: Die Nettokosten liegen rund 23 Mio. Franken unter dem Budget. Damit ist die BSS für einen wesentlichen Teil des besseren Ergebnisses verantwortlich. Durch Haushaltsverbesserungsmassnahmen konnten 3,8 Mio. Franken eingespart werden. Vorgegeben waren 4 Mio. Franken. Coronabedingte Nettokosten sind bei der BSS in der Höhe von 4,2 Mio. Franken angefallen. Grosse Abweichungen gab es vor allem beim Lastenausgleich Sozialhilfe – sprich Abweichungen gegenüber dem Budget –, weil dieser 11,8 Mio. Franken tiefer ausfiel als budgetiert. Ein grosser Teil dieser Summe geht auf die Abrechnung für Sozialhilfeaufwendungen im Jahr 2020 zurück, die Minderkosten von 6,5 Mio. Franken ausgewiesen hatte. Hinzu kommen die in der Pandemie weniger in Anspruch genommenen Beiträge für familienergänzende Kinderbetreuung, dazu gehören Betreuungsgutscheine sowie Mahlzeitenvergünstigungen. Dieser Posten fiel um fast 8 Mio. Franken tiefer aus.

Zu den Delegationen: Zuerst geht es um die Direktionsstabdienste, die Koordinationsstelle Sucht, die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen, den Schulzahnmedizinischen Dienst (SZMD) sowie den Gesundheitsdienst. Das Kompetenzzentrum Integration wurde 2021 reorganisiert und aufgelöst. An seine Stelle trat die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen, die als Direktionsstabdienst etabliert wurde. Die Asylsozialhilfe wurde ins Sozialamt überführt. Die Finanzen dieser zwei Bereiche wurden aber erst per 1. Januar 2022 in die entsprechenden Dienststellen überführt. Wie jedes Jahr gab der Schulzahnmedizinische Dienst zu reden. Die Verantwortlichen des SZMD haben sich durch die Medienberichterstattung ungerecht behandelt gefühlt, da man den Kostendeckungsgrad nicht direkt mit anderen Städten vergleichen könne, aufgrund von Unterschieden in der Organisation sowie dem Umfang und den Inhalten der Angebote. Der SZMD führt aktuell die Zusammenlegung der bisher zwei Standorte an einen Standort durch, was einen Teil der Massnahmen zur Stabilisierung der Finanzen darstellt. Eine weitere Sparmassnahme bestand darin, dass man neu nur noch beim Ziegler Fonds Beiträge für eine Zahnbehandlung anfordern kann. Vorher gab es direkte zahnmedizinische Behandlungsbeiträge. Der Unterschied besteht vor allem darin, dass die Beiträge des Ziegler Fonds nur einmalig beantragt werden können und nicht für mehrere Behandlungen. Somit sind sie für einmalige, komplizierte Zahnbehandlungen gedacht. Zum Gesundheitsdienst: Dieser braucht nicht unbedingt zusätzliche Projekte und Angebote, sondern möchte die bestehenden Angebote konsolidieren. Die Probleme bestehen beim Bekanntheitsgrad sowie bei den Ressourcen, die nicht der grossen Nachfrage entsprechen. Ein grosses Thema war ausserdem, dass die Ressourcen bei der Schulsozialarbeit im letzten Budget der Zunahme der Schüler*innenzahl angepasst wurden, es aber noch weitere Einheiten des Gesundheitsdienstes gibt, die mit den steigenden Schüler*innenzahlen Schritt halten müssen, beispielsweise die obligatorischen Klassenuntersuchungen, wo die Ressourcen gleich geblieben sind. Das bedeutet, dass pro Schüler*in weniger Zeit zur Verfügung steht. Dasselbe gilt für Leistungsvertragspartner wie dem Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt

Bern (DOK), dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern (toj) und auch für die Kinder- und Jugendkultur Stadt Bern.

Die Neustrukturierung des kantonalen Asyl- und Flüchtlingsbereichs wurde diskutiert. Es ist bekannt, dass die Sockelkosten, die das System mit sich bringt, stärker ins Gewicht fallen, wenn die Fallzahlen tief sind. Bei einem Fallvolumen von rund 500 Fällen sollte das Niveau gehalten werden können. Aufgrund der Ukraine Krise sind die Fallzahlen dieses Jahr schlagartig gestiegen. Deshalb ist das Thema der tiefen Fallzahlen nicht mehr aktuell.

Zum Sozialamt, Familie und Quartier Stadt Bern sowie Alters- und Versicherungsamt: Beim Sozialamt sind Wohnangebote für Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, angesiedelt. Hier besteht Bedarf für zusätzliche Angebote für sehr niederschwelliges Wohnen für stark desintegrierte Personen, die sich nicht in bestehende Angebote integrieren lassen. An gewissen Standorten waren zusätzliche Sicherheitsdienste nötig und es muss nun geklärt werden, wie diese Leistungen in die Leistungsverträge aufgenommen werden können. Beim Sozialdienst war die Fallbelastung ein Thema, also wie viel Zeit sich Sozialarbeitende für Klient*innen nehmen können. Letztes Jahr wurden mehr Stellen geschaffen, da die Fallbelastung gestiegen war. Aktuell liegt sie wieder im Durchschnitt der Vorgaben. Im Bereich der soziokulturellen Angebote – vor allem über den toj – gibt es ein neues Konzept für aufsuchende Jugendarbeit. Geplant sind 75 Stellenprozent für Zweier-Teams, die in drei Stadtteilen aufsuchende Jugendarbeit leisten sollen. Bei der mobilen Interventionsgruppe Pinto sind Menschen mit Lebensmittelpunkt auf der Gasse und mit psychischen Problemen ein grosses Thema. Alle Mitarbeitenden haben ein zweiwöchiges Praktikum in einer psychiatrischen Institution absolviert. Man versucht, die Mitarbeitenden auf der Strasse fachlich auszubilden. Das Obdachlosen-Kafi Punkt 6 ist aus Ressourcengründen am Wochenende geschlossen, obwohl eine Nachfrage bestehen würde. Beim Kompetenzzentrum Jugend und Familie Schlossmatt gibt es Änderungen aufgrund von zahlreichen Gesetzesrevisionen auf kantonaler Ebene. Dazu gehört die Revision des Gesetzes über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG). Das führt dazu, dass das Kompetenzzentrum Schlossmatt eine Spezialfinanzierung benötigt, um im neuen System das Budget halten zu können. Allerdings ist in dieser Spezialfinanzierung kein Defizitdeckungsverbot vorgesehen, wie es bei der Kita-Spezialfinanzierung der Fall ist. Zu den Kitas: Die Aufsicht geht voraussichtlich im nächsten Jahr vollständig an den Kanton über. Das ist für die Stadt einschneidend, da sie nicht mehr direkt auf die Zahlen zugreifen kann, um die Entwicklung zu erheben und die Qualitätssicherung zu gewährleisten. So kann das Monitoring über das Gesamtangebot auf Stadtgebiet nicht mehr durchgeführt werden. Letztes Jahr sind die AHV-Zweigstellen Bern und Ostermündigen zusammengeführt worden – es gab also bereits eine Mini-Fusion. Die Mitarbeitenden aus Ostermündigen sind von der Stadtverwaltung übernommen worden, was seit dem Start am 1. Januar 2022 gut funktioniert.

Zurück zu den Kitas und der Spezialfinanzierung der Kindertagesstätten: Die Spezialfinanzierung hat Ende 2021 eine Unterdeckung von 2,6 Mio. Franken ausgewiesen. Die Massnahmen zur Sanierung wurden eingeleitet, damit die Unterdeckung, wie gesetzlich vorgeschrieben, in acht Jahren abgebaut werden kann. Die Massnahmen sind im Revisionsbericht des Finanzinspektorats grob aufgeführt. Die Revision des Betreuungsreglements, die auch damit zusammenhängt, war in der SBK bereits traktandiert und wird an der nächsten Stadtratssitzung diskutiert werden.

Zum Schluss noch zum Schulamt und zum Sportamt: Im Schulamt nahm nach einer Interimsleitung die neue Leiterin Luzia Annen am 1. Januar 2022 ihre Arbeit auf. Bei den Classes bilingues ist die Lage kritisch, da bereits wieder eine Lehrperson gekündigt hat. Die neue Schulamtsleiterin hat daraufhin die Planung einer Retraite eingeleitet, an der alle Involvierten, inklusive der Direktorin der BSS, teilnehmen werden. Zum Sportamt gab es wenig zu diskutieren. Ein Thema betraf die Kunstrasenfelder der ersten Generation, die vor 13 Jahren einge-

baut wurden und unterdessen ziemlich abgenutzt sind. Dadurch steigt bei Stürzen die Verletzungsgefahr, weil die Oberflächen rauer sind. Bald wird dem Stadtrat ein Rahmenkredit für die Erneuerung der betreffenden Kunstrasenfelder vorgelegt. Die SBK empfiehlt Ihnen einstimmig, diesen Teil des Jahresberichts zu genehmigen.

PVS-Sprecher *Michael Ruefer* (GLP): Ich berichte Ihnen aus den drei Delegationen der PVS. Zuerst zur Delegation Tiefbauamt, Geoinformation sowie Entsorgung und Recycling Bern: In diesen Dienststellen machen sich – wie fast überall – die Sparmassnahmen deutlich bemerkbar und führen zu einer grossen Arbeitsbelastung. Viele Projekte verbleiben leider in der Pipeline. Im Tiefbauamt manifestiert sich die grosse Arbeitslast auch in den Projektleitungen, die einen grossen Druck verspüren. Beispielsweise ist dies bei der aktuellen Grossbaustelle «Dr nöi Breitsch» der Fall, bei der zwei Leute der Verwaltung in die gesamte Koordination involviert sind. Hinzu kommt das Problem des Fachkräftemangels, worüber wir bereits beim Delegationsbesuch ausgiebig diskutiert haben. Auf ausgeschriebene Stellen bewerben sich regelmässig sehr wenige Leute und es kommt zu Mehrfachausschreibungen sowie Abwerbungen. Personalengpässe gibt es auch bei den externen Auftragnehmern der Stadt Bern, was sich bei der Auftragsvergabe zeigt. Es wurde betont, dass das Tiefbauamt für Arbeitnehmende sehr viel zu bieten habe, beispielsweise mit vielseitigen Projekten am Puls der Bevölkerung agiere und die Projekte interdisziplinär und komplex seien, weil im bereits bebauten Bereich weitergebaut oder saniert werden müsse. Diese Projekte seien meist komplexer als vergleichbare Projekte auf Kantons- oder Bundesebene. Es wurde ausserdem über das Thema Wertvernichtung im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen und dem Investitionsstau diskutiert. Uns wurde gesagt, dass die Wertvernichtung im Moment noch unter Kontrolle sei, mittelfristig würden die Sparmassnahmen aber zu Mehrausgaben führen und die Wertvernichtung werde zum Problem. Im Jahresbericht und im Budget sind neue Steuerungsvorgaben aufgeführt, die den Zustand der Infrastruktur dokumentieren. Nächstes Jahr wird das Tiefbauamt ausführlich über den Zustand der Infrastruktur berichten.

Weiter haben wir über verschiedene Grossprojekte diskutiert, die die TVS aktuell beschäftigen. Ich gehe nur kurz darauf ein: Selbstverständlich gehört «Dr nöi Breitsch» dazu – das Projekt ist sehr weit vorgeschritten und befindet sich auf Kurs. Im Sommer erfolgt die grossräumige Sperrung des Breitenrainplatzes sowie der Rodtmattstrasse im Zusammenhang mit dem Projekt Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) – auf Seiten Bund und SBB gibt es Verzögerungen, wie wir bereits gehört haben. Schlussendlich ist noch das Farbsack-Trennsystem zu erwähnen, das nächstes Jahr im Stadtteil Mattenhof–Weissenbühl eingeführt werden wird – die Standortevaluationen für öffentliche Sammelstellen nehmen mehr Zeit in Anspruch als angenommen.

Zum Teil der Delegation Direktionsstabdienst TVS, Stadtgrün, Verkehrsplanung und Fachstelle öffentlicher Verkehr (FöV): Auch in diesen Dienststellen sind der Fachkräfte- sowie der Ressourcenmangel ein grosses Thema. Obwohl die FIT-II-Massnahmen noch nicht umfassend greifen, ist die Arbeitslast dort sehr gross. Im Hinblick auf die Entwicklung auf dem Vierer- und Mittelfeld, in der Parkanlage «Huebergass» und bei weiteren, geplanten Grünanlagen merkt man, dass man bezüglich Ressourcen an Grenzen stösst. Bei Stadtgrün Bern gab es letztes Jahr eine Reorganisation. Aufgaben, die für das gesamte Stadtgebiet angeboten werden, wurden zentralisiert. Es wurden Sparmassnahmen umgesetzt, indem freie Stellen nicht mehr besetzt wurden. Für den Bereich der Klimaanpassungsmassnahmen wurde eine neue Stelle geschaffen, die bei Stadtgrün auf zwei Personen aufgeteilt ist. Es geht hier um Perspektiven der Klimaanpassung und des Klimaschutzes, dies vor allem bei bestehenden Projekten.

Abschliessend noch der Bericht der Delegation Hochbau Stadt Bern (HSB) und Stadtplanungsamt: Hier wurden wir ebenfalls über die Auswirkungen von FIT II und den Fachkräfte-

mangel orientiert. Bei HSB wird überprüft, welche Projekte redimensioniert werden müssen. Es sind viele Projekte betreffend Schulen in der Pipeline – vor allem Sanierungen –, die nicht im gewünschten Tempo vorangetrieben werden können. Vor allem die Arbeiten im Zusammenhang mit der Volksschule Baumgarten banden viele Ressourcen, da viele Gespräche mit Anwohnern nötig waren. Zeitweise war die gesamte Dienststelle mit diesem Projekt beschäftigt. Die Direktion PRD war stark mit dem Projekt «Kooperation Ostermündigen – Bern» (KO-Be) beschäftigt. Es werden die Auswirkungen der Fusion auf die Stadtverwaltung diskutiert, beispielsweise im Bereich der Bauordnungen. Beim Stadtplanungsamt wurde zudem konstatiert, dass man im Moment sehr viele Ideen bezüglich Arealentwicklungen habe, man sei in den letzten Jahren so richtig in einen Flow gekommen. Leider wird dieser Flow aktuell durch die ganzen Sparmassnahmen gebremst. So kann man auch die Siedlungsentwicklung nach innen nicht wie gewünscht vorantreiben. Abschliessend eine Bemerkung zum Stichwort Partizipation: Während der Corona-Pandemie hat die Stadt die Partizipation digital weitergeführt und gemerkt, dass sich die Bevölkerung auch im digitalen Rahmen rege beteiligt – besonders bei Arealentwicklungen ist das Interesse ungebrochen gross. Die PVS beantragt dem Stadtrat die Genehmigung dieses Teils des Jahresberichts.

FSU-Sprecherin *Katharina Altas* (SP): Ich beginne mit dem Jahresbericht 2021 der Direktion SUE. Auch das Jahr 2021 war von der Corona-Pandemie geprägt. Die unbewilligten Kundgebungen aus Kreisen der Coronamassnahmen-Skeptischen hat die Kantonspolizei arg beschäftigt. Ob eine Kostenüberwälzung möglich ist, wird derzeit juristisch abgeklärt. Das neue Polizeigesetz lässt eine solche Kostenüberwälzung zu. Wie uns am Delegationsbesuch mitgeteilt wurde, ist eine Zunahme von durch Jugendliche begangenen Gewalttaten feststellbar. Die Jugendpatrouillen der Kantonspolizei wurden entsprechend geschult. Bei den Veranstaltungen kehrte dank der vom Bundesrat verabschiedeten 3G-Regel etwas Normalität ein. Die Digitalisierung der Angebote wie Parkkarten, Zu- und Wegzug, Fundbüro oder E-Bau wird konsequent vorangetrieben. Die Beantwortung von Anfragen aus der Bevölkerung hat eine Änderung erfahren, nachdem diese Anfragen aufgrund von Demonstrationen der Coronamassnahmen-Gegner stark angestiegen waren. Es werden nur noch Anfragen von Stadtberner*innen persönlich beantwortet. Alle auswärtigen Anfragen werden an die entsprechenden Gemeindevertretungen verwiesen. Die Orts- und Gewerbepolizei wird per 1. Januar 2023 aufgestockt, um bei Konflikten in den Quartieren und in der Innenstadt zu vermitteln. Mit dem Klimareglement wird die Verbindlichkeit der Energie- und Klimastrategie erhöht und es wird verbindlich festgehalten, wie die Klimaziele von Paris in Bern umgesetzt werden sollen. Die Energie- und Klimakommission behandelt neu Fragen des Klimawandels und wurde breiter aufgestellt. Die gemeinsame kantonale Einsatzzentrale der Blaulichtorganisationen nahm 2021 an der Murtenstrasse 98 ihren Betrieb auf. Dadurch sollen die Qualität der Einsatzbewältigung und die Sicherheit der Bevölkerung weiter optimiert werden. Seit dem 1. Januar 2021 ist die Feuerwehr Bolligen Teil der Feuerwehr der Stadt Bern. Die Gemeinde Bolligen hat allerdings ihr Feuerwehrmagazin aufrechterhalten. Beim Tierpark hat Friederike von Houwald die Leitung übernommen. Corona hat sich auch in der Tierpark-Rechnung bemerkbar gemacht. Es fielen einige Einnahmen weg. Die technischen Möglichkeiten im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) sind limitiert und beim Delegationsbesuch wurde festgestellt, dass die Abgeltung der Infrastruktur im Homeoffice unzureichend ist. Aggressives Verhalten gegenüber Mitarbeitenden des EKS ist keine Seltenheit. Die Stelle für Bedrohungsmanagement leistet Beratung und Schulung. Weitere Themen waren diverse Gebührenanpassungen, die Revision der Hundeverordnung, die Totalrevision des Bestattungsreglements, das Lärmreglement und die Teilrevision des Kundgebungsreglements. Die Nettokosten für die Direktion SUE betrugen etwas mehr als 66 Mio. Franken. Im Vergleich zum Voranschlag weichen die Kosten um nicht

ganz 1,8 Mio. Franken ab. Sie fallen also höher aus als budgetiert. Die FSU empfiehlt Ihnen den Jahresbericht der Direktion SUE einstimmig zur Annahme.

Nun folgt eine Zusammenfassung des Jahresberichts der Direktion Finanzen, Personal und Informatik (FPI). Das Berichtsjahr der Direktion FPI war erneut durch die nötige Stabilisierung des Finanzhaushalts geprägt. Mit FIT II wurde der Haushalt im Budget 2022 um rund 32 Mio. Franken entlastet. Im Delegationsprotokoll war zu lesen, dass die Belastung für die Mitarbeitenden sehr hoch war. Es sei nun bemerkbar, dass es durch den Abbau von Stellen zu einer Mehrbelastung komme. Der Fachkräftemangel macht sich auch hier bemerkbar. Die Fluktuation liegt deutlich höher. Es wird auch offensichtlich, dass mehr Teilzeit gearbeitet wird als in den vergangenen Jahren. Die Corona-Pandemie beschäftigte die FPI auf unterschiedliche Weise. Die Direktion war zuständig für die Umsetzung der kantonalen Bestimmungen sowie denjenigen des Bundes. Die FPI besorgte Masken und Hygieneartikel für die gesamte Stadtverwaltung, kümmerte sich um die coronabedingten Mietzinserlasse bei städtischen Liegenschaften und sorgte ebenfalls dafür, dass die Infrastruktur für das Arbeiten im Homeoffice bereitgestellt wurde. Im Berichtsjahr hat Reto Rutschi die Leitung der Finanzverwaltung von Daniel Schaffner übernommen. Die Finanzverwaltung war mit den Arbeiten rund um das neue Finanzielle Steuerungs- und Berichterstattungssystem FISBE und mit der Finanzstrategie beschäftigt. Im Zusammenhang mit KOBe war die Finanzverwaltung in den Teilbereich Finanzen involviert. Die Erlöse der Steuerverwaltung übertrafen die budgetierten Werte um 3,5% oder 17,9 Mio. Franken, sanken aber gegenüber dem Vorjahr um 4,4% oder 24,4 Mio. Franken. Im Zuge von FIT II wurden die Arbeitsabläufe angepasst und die Entgegennahme von Telefonanrufen optimiert. Die marktergänzende Schaffung von mehr und preisgünstigem Wohnraum sind städtische Schwerpunkte. Im September 2021 wurde ein zweiter Rahmenkredit zum Erwerb von Liegenschaften von den Stimmberechtigten der Stadt Bern gutgeheissen. Der Grundstein für rund 100 preisgünstige Wohnungen an der Reichenbachstrasse 118 konnte im Juli 2021 gelegt werden. Im Oktober 2021 wurde der städtische Wettbewerb für das neue Stadtquartier auf dem Gaswerkareal abgeschlossen. Für die Überbauung auf dem Vierer- und Mittelfeld verabschiedete der Gemeinderat zuhanden des Stadtrats die Aufstockung des Kredits auf 124,6 Mio. Franken. Der Mietvertrag für die Volksschule Baumgarten an der Nussbaumstrasse 29 soll den dringend benötigten Schulraum am Schulstandort Laubegg decken. Der Investitionsstau aus den Nullerjahren macht sich seit einigen Jahren bemerkbar. Das Volumen des städtischen Bauens hat in den letzten Jahren zugenommen. 2020 konnte erstmals ein Realisierungsgrad von 84% erreicht werden. Diese Quote konnte 2021 nochmals gesteigert werden. Dadurch entstehen im laufenden Budget höhere Abschreibungskosten sowie eine höhere Verschuldungsquote des Fonds für Boden und Wohnbaupolitik. Bei den Informatikdiensten hat das Projekt base4kids2 grossen Aufwand verursacht. Mit Hilfe des vom Stadtrat bewilligten Nachkredits wurden zahlreiche Aufgaben der externen Firma den Informatikdiensten übertragen. Ein neues Identity- und Accessmanagementsystem wurde eingeführt, so dass auch Personen auf das Intranet zugreifen können, die nicht mit städtischen Computern arbeiten. Die Server laufen grösstenteils auf Linux, also Open Source. Der Nettoerlös der Direktion FPI fällt rund 20 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Die FSU empfiehlt Ihnen den Jahresbericht der Direktion FPI einstimmig zur Annahme.

AK-Sprecherin *Janina Aeberhard* (GLP): Der Jahresbericht 2021, Band 3 Statistik, umfasst wie gewöhnlich einen allgemeinen Teil und einen Teil, der nach den einzelnen Dienststellen unterteilt ist. Der allgemeine Teil zu den Fristenkontrollen der parlamentarischen Vorstösse ist nach dem jeweiligen Bearbeitungsstand der Vorstösse in verschiedene Unterkapitel unterteilt. Zuerst geht es um die Vorstösse, die vom Gemeinderat verabschiedet worden sind. Im Jahr 2021 waren das insgesamt 167 Vorstösse. Das sind 54 Vorstösse weniger als im Vorjahr. Grundsätzlich wurden die Fristen gut eingehalten. Bei insgesamt 31 Vorstössen kam es zu

einer Fristverlängerung. Das sind anzahlmässig exakt gleich viele wie im Jahr 2020, wobei 2021 die Gesamtzahl der verabschiedeten Vorstösse tiefer lag. Auffallende Überschreitungen der Fristen gab es verhältnismässig wenige. Wie in den Vorjahren fällt auf, dass bei der TVS im Vergleich zu den anderen Direktionen die meisten Vorstösse behandelt wurden. Unter Ziffer 4 geht es um Vorstösse, die vom Gemeinderat noch nicht verabschiedet wurden. Wie bereits in den vorherigen Jahren fällt bei der Stadtkanzlei auf, dass eine Motion aus dem Jahr 2017 weiterhin hängig ist, obwohl die Frist seit längerer Zeit abgelaufen ist. Die Motion fordert mehr Briefkästen für die briefliche Stimmabgabe. In der Präsidialdirektion fiel eine Motion auf, bei der die Frist auch bereits seit längerem abgelaufen ist und keine Fristverlängerung eingeholt wurde. Unter Ziffer 5 geht es um die erheblich erklärten Motionen und Postulate, bei denen der Bericht noch nicht verabschiedet wurde oder noch keine Abschreibung stattgefunden hat. Wir haben bemerkt, dass bei der Stadtkanzlei einige Altlasten abgebaut werden konnten, aber es sind weiterhin zwei Motionen aus dem Jahr 2005 hängig, bei denen die Fristverlängerungen ebenfalls seit mehreren Jahren abgelaufen sind. Auch bei der Präsidialdirektion gibt es beispielsweise noch eine hängige Motion, deren Frist 2018 abgelaufen ist und für die bisher keine Fristverlängerung eingeholt wurde. Bei den anderen Direktionen – SUE, BSS und FPI – gibt es keine abgelaufenen Fristen. Bei der TVS gibt es einige Motionen mit kleiner Verspätung, im Vergleich zu 2020 aber wesentlich weniger. Die Aufsichtskommission hat nach der Beratung des Bands 3 Statistik den Gemeinderat auf ein paar auffallende Pendenzen aufmerksam gemacht. Bei Ziffer 6 geht es um Prüfungsberichte der Postulate. Die meisten davon wurden fristgerecht verfasst. Nebst den die Vorstösse betreffenden Fristen, beinhaltet der Bericht eine Übersichtstabelle der eingereichten und behandelten Vorstösse in den letzten Jahren. 2021 wurden 348 Geschäfte behandelt, das sind weniger als 2020. Im Vergleich zum Jahr 2020 hat die Anzahl der eingereichten Vorstösse leicht abgenommen. 2021 wurden insgesamt 161 Vorstösse eingereicht, im Jahr 2020 waren es 328 Vorstösse. Vor dem Hintergrund unseres Vorhabens, die Pendenzen abzubauen, sollten wir versuchen, möglichst wenige Vorstösse einzureichen und gleichzeitig die Anzahl der behandelten Geschäfte im Rat leicht zu erhöhen.

Fraktionserklärungen

Florence Schmid (JF) für die Fraktion FDP/JF: Wer von Ihnen hat in den letzten Tagen wie wir einen Brief der Vermieterin erhalten? Im Brief wird davor gewarnt, dass die Nebenkosten aufgrund der steigenden Energiepreise im nächsten Jahr um fast 100 Franken pro Monat steigen werden. Bei uns macht das eine Erhöhung unserer Wohnkosten um rund 5% aus, die auch für Elektrizität steigenden Kosten sind dabei noch nicht eingerechnet. Für genau solche Fälle rechne ich in unserer Haushaltsrechnung eine Sicherheitsmarge ein. Die Stadt Bern hatte im letzten Jahr in ihrem allgemeinen Haushalt Kosten in der Höhe von rund 1,3 Mrd. Franken oder – anders ausgedrückt – 1300 Mio. Franken. Die Stadt hat einen riesigen Investitionsstau. Allein für die Instandsetzungsprojekte – dazu gehören die Sanierungen der Schulhäuser Tscharnergut oder Matte – ist ein Volumen von fast 500 Mio. Franken pendent. Ich betone, dass in diesem Volumen nur Sanierungen enthalten sind. Unsere vielen geplanten Erweiterungs- oder Neubauten sind dort nicht drin. Investieren bedeutet Bauen, Bauen bedeutet Beschaffung von Materialien und Verbrauch von Energie für den Betrieb der Baumaschinen. Und Bauen bedeutet in der Stadt Bern auch, Schulden in Millionenhöhe zu machen. Auf Schulden müssen Zinsen bezahlt werden und diese Zinsen – wir wissen es – steigen. Die Stadt Bern unterliegt also allein aufgrund ihrer dringend notwendigen Investitionsprojekte den stark steigenden Kosten für Energie und Baustoffe.

Einleitend habe ich unsere privaten 5% Mehrausgaben fürs Wohnen erwähnt. 5% Mehrkosten für die Stadt Bern entsprächen 75 Mio. Franken pro Jahr. Darin sind die Abschreibungen, die

wegen der Investitionen anfallen, noch gar nicht einberechnet. Die Stadt Bern hat kaum Reserven, um diese Mehrkosten aufzufangen, da sie es in der konjunkturellen Hochlage der letzten Jahre verpasst hat, Schulden abzubauen. Stattdessen hat die Stadt laufend ihre Ausgaben erhöht und neue Schulden gemacht. 2016 – unter dem alten Finanzdirektor – hatten wir 127 Mio. Franken weniger betriebliche Aufwände. Im Vergleich zu vor sechs Jahren hat die Stadt Bern entsprechend 127 Mio. Franken Mehrausgaben – und das ohne nennenswertes Bevölkerungswachstum! Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Es ist falsch, zu behaupten, dass diese Mehrausgaben auf die höheren Abschreibungen zurückzuführen sind, die durch die höheren Investitionen anfallen. Die Abschreibungen haben im gleichen Zeitraum nur um 20 Mio. Franken zugenommen. Der kleine Überschuss von 5 Mio. Franken im Jahr 2021 entspricht 0,1% der Bilanzsumme des allgemeinen Haushalts und reicht bei weitem nicht aus, um unseren Finanzhaushalt zu stabilisieren. An dieser Stelle möchte ich unserem Finanzverwalter Reto Rutschi sowie Moritz Jäggi, dem Leiter der Steuerverwaltung, ein Kompliment aussprechen. Ihre Ergebnisschätzung für 2021 lag nur rund 3% neben dem tatsächlichen Ergebnis. Das ist sehr präzise, zumal sie die Schätzung im Jahr 2020 unter dem Einfluss von Corona machen mussten. Damals gab es noch keine Impfung gegen das Virus. Hinzu kam die ausserordentliche Höhe der Einnahmen bei den Erbschafts- sowie Schenkungs- und Grundstückgewinnsteuern. Das sind Steuern, die nicht periodisch anfallenden, sondern nur bei einem Todesfall oder wenn Liegenschaften mit hohen Gewinnen veräussert werden. Ich hoffe, niemand in diesem Saal erwartet, dass Herr Jäggi eine Glaskugel hat, in der er sieht, wer in der nächsten Rechnungsperiode sterben wird oder ein Haus verkaufen will. Im Vergleich zur tatsächlichen Jahresrechnung fielen die Prognosen im Budget zu 3% pessimistischer aus. Ich verweise wieder auf die Ausführungen zu Beginn meines Votums. Wer bei der Festsetzung des Budgets nicht mit Sicherheitsmargen arbeitet, handelt fahrlässig.

Zurück zur Stabilisierung des Haushalts: Für die Stabilisierung müssen wir in erster Linie unsere Verschuldung in den Griff bekommen. 2021 hat die Stadt Bern bereits wieder 80 Mio. Franken mehr Schulden gemacht – das sind massiv höhere Schulden. Wenn wir das Schuldenmachen einmal stoppen wollen, bräuchten wir jährlich zweistellige Überschüsse – die Rede ist von ungefähr 20 Mio. Franken. Der aktuelle Überschuss von 5 Mio. Franken ist hingegen tief und einstellig. Die Finanzkennzahlen 2021 zeigen auch, dass kein einziges der vier Ziele der Finanzstrategie erreicht werden konnte. Kein einziges! Ich erinnere Sie daran, dass wir die Finanzstrategie verabschiedet haben, um einen nachhaltigen Finanzhaushalt zu gewährleisten, der insbesondere die Generationengerechtigkeit sicherstellen soll. Dabei wäre es in der Stadt Bern durchaus möglich, die notwendigen zweistelligen Überschüsse zu erreichen. Sie kennen unser Mantra: Wir haben ein Problem mit den Ausgaben, nicht mit den Einnahmen, zudem die Steuereinnahmen sogar während der Pandemie gestiegen sind. Wenn wir nicht ein Überwälzen von riesigen Schuldenbergen auf unsere Kinder und eine drastische Steuererhöhung wollen, muss der Fokus der Finanzpolitik der Stadt Bern jetzt auf ein massives Senken unserer laufenden Kosten zielen. Ich wende mich deshalb im Namen der Fraktion FDP/JF vor allem an die linke Ratshälfte. Bitte helfen Sie in der Budgetdebatte mit, unsere Kosten zu senken. Um die Kosten zu senken, stehen vier Massnahmen im Vordergrund. Erstens: Wir müssen auf nicht städtische Aufgaben wie beispielsweise das Pilotprojekt zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verzichten. Zweitens müssen wir Aufgaben, die Private konkurrenzieren – beispielsweise der Betrieb eines Weinguts – unterlassen. Drittens müssen wir auf Angebote verzichten, die bereits durch den Kanton oder den Bund wahrgenommen werden, wie beispielsweise eine Fachstelle für nachhaltige Ernährung. Viertens muss die Stadt Bern für ihre Leistungen nicht ohne Not bessere Standards setzen, als sie der Kanton hat – hier spreche ich den Betreuungsschlüssel bei den Tagesstätten (Tagi) an. Die Fraktion FDP/JF wird sich in der kommenden Budgetdebatte im September für die vier echten Sparmassnahmen einsetzen. An dieser Stelle gebe ich gerne einmal mehr den Hin-

weis zum Stichwort Sparpaket, weil der Finanzdirektor heute Morgen im Zusammenhang mit dem Budget 2023 und auch die Kommissionssprecherin im vorgängigen Votum wiederum das Wort Sparpaket benutzt haben: Mit FIT II wird kein einziger Rappen eingespart. Die Kosten der Stadt Bern sind 2021 einmal mehr gestiegen. FIT II dient einzig einer Eindämmung des Anstiegs der Kosten. Wie erwähnt bestehen die Hauptmassnahmen von FIT II in Gebührenerhöhungen und der Einführung einer Feuerwehersatzabgabe. Mit anderen Worten handelt es sich hierbei um Sparen mit versteckten Steuererhöhungen. Solche versteckten Steuererhöhungen treffen die Stadtbernerinnen und Stadtberner willkürlich und unterschiedlich, deshalb wird sich die Fraktion FDP/JF gegen die unechten Sparmassnahmen zu Lasten der Bevölkerung wehren. Ausserdem verlangt unsere Fraktion vom Gemeinderat endlich Transparenz, indem er vor die Bevölkerung hinsteht und sagt, dass wir uns die Ausgabefreude von Rot-Grün nur leisten können, wenn wir unsere Steuern in Zukunft drastisch erhöhen werden. Wollen Sie das wirklich?

Die Fraktion FDP/JF kritisiert das Ergebnis der Jahresrechnung und insbesondere die im Jahr 2021 einmal mehr gestiegenen Kosten und Schulden massiv. Ein echter Sparwille ist nicht ersichtlich und führt – man sieht es am heute Morgen präsentierten Budget 2023 – über kurz, und nicht über lang, ins Desaster. Wir haben aber keine Zweifel, dass die Zahlen stimmen und korrekt verbucht worden sind. Deshalb genehmigen wir die Jahresrechnung der Stadt Bern für das Jahr 2021.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP nimmt die Jahresrechnung sowie den Jahresbericht 2021 positiv zur Kenntnis, inklusive des Antrags auf Einspeisung des Überschusses von 5 Mio. Franken in den Bilanzüberschuss. Als erstes möchten wir der Verwaltung für die gute Arbeit im zweiten Pandemiejahr danken. Die Leistungen der Stadt befinden sich auf einem hohen Niveau und grosse Teile der Bevölkerung sowie der Wirtschaft sind mit einem blauen Auge davongekommen. Sicherlich gibt es auch Menschen, die von den Folgen der Pandemie hart getroffen wurden. Die Sozialdirektorin Franziska Teuscher hat dies vor drei Wochen im Zusammenhang mit dem Bericht zu den Massnahmen im sozialen Bereich gut dargestellt.

Zur Rechnung 2021: Als Vorbemerkung betone ich, dass jede Abweichung zum Budget von ungefähr 10 Mio. Franken – beispielsweise bei den Steuereinnahmen oder bei den Ausgaben – einer Abweichung von lediglich 1% entspricht. Das liegt eindeutig in der Planungsunschärfe, wie dies bereits Florence Schmid erwähnt hat. Diesbezüglich kann dem Finanzdirektor nicht vorgeworfen werden, er würde zu pessimistische Steuereinnahmeprognosen machen. Das wurde an den letzten FD-Sitzungen anhand der Zahlen und der Planungsgrundlagen des Kantons gut erläutert. Aufgrund der Pandemie gab es bei den Ausgaben wesentliche Verschiebungen. Beispielsweise wurden weniger Kita-Plätze benötigt und auch andere soziale Angebote konnten nicht ausgeschöpft werden. Hingegen hatte die Gewerbepolizei umso mehr zu tun. Zudem haben wir als Parlament Mietzinsunterstützungen gesprochen, was zu Mehrausgaben führte. Das Budget für das Jahr 2021 wurde mitten in der Pandemie erstellt und es wäre tollkühn gewesen, wenn man bei den Einnahmen zu optimistisch und bei den Ausgaben zu spendabel gewesen wäre. Das nun anstelle eines Defizits von 40 Mio. Franken ein Überschuss von 5 Mio. Franken resultiert, ist vor allem der vergleichweisen guten Verfassung der schweizerischen Gesamtwirtschaft zu verdanken, die trotz der Pandemie leicht wachsen konnte. Es weiss aber im Moment niemand, wie sich die Inflation in den nächsten Monaten entwickeln wird. Es lauert also bereits die nächste Gefahr. Die Finanzkennzahlen gemäss FISBE wurden erstmals systematisch ausgewiesen und zeigen klar, dass die Finanzen der Stadt nicht auf Rosen gebettet sind und wir – Parlament und Regierung – wachsam bleiben müssen. Der Bruttoverschuldungsanteil ist seit 2019 wieder auf 130% angestiegen, was nur knapp unter dem vom Gemeinderat festgelegten Grenzwert von 140% liegt. Zur Erinnerung:

Der kantonale Durchschnitt liegt bei 100%. Auch der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 60% klar unter dem kantonalen Mittel von 80 bis 100%, wie auch die Sprecherin der FD mit Verweis auf die Pandemie erwähnte. Es ist wichtig, dass die Stadt den finanziellen Spielraum behalten kann und nicht wie Köniz in die Steuersenkungsfalle tappt. Es wäre verheerend, wenn die Stadt unter eine kantonale Finanzverwaltung gestellt würde. Das Defizit aus dem Jahr 2019, das die Stadt noch vor der Pandemie ausgewiesen hat, war heilsam. Dadurch nahm der Gemeinderat frühzeitig eine Auslegeordnung von Sparmassnahmen und Mehreinnahmen vor. Das hat aber nichts mit extremem Sparen zu tun, wie das von der Seite ganz links im Rat behauptet wird, sondern einfach damit, dass die Stadt die Stossrichtung beibehalten und dort Gas geben kann, wo es dringend nötig ist, wie beispielsweise beim Schulraum, bei der Kinderbetreuung und – aus grüner Sicht – beim Klimaschutz.

Regula Bühlmann (GB) für die Fraktion GB/JA!: Beim Votum von Florence Schmid war ich mir nicht sicher, ob wir uns bereits in der Budgetdebatte befinden oder noch über die Jahresrechnung 2021 sprechen. Ich spreche über die Jahresrechnung 2021. Darüber, was echte und was falsche Sparmassnahmen sind, können wir uns während der Budgetdebatte streiten. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Fraktion FDP/JF teilweise andere Vorstellungen hat als wir, wo gespart werden kann und wo nicht.

Die Jahresrechnung 2021 konnte mit 5,2 Mio. Franken im Plus positiv abgeschlossen werden und liegt somit fast 50 Mio. Franken über dem Budget. Das ist sehr erfreulich. Wir haben Nachholbedarf bei den Investitionen, die bezahlt werden müssen. Uns irritiert, dass wir, um Überschüsse zu vermeiden, 2014 die Spezialfinanzierungen Eis und Wasser sowie Schulbauten geäuftnet haben. Jetzt verfügen wir über prall gefüllte Spezialfinanzierungen, mit denen wir Abschreibungen bezahlen können, aber schlussendlich keinen positiven Einfluss auf die Selbstfinanzierung und entsprechend auf das Eigenkapital haben. Und jetzt müssen wir wieder auf Biegen und Brechen Überschüsse generieren, um das Eigenkapital auf 5 bis 6 Steueranlagezehntel anzufüttern. Da haben wir nach wie vor unsere Probleme damit. Auch den Überschuss von 2021 haben wir nicht gratis erhalten. Wir haben ihn mit Sparmassnahmen teuer bezahlt, in unseren Augen zu teuer. Wir sind sehr besorgt über die Zusatzbelastungen des Personals, die vorgängig von mehreren Vorredner*innen erwähnt wurden. Der Stellenabbau aufgrund von FIT sowie die Bewirtschaftung von Vakanzen war belastend. Diese Bewirtschaftung hat man glücklicherweise wieder gestoppt und es werden keine Vakanzen mehr für vier Monate unbesetzt gelassen. Neue Angestellte müssen nicht mehr ohne Einarbeitung durch die Vorgängerin oder den Vorgänger die Stelle antreten. Das sind Dinge, die das Personal zusätzlich belastet haben. Die vielen anstehenden Investitionen, die dringend getätigt werden müssen – da haben wir nichts dagegen – haben ihren Teil dazu beigetragen. Investitionen sind nicht mit der Bezahlung und irgendwann einmal mit der Abschreibung abgeschlossen, sondern es braucht auch Leute in der Verwaltung, die sich um diese Investitionen und Projekte kümmern. Hinzu kamen die Corona-Pandemie und dieses Jahr auch noch die Ukraine Krise. Wir konnten mit Nachkrediten einen gewissen Mehraufwand und gewisse Belastungen des Personals auffangen und mildern. Trotzdem bedeuten die Krisen Zusatzbelastungen. Wir sind diesbezüglich sehr um das Personal besorgt und sind der Meinung, dass die Stadt sehr gut aufpassen muss, dass sie die Fürsorgepflicht, die sie als Arbeitgeberin gegenüber ihrem Personal hat, auch wirklich einhalten kann. Es geht auch darum, die Attraktivität der Arbeitsbedingungen beizubehalten, den überall hohen Fluktuationen entgegenzuwirken sowie gute Fachkräfte anziehen zu können.

Bei der funktionalen Gliederung des Haushalts macht es uns Sorgen, dass das Budget beim Umweltschutz um 800 000 Franken unterschritten wurde. Selbstverständlich sind 800 000 Franken auf die gesamte Rechnung gesehen nicht extrem viel. Aber: Wir haben eine schlimme Klimakrise und sie ist nicht einfach weit weg, wie wir auch diese Woche wieder einmal

spüren konnten. Sie ist da und sie wird schlimmer. Es ist schlimm genug, dass FIT auch vor den Massnahmen zum Klimaschutz nicht Halt gemacht hat, aber wir müssen das Geld, das für den Klimaschutz budgetiert worden ist, auch dafür ausgeben. Nicht nur im Amt für Umweltschutz konnten nicht alle geplanten Projekte umgesetzt werden. Auch bei Stadtgrün musste man aufgrund der mangelnden personellen Ressourcen vieles liegen lassen, beispielsweise die Klimaanpassungsmassnahmen. Auch anderes kam ins Stocken, zum Beispiel die Umsetzung der Altersstrategie, was problematisch ist, da der Wille des Stadtrats klar zum Ausdruck gebracht wurde und es diesbezüglich vorwärtsgehen muss. Ja, wir müssen diese Investitionen nachholen und finanzieren, die teilweise zu lange liegengeblieben sind. Aber wir müssen auch über das entsprechende Personal verfügen, um die Investitionsprojekte zu planen und umzusetzen. Wir haben eine massive Klimakrise, der wir als Stadt etwas entgegensetzen können und müssen. Die zentrale Frage, die wir uns als Stadt stellen müssen, ist nicht, wie viele Schulden wir machen wollen – das ist eine politische Frage – sondern wie wir endlich den sozioökologischen Wandel schaffen und dem städtischen Personal Arbeitsbedingungen geboten werden können, damit es engagiert an diesem Wandel mitwirken kann. Wir folgen dem Gemeinderat und genehmigen die Jahresrechnung. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass man auf die drängenden Fragen Antworten findet, bei denen es nicht in erster Linie darum geht, wie Schulden möglichst vermieden werden können, sondern wie wir den finanziellen Spielraum so ausnutzen können, dass wir den Herausforderungen der Zeit etwas entgegensetzen können.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Wir haben unser Votum aufgeteilt, ich spreche für die SVP-Fraktion und anschliessend werden wir als Einzelsprecher noch Bezug auf die einzelnen Fachbereiche PVS, FSU und AK nehmen. Ich übernehme anschliessend noch die SBK, da Ueli Jaisli nicht anwesend ist.

Auch ich danke eingangs der Verwaltung für ihre grosse Arbeit und für die teilweise sehr guten Leistungen, die sie erbracht hat. Ich gehe aber mit dem Gemeinderat hart ins Gericht. Die SVP nimmt den Bericht negativ zur Kenntnis: Man soll sie messen an den Taten und nicht an den Worten. Zur Stadt der Nachbarschaften: Was haben wir diesbezüglich erreicht? Mit Ausnahme von Ostermundigen sind alle anderen Gemeinden abgesprungen, weil sie gesehen haben, dass es nicht gut läuft. Ostermundigen ist noch dabei, weil wir in der Stadt Bern die günstigeren Steuersätze haben – vorläufig noch. Zudem hat man es nicht einmal geschafft, gemeinsam zu kommunizieren. Auch die Kommunikationsagentur hat das Handtuch geworfen. Das sind für mich schlechte Zeichen der Kommunikation. Wenn man Ostermundigen in einer Übergangszeit nicht einmal einen Gemeinderat zugestehen will, wird unser Stadtpräsident in Ostermundigen ein grosser Nein-Stimmen-Lieferant sein. Aus meiner Sicht wird es in Ostermundigen mit der Zustimmung kritisch. Es kommen auch Probleme mit den Vereinen und Schulen auf uns zu, die man aus meiner Sicht noch ausser Acht gelassen hat. Es gibt andere Programme und andere Einteilungen, die sich von der Stadt Bern unterscheiden. Es kommt diesbezüglich einiges auf uns zu. Ich bin gespannt, was die Arbeitsgruppe machen wird. Wir sprechen von den Nachbarschaften. Auch bei den Nachbarschaften hat die Stadt mit den wunderbar breiten Kehrrichtwagen ein Ei gelegt. Diese Wagen sind im unteren Kirchenfeld Grund dafür, dass bis zu 40% der Parkplätze aufgehoben werden müssen. Dort werden wir ein Problem bekommen. Das sind keine Verbesserungen der Nachbarschaften, ich habe grosse Bedenken. Dass gewisse Dinge gut herausgekommen sind, will ich nicht verneinen. Die SwissSkills habe ich angeschaut, daran muss man festhalten und auch durch die Corona-Pandemie ist die Stadt Bern einigermaßen gut durchgekommen.

Zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung: Da singt die Stadt das hohe Lied. Ich kann nicht mehr zählen, wie viele Male ich mich hier wiederholen muss: Wenn Sie wirklich städtische Klimapolitik betreiben und etwas für die öffentlichen Räume machen wollen, realisieren Sie

beim Marzili unten einen grossen Park, wo die zusätzlichen Einwohner der Stadt Bern baden gehen können. Betonieren Sie die letzten grünen Lungen nicht zu! Auch beim Viererfeld geht es darum, alles mit Containern zuzustellen – obwohl die Notlage vorbei ist – und anschliessend eine Grossüberbauung zu erstellen. Hier bestünde die Möglichkeit, eine grüne Lunge mit Fruchtfolgefläche zu erhalten. Ich kritisiere das Vorgehen im Rahmen der Stadtentwicklung. Die Stadt lebt von den Grünräumen. Bern ist eine grüne Stadt, aber Sie sind dran, alle diese Vorteile zu verspielen. Auch im Bereich des Wohnbaus bin ich enttäuscht. Wir haben uns stets für Stockwerkeigentum oder höherwertiges Wohnen eingesetzt. Das wird es nicht geben. Zu den Finanzen: Diese sind mir ein grosses Anliegen. Ich möchte den zuständigen Leuten danken und machen diesen keinen Vorwurf – es wurde die Glaskugel erwähnt -, dass man besser abgeschlossen hat als budgetiert. Entscheidend ist, dass Mehreinnahmen gemacht wurden, die aus Erbschafts- und Schenkungssteuern kamen. Es handelt sich dabei um einmalige Einnahmen. Wenn ein sehr reicher Mann stirbt und sein Vermögen einer Geliebten vermachte, fällt für die Stadt Geld an. Das ist etwas, das man nicht berechnen kann. Für mich ist viel schlimmer, dass keine Konsequenzen aus dem Umstand gezogen werden, dass das Schiff auf eine Sandbank aufläuft und die Lage immer vertrockneter wird und wir in der Stadtkasse Ebbe haben. Wir haben drohende Steuererhöhungen, beispielsweise bei den Parkkarten, diese Gebühren werden praktisch verdoppelt. Man will eine Feuerwehersatzabgabe einführen. Alle diese Dinge zeigen, dass die rot-grüne Wunschpolitik in eine falsche Richtung geht. Man muss Gegensteuer geben und das werden die Konsequenzen sein: Die SVP wird entsprechende Anträge sowie Referenden stellen, um die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern.

Zur SBK: Ich beginne beim Thema Bildung. Die Schulraumplanung ist weiterhin desolat. Es war noch nie attraktiv, Schulraum zu planen. Ich erinnere mich, als ich bezüglich des Zieglerospitals darauf hingewiesen habe, auch an den entsprechenden Schulraum zu denken. Der Stadtpräsident hat entgegnet, dass es nicht für Schulraum vorgesehen sei. Genau dasselbe Problem hatten wir bei der Überbauung Schönberg Ost. Es war zu wenig Schulraum vorhanden. Dort, wo an die Planung gedacht wurde, plante man hingegen gigantisch, ohne Augenmass und ohne Einbezug der örtlichen Bevölkerung. Ansonsten hätte man kein Schulhaus auf der Goumënsmatte geplant, wo man eine maximale Verdichtung vorhatte und die letzten grünen Wiesen überbaut hätte. Glücklicherweise hat man die Sache nochmals überdacht. Genau dasselbe im Bereich Egelsee-Wyssloch, auch dort wollte man an einem unmöglichen Ort eine maximale Planung umsetzen. Dies war nicht möglich. Beim Kirchenfeldschulhaus halten Sie leider nach wie vor daran fest, obwohl auch dieses Vorhaben weitere sechs Jahre dauern wird. Sie glauben daran, dass die Bagger 2024 auffahren werden. Ich habe in meiner letzten Kleinen Anfrage geschrieben, dass das nicht vor 2028 der Fall sein wird. Das nächste Thema sind die Classes bilingues. Sie haben immer gesagt, dass diese ein grosser Erfolg werden und wir dafür Platz benötigen. Ich erachte den Standort als unglücklich, weil dieser bald aus allen Nähten platzen wird. Man konnte den Medienberichten entnehmen, dass es teilweise zu wenige Stühle hatte usw. Jetzt haben wir die grössten Probleme, was mich nicht überrascht. Das sind die Auswirkungen von solch schwierigen Planungen. Man muss Augenmass halten und an einige Dinge glauben, die Ihnen Cassandra mitteilt.

Zur Sportstadt: Wir haben zu wenige Rasenfelder. Sehr viele Leute haben sich zu Recht darüber aufgeregt, als man in einem Beitrag von Telebärn sagte, dass die Schüler, wenn sie zu wenig Platz haben zum Fussball spielen, einen anderen Sport wählen sollten. Das ist für mich der falsche Ansatz, man sollte sich nach den Bedürfnissen der jungen Leute richten. Es gibt Dinge, die nicht nur den Spitzensport betreffen. Es sollte ein niederschwelliger Zugang gewährt werden.

Zum Kulturbereich: Die stets grossen Leuchtturmprojekte fallen nicht immer positiv aus. Man sollte politisch, wirtschaftlich usw. nicht diskriminieren. Aber ich stelle fest, dass die SVP-Politiker in der Reithalle weiterhin ein Hausverbot haben. Man hat nichts dagegen unternom-

men. Wir können dort nicht hin. Im neuen Budget ist enthalten, dass das Tojo Theater sowie die Grosse Halle noch mehr Geld erhalten. Man könnte noch viele Dinge erwähnen. Die Fraktion SVP lehnt den Jahresbericht 2021 ab.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die Stadt Bern schliesst in der Rechnung 2021 mit einem – im Verhältnis zum Gesamtbudget – sehr kleinen Überschuss ab. Die Fraktion GLP/JGLP nimmt die schwarze Null in der Rechnung 2021 ohne grosse Emotionen zur Kenntnis. Die schwarze Null sieht auf den ersten Blick gut aus, weil sie schwarz ist. Aber man darf nicht vergessen, dass sie eigentlich rot ist, denn eine generationengerechte Finanzpolitik benötigt Überschüsse. Der Gemeinderat selbst wie auch die finanzpolitische Vernunft allgemein sagen, dass es Überschüsse braucht. Trotzdem verfügt die Stadt nicht darüber oder zumindest nicht über genügend hohe Überschüsse. Mindestens 20 Mio. Franken wären laut Gemeinderat nötig, besser wären 50 Mio. Franken, sagen die Grünliberalen. Das wäre das Niveau, damit keine neuen Schulden nötig wären. Die Stadt hätte die Rechnung sogar negativ abgeschlossen, wenn nicht einmalige, ausserordentliche Sondereffekte in zweistelliger Millionenhöhe angefallen wären. Warum brauchen wir Überschüsse? Unsere Generation muss die Investitionen, also Renovationen von Schulhäusern etc. mit eigenen Mitteln stemmen können. Wir brauchen bei den Investitionen einen Selbstfinanzierungsgrad von 100%. Das ist eigentlich auch das erklärte Ziel des Gemeinderats, nur leider sind wir in der Praxis meilenweit davon entfernt. Wahrscheinlich haben wir im Stadtrat eher den Pendenzenberg abgebaut, als dass der Selbstfinanzierungsgrad 100% erreicht. Im Unterschied zum Pendenzenberg aber hat das Nichteinhalten des finanzpolitischen Ziels ernsthafte Konsequenzen. Mit dem aktuellen Kurs kommt es zu einer Doppelbelastung der kommenden Generation. Diese muss nämlich für die nachkommende Generation auch wieder Schulhäuser renovieren und Investitionen tragen und wird noch zusätzlich mit Zinszahlungen auf Schulden belastet, die wir heute machen, weil wir keine genügend hohen Überschüsse haben. Das ist keine finanzielle Nachhaltigkeit, das ist keine generationengerechte Finanzpolitik, es ist ein Stück weit undemokratisch, weil eine Generation für Dinge Schulden tragen und zahlen muss, die sie nicht bestellt hat. Die aktuelle Marschrichtung stimmt nicht. Da stimmt der Gemeinderat mit uns überein, wenn man ihn bezüglich seiner eigenen finanzpolitischen Grundsätze – beispielsweise die Selbstfinanzierungsquote – beim Wort nimmt. Dieser Umstand ist auf die ungebremsste Ausgabenpolitik in den Jahren vor Corona durch die politische Mehrheit im Parlament und in der Stadtregierung zurückzuführen. Daran haben wir keinen Zweifel. Indem der Gemeinderat von einem strukturellen Defizit und nicht von einem konjunkturellen spricht, stimmt er dieser Analyse zu.

Es ist aber nicht alles schlecht und es gibt auch Lichtblicke in dieser Jahresrechnung 2021. Die hohen geplanten Investitionen konnte man zum grössten Teil umsetzen. Das heisst, ein kleines Stück Investitionsstau konnte aufgeholt werden. Es konnte eine positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen erzielt werden, entgegen den Befürchtungen zu Beginn der Corona-Pandemie. Ganz generell hat die Corona-Pandemie nicht zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt, wie dies von einer weltweiten Pandemie mit einem neuartigen Virus zu erwarten gewesen wäre. Die Stadt konnte alle ihre laufenden Aufgaben und Leistungen wahrnehmen und erfüllen. Wir sprechen hiermit unser grosses Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Bern aus, die ihren Teil dazu beigetragen haben.

Leider gibt es aber nicht nur Lichtblicke, sondern auch neue Risiken am Horizont, die das vermeintlich gute Jahresergebnis 2021 teilweise relativieren. Steuereinnahmen, insbesondere bei den juristischen Personen, bleiben unsicher – die Stichworte dazu lauten: Konkurswelle, über mehrere Jahre verzögerte Abschlüsse von Unternehmen, Verlustvorträge und weitere. Die Zinswende bei der Schweizer Zentralbank ist ein weiterer Faktor. Die Zinsen werden steigen, auch für die Stadt Bern. Nach dem kürzlich gefällten Entscheid der Schweizerischen

Nationalbank (SNB) können auch die grössten Zins-Optimisten nicht mehr sagen, dass die Zinsen immer negativ bleiben werden. Im Herbst wird sehr wahrscheinlich die nächste Anhebung erfolgen. Der Ukrainekrieg führt allgemein zu grosser wirtschaftlicher Unsicherheit und die Folgen sind bereits spürbar, zum Beispiel bei den massiv steigenden Material- und Baukosten. Dies wirft die Frage auf, ob unsere Ausföhrungskredite, zusammen mit der allgemeinen Teuerung, dadurch aufblasen werden. Es gibt auch noch politische Risiken: Es gibt Leute, die den Eindruck haben, dass es mit dem Verweis auf die schwarze Null weniger Grund für finanzpolitische Zurückhaltung gebe. Hinzu kommt, dass die Spezialfinanzierungen Eis und Wasser sowie Schulraum immer wieder falsch verstanden werden, und das bereits seit 2014. Die Spezialfinanzierungen sind nicht das Problem, auch wenn in der Vergangenheit Teile der Überschüsse als gebundenes Eigenkapital angelegt wurden. Trotzdem müssen wir einen Cashflow haben, der unsere Investitionen finanziert. Ansonsten führt es früher oder später zu Schulden. Sogar eine allfällige Auflösung eines Fonds würde uns höchstens ein wenig Zeit verschaffen, wäre aber nicht nachhaltig, da wir ein strukturelles Defizit haben. Deshalb gibt es die FIT-Massnahmen, die wir weiterhin unterstützen. Die Betonung liegt auf FIT-Massnahmen, es handelt sich dabei nicht um Sparmassnahmen, wie Florence Schmid treffend ausgeführt hat. Wir freuen uns ausserordentlich auf die folgende Budgetdebatte. Den Jahresbericht 2021 nehmen wir neutral zur Kenntnis.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Erstens: Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen. Das Rechnungsjahr wurde glücklicherweise ein wenig besser abgeschlossen als erwartet. Es erlaubt uns aber weiterhin nicht, Investitionen ohne Neuverschuldung zu tätigen. Zweitens: Damit wir Investitionen aus eigener Kraft tätigen können, müssten wir Überschüsse von 20 bis 30 Mio. Franken ausweisen. Das ist bei weitem nicht der Fall. Drittens: Wir sind weder am Ende der Pandemie, wie es immer wieder heisst, noch befinden wir uns in einer wirtschaftlich stabilen Lage. Es tobt ein Krieg vor unserer Haustüre und eine Inflation klopft an. Wir müssen uns warm anziehen. Und heute Morgen haben wir eine Budgetankündigung von 28,6 Mio. Franken erhalten. Ja, wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, aber wir rasen weiterhin ungebremst gegen eine Wand zu. Es wird für die Stadt sehr schwierig werden, neues Kapital aufzunehmen. Der Zeitpunkt, Geld aufzunehmen ist denkbar ungünstig und es wird immer teurer, Schulden zu machen. Es braucht in Zukunft finanzpolitisch mehr Zurückhaltung. Wir sehen weiterhin keinen Sinneswandel, der Sparwille fehlt weiterhin. Die Kosten und die Schulden steigen weiterhin an. Wir nehmen den Jahresbericht ohne Wertung zur Kenntnis, hoffen auf eine interessante Budgetdebatte und auf lange Sicht auf einen Sinneswandel.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich gebe zu Protokoll, dass dieses Fraktionsvotum 1,5 Minuten gedauert hat und damit bis anhin das kürzeste war.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir führen eine Diskussion zum Jahresbericht und teilweise zu einem Budget, das wir erst seit heute kennen. Wir nehmen es zuerst einmal zur Kenntnis und würdigen als SP/JUSO-Fraktion die Jahresrechnung des letzten Jahres. Wir haben einen Jahresbericht erhalten, bestehend aus drei Bänden. Die Inhalte interessieren aber nur halb so stark wie die Zahlen. Deshalb konzentriere ich mich anschliessend auf die Zahlen und weniger auf die Inhalte. Zu den Inhalten leidglich ein paar kurze Stichworte: Themen des letzten Jahres waren die Corona-Pandemie, die Fusionsverhandlungen mit Ostermundigen, es gab Deutschunterricht in verschiedenen Formen, einen höheren Frauenanteil im Kader, ein Klimareglement, ein neues Verkehrsregime in der Unteren Altstadt – es wird noch eine Weile dauern, bis dieses auch wirklich umgesetzt wird –, die Einführung des Farbsack-Trennsystems wurde beschlossen, es gab eine Vorlage zum Vierer- und Mittelfeld –

leider nicht zwei Vorlagen –, es gab städtische Bauprojekte an der Reichenbachstrasse und am Zentralweg etc. An dieser Stelle möchte die SP/JUSO-Fraktion dem Gemeinderat und allen Beschäftigten der Stadt Bern für ihre gute Arbeit im letzten Jahr danken. Sie mussten viele Sonderefforts leisten und in allen Direktionen war der Druck spürbar, der durch die begrenzten finanziellen Mittel auf ihnen lastet.

Wie erwähnt sind die Zahlen interessant und diese sind den Umständen entsprechend erfreulich. Im Jahr 2020 musste man mit einem Budgetdefizit von 40,9 Mio. Franken vor die Stimmbbevölkerung treten. Es handelte sich dabei um ein friedienstiftendes RGM-Kompromiss-Budget vor den Wahlen und es wurde von den Stimmberechtigten mit einem Ja-Stimmenanteil von 73% deutlich angenommen. Demgegenüber präsentierte der Gemeinderat im März 2022 eine Rechnung mit einem Überschuss von 5,1 Mio. Franken. Das ist viel besser, als damals erwartbar war. 2020 waren wir nach einem überraschenden Einbruch bei der Budgetierung der Steuern zurückhaltend und bei den Ausgaben wurde mit allem gerechnet, weil die Corona-Pandemie nicht nur die Stadt Bern erfasst hat, sondern die ganze Welt. Überall wurden die Wachstumsprognosen reduziert und es wurde überall damit gerechnet, dass die Staaten und das Gemeinwesen tiefer in die Tasche greifen müssen, um die Folgen der Pandemie abfedern zu können. Man kann es auch so sagen: Wo keine nackte Panik herrschte, war Vorsicht die Mutter der Porzellanliste. Inzwischen wissen wir, was die Corona-Pandemie gekostet hat. Es gab Mehrausgaben von 6,5 Mio. Franken und Mindereinnahmen von 12,2 Mio. Franken. Insgesamt ein Delta von knapp 20 Mio. Franken. Man kann sagen, dass wir mit einem blauen Auge davongekommen sind. Nicht zuletzt, weil auch der Bund und der Kanton viel Geld in die Stützung der Gesellschaft fliessen liessen. Die Stadt Bern hat sich konkret in zwei Bereichen engagiert. Sie hat mit 3,6 Mio. Franken das Gewerbe unterstützt – das war ein Kraftakt, den der Stadtrat gegen den Willen des Gemeinderats durchgesetzt hat – und hat sich grosszügig gegenüber den Kulturschaffenden gezeigt, indem sie Beiträge auch dann ausbezahlt hat, wenn die entsprechenden Produktionen aufgrund der Corona-Pandemie nicht ausgeführt werden konnten. Wir denken, dass die Stadt richtig gehandelt hat. Zwei Dinge sind mir wichtig: Einerseits bestätigt die Rechnung 2021, dass die Stadt Bern und ihre Behörden auch 2021 für die Menschen da waren und alles dafür gegeben haben, um die Krise abzufedern. Andererseits konnten der Gemeinderat und insbesondere der Finanzdirektor in schwierigen Zeiten nicht einfach aus dem Vollen schöpfen, sondern bewegten sich in einem engen Regelwerk, das nur wenig Spielraum zulies, da der Kanton strenge Vorgaben machte. Wir verstehen, dass der Gemeinderat deswegen beim Budget 2021 zurückhaltend war und nicht gegen die Zeichen der Zeit agieren konnte. Daraus resultierten auch die zurückhaltenden Steuereinschätzungen. Man konnte zwar bereits 2020 hoffen, dass die Steuereinnahmen nicht ganz so tief ausfallen würden, aber das Prinzip Hoffnung mag für politische Visionen nötig sein, für das politische Handwerk ist es manchmal Gift. Deshalb muss man solche Dinge ernst nehmen. In einer ausserordentlichen Zeit ist ein Defizit zu verkraften. Aber eine politische Behörde muss Perspektiven und Prognosen im Auge behalten und darf diese nicht ignorieren, da sonst das Vertrauen verloren geht. Wir verstehen weiterhin nicht, warum man wegen einer zu tief prognostizierten Steuersenkung eine unabhängige Untersuchung anstreben wollte. Es war kein Dauerzustand wie früher beim freisinnigen Finanzdirektor, sondern ein Einzelfall unter dramatischen Umständen. Wir haben keinen Grund, an den Zahlen des Finanzdirektors zu zweifeln.

Der Gemeinderat hat mit der Rechnung auch noch Zahlen zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) mitgeliefert. Ich erlaube mir einen kurzen Blick darauf. Es sieht nicht zappenduster aus, aber auch nicht rosig. Weitere Defizite sind in der Pipeline und die vom Gemeinderat beschlossene Finanzstrategie weist überall negative Parameter auf. Man könnte sagen, dass der Gemeinderat schwarz malt, um das Parlament zu bremsen oder um die Ausgaben zu kürzen. Aber der Gemeinderat betreibt keine Politik der leeren Kassen, sondern

versucht, die vorhandenen Mittel so sinnvoll wie möglich einzusetzen. Nur in einer idealen Welt kann man unbegrenzte Mittel einsetzen. Der Gemeinderat macht unseres Erachtens alles, was möglich ist, damit die Dienstleistungen der Stadt Bern möglichst breit und attraktiv ausgestaltet sind. Er steht für einen guten Service public und für gute Anstellungsbedingungen des Personals ein. Das ist dem Gemeinderat wichtig und das ist auch uns wichtig. Die Aussage, dass der Gemeinderat seine Finanzpolitik wieder an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten sollte, ist vor dem aktuellen Hintergrund weder freundlich noch nachvollziehbar. Wir haben die Rechnung verlangt, wir haben sie erhalten und sie sieht ein wenig besser aus als befürchtet, aber wir müssen sorgfältig agieren. Wir sind in der beneidenswerten Lage, dass sich die Stadt vieles leisten kann, aber wir sind auch weiterhin darauf angewiesen, dass der Gemeinderat klare Ansagen macht, damit wir mit unserer Mehrheit Kurs halten können. Wir wollen auf dem Weg in eine rot-grüne Zukunft bleiben, damit sich auch Minderheiten wie Alexander Feuz oder Florence Schmid in dieser Stadt wohlfühlen. Wir nehmen den Jahresbericht zustimmend zur Kenntnis.

Direktor FPI *Michael Aeberhard*: Es ist immer wesentlich einfacher, hier vorne hinzustehen, wenn man die Jahresrechnung positiv und besser abschliesst, als erwartet. Auch die Debatte ist entsprechend kürzer. Zuerst möchte ich – wie immer – der Verwaltung danken, die grosse Arbeit geleistet hat. Mein Dank geht auch an die Kommissionen, die sich mit vielen verschiedenen Seiten auseinandersetzen mussten, sowie an die Sprechenden, die die heutige Debatte eingeführt haben.

Dieses Jahr ist das Timing perfekt, da wir heute Morgen das Budget verabschieden konnten. Die Fraktionen haben bereits gestern Abend eine Pressemitteilung erhalten. Hier im Stadtrat geht es heute um die Jahresrechnung, auf welche ich mich fokussieren werde, und nicht um das neue Budget. Wie gesagt, es sind gute Neuigkeiten. Wir konnten mit 5 Mio. Franken im Plus anstelle von 41 Mio. Franken im Minus abschliessen. Ich betone aber, dass es keinen Grund zur voreiligen Freude gibt und auch nicht zur Haltung, dass alles bestens sei und man wie gewohnt weitermachen könne. Es geht um die dreimal erwähnten 20 Mio. Franken: Wir haben 20 Mio. Franken Mehreinnahmen bei den Steuern, was höchst erfreulich ist. Die Prognosen wurden während eines Tiefs gemacht und liegen nun 20 Mio. Franken höher. Das ist nicht weltbewegend, aber immerhin. Dies haben wir im Budget 2023 korrigiert und angepasst. Wir haben gegenüber dem jetzigen Jahr bei den Einnahmen 33 Mio. Franken besser prognostiziert. Damals, beim Budget 2022, haben wir das nicht gemacht. Wir gehen davon aus, dass wir besser drin sein werden als prognostiziert. Wir gehen von plus, minus 25 Mio. Franken aus und nicht von einem Defizit von 50 Mio. Franken. Und auch der Bilanzüberschuss sollte nicht so viel kleiner werden, dass wir Ende nächsten Jahres lediglich 400 000 Franken übrig haben. Wie gesagt gibt es sehr viele unbekannte Faktoren – Corona-Pandemie, Ukraine Krise usw. Der zweite Punkt dreht sich um die Einmaleffekte, die aufgrund der Corona-Pandemie bei der BSS auftraten. Im Lastenausgleich haben wir in der Sozialhilfe und bei den Betreuungsgutscheinen nochmals rund 20 Mio. Franken besser abgeschnitten. Das konnten wir nicht voraussehen, wir wissen nicht, ob dies wieder so sein wird oder nicht. Das dritte Element ist FIT I, das wir bewusst gesteuert und umgesetzt haben. Das sind 20 Mio. Franken. Wenn wir das nicht gemacht hätten, wären wir jetzt nicht bei plus 5 Mio. Franken, sondern bei minus 15 Mio. Franken und der Bilanzfehlbetrag wäre nicht um 5 Mio. Franken nach oben, sondern um 15 Mio. Franken nach unten gegangen, mit allen Konsequenzen. Das ist der erfreuliche Teil. Zu den 60 Mio. Franken, die besser waren als budgetiert, kamen 19 Mio. Franken aufgrund der Corona-Pandemie, die die Stadt richtigerweise aufwenden musste. Sie sehen es deutlich, das Budgetieren ist keine exakte Wissenschaft.

In Ihren Voten waren die FIT-Massnahmen und der Druck auf das Personal mehrmals Thema. Das ist richtig, der Druck auf unser Personal ist gross. Es war aber auch ganz klar die Mei-

nung – und das braucht vielleicht noch ein gewisses Umdenken –, dass man mit weniger Ressourcen nicht gleichviel Output erreichen kann, sei es im Tiefbau, im Hochbau oder in den Parkanlagen. Wir können mit weniger Leuten nicht gleich viel leisten und beispielsweise nicht gleich viele Strassen gleich oft reinigen. Es braucht sicherlich noch Überzeugungsarbeit und auch Fingerspitzengefühl. Wir sind uns bewusst, dass es aktuell für das Personal schwierig ist, da es einen Beitrag zum gesamten Spar- oder Entlastungspaket leisten muss. Ich will kein Semantikseminar halten, es handelt sich um ein Entlastungspaket, das Einsparungen, aber auch Mehreinnahmen beinhaltet. Ich will keinen Etikettenschwindel betreiben, manchmal sagt man Spar- und manchmal Entlastungspaket. Es handelt sich um ein Entlastungspaket und wir kündigen bereits an, dass wir, falls es ab 2025 nicht besser laufen sollte, nochmals 20 Mio. Franken werden einsparen müssen. Es ist nicht per se ein Sparpaket.

Der Jahresbericht besteht nicht nur aus Zahlen, sondern gibt auch Auskunft darüber, was alles gemacht worden ist. Leider sind die Dinge, die man weniger oder in einer weniger guten Qualität macht, meist sichtbarer und alle anderen geht leider vergessen. Einige Dinge aus dem Jahresbericht möchte ich erwähnen, beispielsweise dass ein Leistungsvertrag mit dem Verein «Tankere», dem Jugendclub, abgeschlossen wurde. Leider will der alte Betreiber bei der Grossen Schanze das Lokal noch nicht verlassen. Auch erwähnen möchte ich die Lebensmittelgutscheine, die zusätzlichen Stipendien für Kulturschaffende aufgrund der Corona-Pandemie und die Verabschiedung des Klimareglements sowie die Rahmenstrategie – das sind alles sehr aufwendige Arbeiten, die direktionsübergreifend durchgezogen werden konnten. Weiter haben wir in einen Studienauftrag für die Sanierung des Marzili-Bads investiert. Wir erhöhen die Verkehrssicherheit im Schulumfeld weiter und führen neue Begegnungszonen ein, ausserdem haben wir Ihnen die Vorlage für das Vierer- und das Mittelfeld unterbreitet – leider wird sich dieses Vorhaben verzögern. Des Weiteren wurde der städtebauliche Wettbewerb beim Gaswerkareal abgeschlossen, der Spatenstich an der Reichenbachstrasse ist erfolgt und die Gesamtsanierung des Manuel-Schulhauses wurde in Angriff genommen. Sie sehen, es passiert sehr viel in dieser Stadt. Gerne betone ich immer wieder, dass unsere Lebensqualität in der Stadt hoch ist und hoch bleibt, auch wenn man am einen oder anderen Ort aus finanziellen Gründen einige Abstriche machen muss.

Zum Schluss zu den Investitionen: Leider ist es eine Tatsache, dass wir in den nächsten zehn Jahren 30 Jahre an Investitionen nachholen müssen. Man hat die Eis- und Wasseranlagen rechts liegen gelassen und hat nichts daran gemacht. Auch die Schulen wurden nicht saniert. Zusätzlich haben wir nun ein Bevölkerungswachstum. Es ist keine Frage des Wollens oder des nicht Wollens. Wir sind dazu verdammt, diese Investitionen jetzt zu tätigen. Wir werden damit für die nächsten 20 oder 30 Jahre nachfolgende Generationen entlasten. Im Moment haben wir keine andere Wahl. Entsprechend müssen wir sicherstellen, dass wir an anderen Stellschrauben drehen, um Überschüsse generieren zu können, und dass unsere Verschuldung nicht ins Unermessliche steigt, da Schulden genauso schlecht sind, wie wenn die Mietpreise oder die Temperaturen steigen. Also auch den Anstieg der Schulden müssen wir begrenzen, damit wir diese irgendeinmal abbauen können. Entsprechend wichtig ist es – im Hinblick auf die Budgetdebatte –, dass wir die Entlastungspakete umsetzen. Bald werden wir dem Stadtrat die Feuerwehersatzabgabe vorlegen. Diese 6 Mio. Franken brauchen wir, deshalb blieb diese Ersatzabgabe in FIT II enthalten und wurde nicht gestrichen. Die Spar- und Entlastungsmassnahmen, die Sie im Rahmen der FIT-Debatte rückgängig gemacht haben, sind im Budget 2023 nicht mehr enthalten. Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass der Kurswechsel stimmt und der Spardruck bleibt, wir sind noch nicht am Ziel. Dem Jahresbericht können Sie mit gutem Gewissen zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat genehmigt den Jahresbericht 2021, bestehend aus Reporting zu den Legislaturrichtlinien, Vorbericht, Bilanz, Erfolgsrechnung, Produktgruppen-Rechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Rechnungsjahr.
 2. Er genehmigt zusätzliche Abschreibungen von Fr. 5 159 353.61 gemäss Art. 84 Ziff. 4 der Gemeindeverordnung (170.111).
 3. Er beschliesst den Nachkredit von Fr. 5 159 353.61 bei der Dienststelle 610 Finanzverwaltung und die Erhöhung des Globalkredites von Fr. -34 369 011.32 (Nettoerlös) auf Fr. -29 209 657.71 (Nettoerlös).
 4. Er nimmt Kenntnis von den Nachkrediten zu den Globalkrediten 2021 von Fr. 6 366 106.95 in der Kompetenz des Gemeinderates.
 5. Er nimmt Kenntnis vom Bericht des Rechnungsprüfungsorgans.
- (37 Ja, 4 Nein, 18 Enthalten) [Namen](#) 009

Die Sitzung wird um 16.45 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

X

X

Manuel C. Widmer

Christine Otis

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim
Yasmin Amana Abdullahi
Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Katharina Altas
Ursina Anderegg
Tom Berger
Diego Bigger
Lea Bill
Laura Binz
Regula Bühlmann
Eva Chen
Francesca Chukwunyere
Nicole Cornu
Dolores Dana
Milena Daphinoff
Sibyl Martha Eigenmann
Claudine Esseiva
Vivianne Esseiva
Alexander Feuz

Jelena Filipovic
Thomas Fuchs
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Lukas Gutzwiller
Erich Hess
Brigitte Hilty Haller
Michael Hoekstra
Seraphine Iseli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Barbara Keller
Nora Krummen
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihalyi
Tanja Miljanovic

Alina Irene Murano
Barbara Nyffeler
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Rahel Ruch
Michael Ruefer
Kurt Rüegsegger
Remo Sägger
Mahir Sancar
Marianne Schild
Florence Schmid
Sara Schmid
Ursula Stöckli
Therese Streit-Ramseier
Bettina Stüssi
Johannes Wartenweiler
Janosch Weyermann
Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Ruth Altmann
Nicole Bieri
Gabriela Blatter
Jemima Fischer
Lionel Gaudy

Bernadette Häfliger
Ueli Jaisli
Nora Joos
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer

Anna Leissing
Tabea Rai
Judith Schenk
Michael Sutter
Ayse Turgul

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Reto Nause SUE

Michael Aebersold FPI
Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
Christine Otis, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Mitteilungen des Vorsitzenden

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich bitte Sie, sich auch für die zweite Sitzung mit dem Badge anzumelden. Sie müssen sich für jede Sitzung einzeln anmelden, danke.

Wie Sie vielleicht bereits erfahren haben, ist der Sohn des Ex-Stadratsmitglieds Daniel Lehmann tödlich verunglückt. Wir haben eine Kondolenzkarte in Zirkulation gegeben und würden es als schön erachten, wenn diejenigen unter Ihnen, die Daniel Lehmann kennen, mitunterschreiben, damit wir gegenüber unserem ehemaligen Kollegen unser Mitgefühl und unsere Trauer ausdrücken können. Vielen Dank.

5 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Wie beeinflussen – oder auch nicht – globale Megatrends die Auswahl der Anlagefonds und somit die Rendite der Personalvorsorgekasse?

2019.SR.000179

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Wir kommen nun zum ausgelagerten Traktandum 5. Dabei handelt es sich um die bereits früher einmal zur Diskussion gestellte Interpellation von Marcel Wüthrich zur Personalvorsorgekasse (PVK). Sie haben bereits einmal die Diskussion gewährt, anschliessend aber die Sitzung unterbrochen. Somit werden wir nun heute die Diskussion dort aufnehmen, wo der Einreichende das Wort erhält.

Interpellant *Marcel Wüthrich* (GFL): Besten Dank für die Gewährung der Diskussion. Die PVK war seit längerem nicht mehr Thema im Stadtrat. Sie leistet aus unserer Sicht grundsätzlich sehr gute Arbeit. Beispielsweise konnte sie im letzten Jahr eine Rendite von fast 10% erzielen. Trotzdem haben wir von der GFL/EVP-Fraktion seit längerem den Eindruck, dass die PVK in einem ganz spezifischen Bereich, namentlich wenn es um die Nachhaltigkeit der Anlagen geht, ihre Arbeit nur widerwillig erledigt und auch den eigenen Ansprüchen nicht genügt. Sie erinnern sich: Am 27. Mai 2019 um 11.55 Uhr hat der Gemeinderat an einer denkwürdigen Medienkonferenz auf dem Berner Münster den Klimanotstand verkündet. Der Gemeinderat hat sich dabei das Ziel gesetzt, dass Bern die erste Schweizer Stadt sein soll, die ihr Vermögen klimaneutral bewirtschaftet. Explizit Bezug genommen hat er dabei auch auf die PVK und insbesondere auf das interfraktionelle Postulat «Klimastrategie für die Anlagen der Personalvorsorgekasse», das ich miteingereicht habe. Wir staunen deshalb darüber, dass der Gemeinderat diesbezüglich sein eigenes Ziel zwischenzeitlich immer wieder aus den Augen verliert; dies zuletzt beim Klimareglement, wo es der Stadtrat war, der das Anliegen von klimaverträglichen Finanzinvestitionen in einem eigenständigen Artikel einfügte.

Die Stadt kann auf eigenem Stadtgebiet noch so viel Geld in den Klimaschutz investieren. Das ist aber nicht ausreichend und ich werde nicht müde, dies immer wieder zu betonen. Es ist unzureichend, wenn gleichzeitig via Anlagefonds der PVK C^O₂-intensive Unternehmen munter und ohne echte Klimastrategie weiterhin finanziert werden. Nachhaltigkeit wird nicht dadurch erreicht, dass man einzelne Investitionen oder einzelne Anlagegefässe auf Nachhaltigkeit trimmt. Es muss über das gesamte Anlageportfolio laufen. Es nützt nichts, wenn man auf der einen Seite einige saubere Anlagen hat und auf der anderen Seite ein paar besonders schmutzige existieren, die genau dieses Ziel unterlaufen.

Es gibt durchaus positive Beispiele mit Vorbildcharakter. Was in den städtischen Pensionskassen der Städte Zürich, Luzern oder Lausanne möglich ist, muss auch in Bern möglich sein. Die Zusammenarbeit der städtischen Pensionskassen wäre diesbezüglich wichtig und Bern muss dafür das Rad nicht neu erfinden. Die Antworten, die vom Gemeinderat auf die Interpel-

lation gegeben werden, erachten wir aus diversen Gründen als ungenügend. Zum Beispiel wäre uns wichtig, dass in Nachhaltigkeit ausgebildete Personen gleichwertig wie Personen mit Finanzkenntnissen in die Verwaltungskommission aufgenommen würden. Die Anforderungen an alle Kandidierenden für die Verwaltungskommission sollten um Nachhaltigkeitsaspekte erweitert werden. Bei der Auswahl der Anlagegefässe sollte es auch Nachhaltigkeitspezialisten geben und insbesondere auch im Anlagekomitee, das für die Anlagestrategie eigentlich zuständig ist. Die Anlagestrategie sollte generell angepasst und eine Klimastrategie mit CO₂-Zielen erarbeitet werden, so dass kein Blindflug mehr existiert, wie es im erwähnten Postulat gefordert wurde. Vermögensverwaltungsaufträge sollte man auf Nachhaltigkeitsanforderungen abstimmen, und zwar mit Mandatsnehmenden, die nicht im Verdacht stehen, Greenwashing zu betreiben. Von all diesen Forderungen sehen und hören wir leider nichts. Noch schlimmer: Es gibt auch keine entsprechenden Absichtserklärungen, mindestens nicht gemäss der gemeinderätlichen Antwort zur vorliegenden Interpellation. Das enttäuscht uns sehr. Die PVK muss endlich Anstalten machen, dass sie die ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance) umsetzt, die sogar im Personalvorsorgereglement verankert sind. Es kann nicht sein, dass die Kriterien als sogenannt «zentrale Anliegen» bezeichnet werden, in der Antwort aber sofort wieder relativiert werden. Wenn die PVK das nicht will, wäre es besser, wenn sie diesbezüglich ehrlich wäre und dazu stehen würde, dass das nicht möglich ist, anstatt uns hinzuhalten. Wir müssen die entsprechenden Mittel finden, um zu unserem Ziel zu gelangen. Trotzdem danke ich dem Gemeinderat für seine Antworten – auch wenn sie lückenhaft sind und diverse Aussagen gemacht werden, die wir bestreiten oder zumindest hinterfragen müssen. Aus Zeitgründen möchte ich nicht im Einzelnen darauf eingehen, kann diese Punkte aber den Verantwortlichen gerne mitteilen. Es handelt sich bei der Interpellation und meinen heutigen Ausführungen um eine schwierige Thematik, die einer gewissen Ungeduld entspringt. Zudem wurde die Antwort im September 2019 verfasst und es hat sich seither sicherlich auch etwas verändert. Ich weiss aber von keiner relevanten Ergänzung. Ich bedanke mich ebenfalls für das konstruktive Treffen, das wir im kleinen Kreis mit den Verantwortlichen hatten. Es wäre schön, wenn man dies wiederholen könnte. Wir danken dem Gemeinderat, dass er nun endlich die Zügel in die Hand nimmt. Wie erwähnt können wir heute mit dem Inhalt nicht zufrieden sein.

Fraktionserklärungen

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Auch von meiner Seite ein Dankeschön, dass die Diskussion gewährt wurde und wir das Geschäft unabhängig von der Rechnung diskutieren können.

Im Mai 2019 hat der Gemeinderat den erweiterten Handlungsplan für das Klima beschlossen, der anschliessend in die Energie- und Klimastrategie der Stadt aufgenommen wurde. Wie von Marcel Wüthrich vorgängig erwähnt, steht darin Folgendes: «Das Vermögen des Gemeinwesens der Stadt Bern als erste Stadt der Schweiz soll klimaneutral bewirtschaftet werden.» In den Detailausführungen heisst es weiter, dass die Vermögensbewirtschaftung angehalten sei, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und eine maximale globale Klimaerwärmung von 1,5 bis 2 Grad in ihrem Wirkungskreis anzustreben. Und weiter: «Die PVK der Stadt Bern ist in diese Überlegungen miteinzubeziehen.» Nur vier Monate später hat der Gemeinderat dann die Antwort auf diese Interpellation verfasst. Ich gebe zu, dass die Fragen ein wenig suggestiv sind und man vielleicht besser direkt gefragt hätte, warum die PVK nicht in fossilfreie Anlagefonds investiert. Trotzdem kann man aus der Antwort des Gemeinderats herauslesen, dass es keinerlei Bestrebungen gibt, PVK-Gelder klimaneutral anzulegen. Der Gemeinderat hat also mit viel Brimborium den Handlungsplan fürs Klima initiiert. Bereits vier Monate später aber spürt man keinerlei Wille mehr, diesen auch nur in Ansätzen umzusetzen. In

früheren Vorstössen zum Thema fossilfreie Vermögensbewirtschaftung der PVK hiess es immer, dass die PVK zu klein sei, um aktiv anlegen zu können. Zudem gebe es leider keine Indizes, die die Anlagen in fossile Brennstoffe ausschliessen würden und deshalb könne sie ihr Vermögen leider nicht klimaneutral bewirtschaften. Jetzt wird aber mit dieser Interpellation aufgezeigt, dass es sehr wohl solche Indizes gibt und diese zudem eine gute Rendite abwerfen. Aber anstatt nun endlich Druck auf die PVK zu machen, damit sie ihre Verantwortung für die Einhaltung der Klimaziele wahrnimmt, stärkt ihr der Gemeinderat den Rücken, indem er schreibt, dass Vermögensanlagen in einer Pensionskasse langfristig ausgerichtet seien, sich die PVK neutral verhalte und die aktive Über- oder Untergewichtung von Unternehmen oder von ganzen Branchen vermeide. Aber genau darum sollte es eigentlich gehen. Die Klimaziele der Stadt Bern können nur umgesetzt werden, wenn man überall dort ansetzt – und es ist bereits seit langem bekannt, dass die Pariser Klimaziele nicht erreicht werden können, wenn die Finanzwerke nicht entsprechend handeln. Auch wenn das Vermögen der PVK vergleichsweise gering ist, hat auch sie ihre Verantwortung und muss sich endlich aus den klimaschädlichen Anlagen zurückziehen. Der Gemeinderat muss alles in seiner Macht Stehende tun, um dies einzufordern. Sonst bleibt die Energie- und Klimastrategie wie auch das neue Klimareglement ein zahnloser Papiertiger.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das Votum, das ich hier vorlese, wurde von Bernadette Häfliger geschrieben.

Im Titel der Interpellation werden die aktuellen Megatrends angesprochen und im Text wird mit dem Klimawandel auch einer dieser Trends umschrieben. Natürlich ist nicht der Klimawandel ein Megatrend, sondern die Neoökologie. Damit etabliert sich aufgrund des Klimawandels ein neues Wertesystem, das in jeden Bereich unseres Alltags hineinreicht. Umweltbewusstsein war vor Jahrzehnten noch ein Thema einiger Freaks, heutzutage gehört es zu einem modernen und urbanen Lifestyle dazu, wird zunehmend zum Konsumtrend und damit zu einem zentralen Wirtschaftsfaktor. Es ist deshalb klar, dass sich das gesamte Wirtschaftssystem rasch fundamental neu ausrichten wird, weil sich der Kapitalismus stets entlang solcher Megatrends optimiert. Das ein Megatrend allein aber noch keine Nachhaltigkeit bedeutet, zeigen die neusten Entwicklungen im Speziellen bei den Vermögensanlagen. Die EU-Kommission stuft die Investitionen in neue Gas- und Atomkraftwerke als klimafreundlich ein und begründet das damit, dass sie die Anleger dazu bringen will, in klimafreundliche Technologie zu investieren. Davon zeugt auch ein im letzten Sommer veröffentlichter Bericht des ehemaligen BlackRock-Managers. Der Bericht zeigt auf, dass es sich bei immer mehr der sogenannten grünen Anlagen um eigentliche Marketingtricks handelt, da das sogenannte nachhaltige Investieren ein enormes Anlegerinteresse erfahren hat. Dass sich die Nachhaltigkeit nicht auf ein Element begrenzen lässt, lehrt uns die Komplexität des Lebens, obwohl die aktuelle Politik mit der forcierten Ein-Themen-Bewirtschaftung leider immer mehr an ihre Grenzen stösst. Die SP/JUSO-Fraktion hat stets gefordert, dass sich der Gemeinderat über seine Arbeitgebervertretungen in der PVK einerseits für die Interessen der Versicherten und andererseits für soziale, ökologische und ethische Nachhaltigkeit einsetzt. Die PVK hat sich dann auch mit der im Jahr 2008 verabschiedeten Anlageverordnung ausdrücklich in Artikel 6 und 7 reglementarisch bindend verpflichtet, die zehn Prinzipien des UNO Global Compacts einzuhalten, der Unternehmen unter anderem zum Schutz der Menschenrechte, zur Einhaltung der Arbeitsnormen, zum Schutz der Umwelt und zur Korruptionsbekämpfung anhält. Die PVK hat im Jahr 2019 ergänzend hierzu eine explizite ESG-Strategie verabschiedet und ist seit dem 1. Januar 2020 Mitglied beim Ethos Engagement Pool International, nachdem sie bereits seit 2008 Mitglied beim Ethos Engagement Pool Schweiz war. Um die Nachhaltigkeit der Anlagen dauernd überprüfen und verbessern zu können, führt die PVK regelmässig unabhängige Analysen ihrer Vermögensanlagen durch. Das wird auch in der Antwort des Gemein-

derats ausgeführt. Es ist klar, dass ein Stadtparlament weder über das notwendige Wissen noch die nötigen Kenntnisse verfügt, um Geschäfte in diesem komplexen Umfeld operativ führen zu können. Deshalb kennt die Schweiz die Gewaltenteilung. Dass das so besser ist, zeigt die vorliegende Interpellation. Zwar greift sie ein wichtiges Anliegen auf – nämlich nicht mehr in fossile Energieträger zu investieren – schlägt aber ausgerechnet einen Index vor, der Unternehmen nicht ausschliesst, die in geächtete Waffen investieren. Wir sind froh, dass die Anlagestrategie der PVK seriös ist und unter Beizug von qualifizierten externen Experten passiert, eine grosse Diversität angestrebt wird und eine regelmässige, externe, kritische Prüfung stattfindet und somit keinen Versprechungen von irgendwelchen grünen Schamanen aufgesessen wird.

Michael Hoekstra (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Wir bedanken uns beim Interpellanten für diese Fragen an den Gemeinderat. Einmal mehr wird deutlich, dass das Thema Nachhaltigkeit in der städtischen PVK noch nicht angekommen ist und die Verantwortlichkeit wie eine heisse Kartoffel weitergereicht wird. Die Antworten des Gemeinderats sind insbesondere im Hinblick auf die Anlagestrategie sehr ausweichend. Der vom Interpellanten erwähnte Index ist nicht der einzige seiner Art. Es gibt mittlerweile verschiedene fossilfreie Indizes, die die gewünschte Diversifizierung des Portfolios sicherstellen und gleichzeitig die Investitionen in fossile Brennstoffe ausschliessen, beziehungsweise stark reduziert abbilden würden. Dies alles bei äquivalenten oder sogar höheren Renditen, wie wir gehört haben. Aufgrund von globalen Entwicklungen und dem stark erhöhten Risiko für Stranded Assets ist anzunehmen, dass diese Entwicklung weiter zunimmt. Die Fraktion GLP/JGLP anerkennt, dass die PVK zu klein ist, um eigenständig aktive Aktienportfolios zu bewirtschaften und so in Engagement zu investieren. Sie könnten sich aber mit anderen mittelgrossen PVKs zusammenschliessen und gemeinsam bei Banken fossilfreie, gemischte Anlageprodukte einfordern, so wie das im Waffen-Bereich gemacht wurde. Konkret: Die GLP/JGLP-Fraktion fordert, dass sich die PVK dieses Jahr endlich dem kostenlosen Klimaverträglichkeitstest des Bundes anschliesst und ihre Resultate öffentlich publiziert. Nur so wird vergleichbar und endlich transparent, wie klimaverträglich das aktuelle Anlageportfolio der PVK wirklich ist. Transparenz! Transparenz über die Klimaverträglichkeit des Portfolios der PVK ist essenziell und unserer Meinung nach für eine Pensionskasse im öffentlichen Sektor heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Es ist unserer Meinung nach essenziell sicherzustellen, dass die Anlagestrategie der PVK den Klimawandel und den globalen Biodiversitätsverlust nicht weitervorantreibt. Es nützt nichts, wenn wir in der Stadt viele grosse und tolle Massnahmen gegen den Klimawandel beschliessen und gleichzeitig über Vorsorgegelder weiterhin hunderte Millionen in klimaschädliche Technologien und Anlagen investieren. Wie meine Vorredner bereits gesagt haben, haben wir ein Klimareglement verabschiedet. Dieses bildet eine klare, rechtliche Grundlage dafür, dass der Gemeinderat im Rahmen seines Mandats aktiv wird und gegenüber der PVK eine klimaverträgliche Anlagestrategie einfordert. Wenn wir beispielsweise schauen, wie es auf den Immobilien der PVK auf städtischem Grund in Sachen Solaranlagen aussieht, stellen wir fest, dass dort eine gähnende Leere bezüglich Solaranlagen herrscht. Es gibt also definitiv noch viel zu tun. Zusammenfassend halten wir fest, dass die PVK der Stadt Bern Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sein sollte.

Direktor FPI *Michael Aebbersold:* Da kam zum Schluss noch dicke Post. Ich möchte festhalten, dass es nicht die Schuld des Gemeinderats ist, wenn eine Antwort aus dem Jahr 2019 im Sommer 2022 traktandiert wird. Wenn es jemanden wirklich interessiert, was in der Zwischenzeit passiert ist, könnte man bei uns nachfragen und erfahren, was es für Entwicklungen gegeben hat. Die Antworten basieren jeweils auf dem aktuellen Kenntnisstand.

Ich möchte den Vorwurf in aller Form zurückweisen, dass die Forderungen bei uns nicht angekommen seien. Die Pensionskasse muss die Rente der Mitarbeitenden sicherstellen. Das ist ihre Aufgabe und sie unterliegt klaren gesetzlichen Vorgaben und Kompetenzen im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und in der Verordnung über die Aufsicht in der beruflichen Vorsorge (BVV). Des Weiteren unterstützt die PVK eine nachhaltige Vermögensanlage. Es gibt auch diesbezüglich Vorgaben im BVG. Es ist aber auch so, dass die PVK im Jahr 2019 eine ESG-Strategie erarbeitet hat und diese 2020 in die Anlageverordnung Anhang IV aufgenommen wurde. Das ist Ihnen sicherlich hinlänglich bekannt. Das sind die Fakten. Ausserdem wird jährlich ein Ratingverfahren durchgeführt, letztmalig im Juni 2021. Wir haben uns gegenüber dem Jahr 2020 verbessert. Somit ist auch der Vorwurf, dass wir nichts machen würden, haltlos. 2020 erhielten wir eine Bewertung von 6,3. Wir lagen bezüglich CO₂-Ausstosses 6% unter dem Benchmark. Das ist nicht sehr viel, wobei wir 2021 bereits 21% unter dem Benchmark lagen. Wir haben einen Score von 7,1 Punkten, was fast einem AA entspricht und somit der besten Wertung. Es geht etwas und wir verbessern uns stetig. Übrigens sind wir auch von der Klimaallianz aufgrund der aktuellen Ergebnisse von der Bewertung rot auf orange gestellt worden. Es ist noch nicht grün. Trotzdem weise ich die Vorwürfe in aller Form zurück, dass wir nichts machen und renitent seien.

Es ist eine Tatsache, dass die PVK in Anlagefonds investiert. Ich bin froh, wenn man das anerkennt und sich bewusst ist, dass man nicht einfach einzelne Anlagen herauswählen kann. Die PVK ist dran, Gespräche zu führen. Bezüglich Waffen wurde es erwähnt: Wir waren massgeblich daran beteiligt, dass man bei der Bank vorstellig wurde und den Rausschmiss dieser Anlagen verlangte. Wir brauchen dort andere Verbündete, dann läuft es.

Es wäre an der Zeit zu sagen, dass die Rendite stimmt. Wir haben ein tiefes Risiko und liegen weit unter dem Benchmark den CO₂-Ausstoss betreffend. Die Verwaltungskommission, der Anlageausschuss und vor allem auch der Geschäftsführer machen einen super Job. Der Geschäftsführer hat kürzlich in der Finanzdelegation mit seiner Kompetenz überzeugt. Leider wurde heute Abend nicht darüber gesprochen. Wir sind gerne bereit, mit Interessierten einen Dialog auf Augenhöhe zu führen, anstatt uns hier am Rednerpult Gepolter anhören zu müssen, was alles nicht funktioniert.

Folgende Anliegen habe ich noch: Schlechte Anlagen zu verkaufen, ist keine Lösung, da diese dann von jemand anderem gekauft werden und somit kein Gramm CO₂ eingespart werden konnte. Der Weg führt einzig über den Dialog, damit man systematisch die klimaschädlichen Anlagen rauswerfen kann. Des Weiteren gibt es leider nach wie vor keine nationalen, geschweige denn internationalen Vorgaben, was klimaneutral ist oder nicht. Es braucht solche Kriterien und es kann nicht jeder selbst etwas erfinden. Wir wären sehr froh, wenn es diesbezüglich etwas gäbe. Zum kostenlosen Test des Bundesamts für Umwelt (BAFU): Ich meinte, dass wir dort mitgemacht haben. Der Geschäftsführer der PVK war aber der Meinung, dass dieser Test für die PVK nicht sinnvoll sei. Man habe das Gespräch mit dem BAFU gesucht, sei aber schlussendlich in Brüssel gelandet. Die ganze Sache ist nicht so einfach und hat mehr als zwei Seiten. Es handelt sich beim vorliegenden Geschäft lediglich um eine Interpellation. Ich versichere Ihnen, dass wir bei der PVK sehr seriös arbeiten. Ich bin Teil der Verwaltungskommission. Wir ignorieren nicht, was erstens politisch gewünscht und zweitens klimatologisch sinnvoll ist.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GFL/EVP ist mit der Antwort nicht zufrieden.

- Die Traktanden 6 bis 9 werden gemeinsam behandelt. -

6 Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021

2007.SR.000020

Antrag Agglomerationskommission

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2021 zur Kenntnis.

16. Februar 2021

AKO-Sprecher *Diego Bigger* (SP) zu Traktandum 6: Gerne gebe ich einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der AKO im Jahr 2021. Die AKO ist zuständig für die Aufsicht über die städtische Agglomerationspolitik. Sie lässt sich regelmässig vom Gemeinderat darüber informieren, was an dieser Front läuft und prüft alle Sachgeschäfte, die in ihre Kompetenz fallen und im Zusammenhang mit der Agglomerationspolitik stehen. Ein wichtiger, weiterer Part der AKO ist die Diplomatie, im Rahmen derer sie die Kontakte und die Vernetzung mit anderen Parlamenten und Akteur*innen aus der Region Bern pflegt. Zu diesem Zweck organisiert die AKO regelmässig Tagungen und andere Anlässe zur Agglomerationspolitik. Im Jahr 2021 hat sich die AKO unter meinem Präsidium zu acht ordentlichen Sitzungen getroffen. Wie bereits im vorangegangenen Jahr war auch 2021 die Begleitung des Fusionsgeschäfts mit Ostermundigen der grösste Teil der Tätigkeit der AKO. Der Gemeinderat hat an jeder Kommissionssitzung über den Projektfortschritt Bericht erstattet und die AKO konnte stets kritische Fragen zum Projekt sowie zum Projektfortschritt stellen. Im Mai konnte die AKO das vertrauliche Verhandlungsmandat des Gemeinderats einsehen und prüfte dieses kritisch. Zwar hatte die AKO in Bezug auf dieses Mandat kein formelles Antragsrecht. Nichtsdestotrotz hat die Kommission Planungserklärungen zu wichtigen Elementen verabschiedet. Diese vier wichtigen Punkte seien hier erwähnt: In Bezug auf die Finanzen forderte die AKO mehr Transparenz, mit dem Ziel, dass der Stadtrat auf der Grundlage eines möglichst umfassenden Bildes über die Fusion entscheiden kann. Dazu gehören auch die Finanzen. Zweitens forderte die AKO, dass es im Rahmen der Fusion beim heutigen städtischen Personal zu keinen Kündigungen kommen soll. Drittens war es der AKO ein Anliegen, dass die zentralen Leistungsangebote der Stadt, die in Ostermundigen heute in dieser Form nicht existieren, erhalten bleiben und skaliert werden sollen, damit die Bevölkerung von Ostermundigen nach der Fusion ebenfalls Zugang zu diesen Leistungsangeboten erhält. Viertens forderte die AKO den Gemeinderat dazu auf, eine Partizipation für die Stadtbevölkerung durchzuführen, weil die meisten der ursprünglich geplanten Massnahmen aufgrund der Coronapandemie abgesagt werden mussten. Abgesehen davon erinnerte die AKO den Gemeinderat in diesem Zusammenhang daran, dass die Massnahmen zur Kommunikation und Information wichtig seien, damit die Fusion von der Bevölkerung schlussendlich auch akzeptiert werde. Die Massnahmen sind aktuell ins Rollen gekommen. Erfreulicherweise haben die Planungserklärungen 2 bis 4 in die Projektarbeit Eingang gefunden und sind grösstenteils berücksichtigt worden. An der letzten Sitzung im Dezember beriet die AKO die sogenannten Eckpunkte der Fusion und nahm den Bericht des Gemeinderats schlussendlich ohne Wertung zur Kenntnis. Die Kommission äusserte sich vor allem zu den Prozessen und zur Kommunikation im Projekt kritisch. Auch gewisse strukturelle Fragen zur Fusion wurden von der AKO mit Vorbehalt zur Kenntnis genommen. Schlussendlich reichte die AKO keine eigenen Planungserklärungen zum Bericht ein und überliess dies für die Ratsdebatte den Fraktionen. Nebst der Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe) war die AKO unter anderem auch mit der Neuordnung des Kommissionswesens beschäftigt und setzte sich mit dem Vorschlag der SOKO NSB 2022 auseinander. Die AKO hat den Vorschlag zur Kenntnis genommen und bedauert sehr, dass die AKO im Rahmen dieser Revision abge-

schaffen werden soll. Nach Auffassung der AKO geht dadurch eine wichtige Vernetzungs- und Koordinationsfunktion für agglomerationspolitische Themen und auch zwischen den Stakeholdern der Region verloren. In diesem Zusammenhang forderte die AKO, dass die neue, nicht-ständige Kommission zur Begleitung der Fusion nicht bereits zum Fusionszeitpunkt aufgelöst werden soll, sondern erst nach Abschluss aller Fusionsarbeiten, die zum Fusionszeitpunkt noch in vollem Gange sein werden. Leider wurde dieser Vorschlag weder von der Sonderkommission noch vom Stadtrat aufgenommen.

Im September fand der jährliche Vernetzungsanlass im PROGR statt. Der Anlass war gut besucht. Die Jahrestagung im November fand in Ostermundigen statt und hatte die Entwicklungen im Wohnungsmarkt zum Thema. Auch dieser Anlass war gut besucht und stiess auf Anklang. Auch im Jahr 2021 hat sich die AKO mit ihren Aktivitäten vor allem für eine starke Kernregion Bern und eine verstärkte Zusammenarbeit in der Agglomeration eingesetzt. Die Kommission schätzt den regelmässigen Austausch mit dem Gemeinderat und insbesondere mit dem Stadtpräsidenten sowie der Abteilung für Aussenbeziehungen und Statistik. Wir bedanken uns an dieser Stelle für die Zusammenarbeit. In dem Sinn beantragt die AKO dem Stadtrat, den Tätigkeitsbericht der AKO zur Kenntnis zu nehmen.

Motionärin *Seraphine Iseli* (GB) zu Traktandum 7: Der Gemeinderat empfiehlt die Ablehnung der Motion. Für uns ist die Argumentation nicht schlüssig. Wir finden, dass in einer Stadt der Beteiligung die Quartierkommissionen einen wichtigen Pfeiler darstellen und es Menschen erlauben, sich dort einzubringen, wo eine formalisierte Form der Partizipation wie beispielsweise der Stadtrat nicht zur Verfügung steht, da die Leute nicht stimm- und wahlberechtigt sind. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass Zugänglichkeit ein wichtiges Thema sei und noch nicht überall gegeben sei. Konsequenterweise müsste man somit bereit sein, mehr Mittel in die Stadtteilpartizipation zu stecken. Heute stossen die Quartierkommissionen nämlich in allen Stadtteilen bezüglich ihrer Ressourcen an ihre Grenzen und haben deshalb nicht die Möglichkeit, neue Zielgruppen anzusprechen – beispielsweise den Trägerverein für offene Jugendarbeit (TOJ) oder Migrant*innenorganisationen – und so neue Zugänge zu ermöglichen. Das muss unbedingt geändert werden, damit es wirklich zu einer Partizipation kommt, wie wir sie uns wünschen und fordern. Deshalb ist für uns Punkt 6 der Motion sehr wichtig. Es sollte uns hier im Rat klar sein, dass man keine weiteren Aufgaben mit bereits knappen Ressourcen übernehmen kann. Der Aufhänger der Motion war die Fusion mit der Gemeinde Ostermundigen, da sich die Frage in diesem Zusammenhang aufgedrängt hat. Es entsteht ein neuer Stadtteil, dessen Bewohner*innen selbstverständlich auch partizipieren wollen. Gleichzeitig ist es uns wichtig zu betonen, dass sich diese Fragen nicht nur in Bezug auf die Fusion aufdrängen, sondern auch in den bereits heute bestehenden Berner Stadtteilen aktuell sind. Eine Stärkung der Quartierkommissionen ist sowohl ein wichtiges Zeichen an die Stadtberner Bevölkerung, dass ihre Meinung zählt und gehört wird, wie auch an Ostermundigen und dessen Bevölkerung, dass nach einer Fusion genügend Möglichkeiten bestehen werden sich einzubringen, auch wenn das Gemeindeparlament, wie sie es heute in Ostermundigen kennen, nicht mehr bestünde. Denn eine Quartierkommission oder Stadtteilpartizipation ist idealerweise kein Wegfall von Partizipationsmöglichkeiten, sondern ein Gewinn, weil sich mehr Leute in die Debatte einbringen und sich mit dem eigenen Wohnort auseinandersetzen können. Im Stadtrat wären die Ostermundiger*innen selbstverständlich auch vertreten. Die Motion fordert weiter, dass es nach einer Fusion keine Ungleichbehandlung der Quartierkommissionen geben soll. Das scheint uns ein wichtiger Punkt, da es auf lange Frist nicht zielführend wäre, wenn nicht jede Stimme gleichviel zählen würde. Damit man in Ostermundigen nicht das Gefühl hat, etwas zu verlieren, wenn das Gemeindeparlament wegfällt, braucht es eine starke Quartierpartizipation und Bern muss dieses Zeichen der Wertschätzung und Verstärkung senden. Der Gemeinderat begründet seine Antwort weiter damit, dass ein ergebnis-

offener Prozess am Laufen sei. Das ist wichtig, wobei wir der Meinung sind, dass Niederschwelligkeit Voraussetzung sein muss und kein mögliches Ergebnis sein kann. Wir anerkennen, dass der Prozess der Fusion bereits weit fortgeschritten ist und viele Punkte der Motion früher hätten gestartet werden müssen, damit die Anliegen rechtzeitig zur Fusion parat gewesen wären. Wir sind deshalb mit dem Gemeinderatsvorschlag einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und bitten Sie, dieses zu überweisen. So kann auch mit den erforderlichen Ressourcen geprüft werden, wie zukünftig mehr Niederschwelligkeit und Repräsentation erreicht werden kann.

Im Namen der Einreichenden möchte ich mich zum Schluss bei allen bedanken, die sich jeden Tag im Quartier engagieren.

Yasmin Amana Abdullahi (JGLP) für den Postulanten zu Traktandum 8: Eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit ist überall wichtig. Insbesondere aber in Bern, weil der Stadtkern so aufgebaut ist, dass die Grenzen manchmal direkt an ein Siedlungsgebiet anschliessen, dies beispielsweise an der Grenze zu Wabern oder dem Liebefeld. Dass die Verantwortung der städtischen Behörden an der Grenze endet, hat natürlich einen Einfluss auf den Lebensraum und die Bevölkerung. Die klaren Grenzen im Stadtgebiet entsprechen nicht mehr den heutigen Aktivitäten und Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohnern. Seit dieses Postulat 2018 eingereicht wurde, hat sich glücklicherweise bereits vieles verändert und wir freuen uns, dass das Fusionsprojekt mit Ostermundigen im Gange ist. Trotzdem möchten wir an diesem Postulat festhalten, denn auch in der fusionierten Gemeinde ist eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit weiterhin wichtig. Zudem müssen wir auch ein Szenario in Betracht ziehen, in dem die Fusion nicht so läuft, wie wir uns das vorstellen. Das ist natürlich nicht das, was wir uns wünschen. In dem Fall wären die Probleme nicht gelöst und man müsste neue Lösungen finden. In einem solchen Fall müsste weitergedacht werden und es bräuchte sehr wahrscheinlich eine andere Art der Zusammenarbeit mit Ostermundigen und den anderen Gemeinden. Wir können nicht einfach am Best Case-Szenario festhalten, hoffen, dass es gut kommt und alles andere ignorieren. Aus diesem Grund sollten wir an diesem Thema dranbleiben und sicherstellen, dass in jedem Fall eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden gewährleistet ist, so dass die Lebensqualität in und rund um die Stadt möglichst hoch ist. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat zu unterstützen.

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 6 bis 9

Diego Bigger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Zu Traktandum 6: Die SP/JUSO-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht der AKO zur Kenntnis und bedankt sich bei der Kommission für ihre Tätigkeit, insbesondere auch im Zusammenhang mit KOB, bei dem die AKO nach Auffassung der Fraktion eine sehr wichtige Rolle spielt. Die Fraktion SP/JUSO wünscht sich, dass die AKO sich auch im laufenden Jahr mit der Fusion kritisch auseinandersetzt und wenn nötig gegenüber dem Gemeinderat Impulse setzt. Insgesamt bedankt sich die Fraktion SP/JUSO für das Engagement der AKO, speziell im Bereich der Vernetzung mit den verschiedenen Stakeholdern in der Agglomeration, und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zu Traktandum 7: Auch hierzu nimmt die SP/JUSO-Fraktion die Ausführungen des Gemeinderats zur interfraktionellen Motion für Quartierpartizipation zur Kenntnis. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat das heutige Berner Modell der Quartierpartizipation ebenfalls als Erfolgsmodell betrachtet und einen gewissen Reformbedarf erkannt hat, damit die Quartierpartizipation auch in Zukunft gut aufgestellt sein wird. Wir bedauern aber, dass das Reformthema seit einigen Jahren vom Gemeinderat mit immer neuen Begründungen aufgeschoben wird, zuletzt mit der Begründung der Fusion. Es wäre eine gute Chance gewesen, die Quartierorganisationen im Rahmen der Fusion noch besser abzuholen und bereits gewisse Vorarbeiten zu starten,

um eine mögliche Reform schlussendlich umsetzen zu können. In diesem Sinn erwarten wir vom Gemeinderat, dass das wichtige Thema in den nächsten Jahren wirklich ernstgenommen und damit auch die wertvolle Arbeit der Quartierorganisationen wertgeschätzt wird. Aus diesem Grund hätte die SP/JUSO-Fraktion den Vorstoss gerne als Motion angenommen. In Anbetracht des fortschreitenden Fusionsprojekts werden wir das Postulat mitwandeln.

Zu Traktandum 8: Wir nehmen die Ausführungen des Gemeinderats zur Kenntnis und nehmen das Postulat an.

Zu Traktandum 9: Wir bedanken uns beim Gemeinderat insbesondere für die gute Übersicht über die bestehenden Sharing-Ansätze, die es in der Stadt Bern bereits gibt. Wir bedauern es sehr, dass der Gemeinderat diesbezüglich keine weiteren Aktivitäten unternehmen und keine der vorgeschlagenen Ideen weiterverfolgen möchte. Die Antwort ist jedoch in zwei Punkten nicht mehr aktuell, beziehungsweise auch nicht ganz richtig. Der Gemeinderat erwähnt in seiner Antwort die Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung. Leider ist aber in dieser Strategie das Anliegen einer Share-Region-Strategie nicht explizit aufgenommen worden, was sehr bedauerlich ist. Im Gegenzug fehlt in den Ausführungen des Gemeinderats das Klimareglement, das zwischenzeitlich verabschiedet wurde. Darin ist in Artikel 7 erwähnt, dass die Stadt Aktivitäten der Zivilgesellschaft zur Entfaltung von Sharing Economy-Ansätzen und Sozialer Innovation unterstützen soll. In dem Sinn verfügt die Stadt bereits über eine gesetzliche Grundlage, um gewisse Vorschläge aus der Motion umsetzen zu können. Deshalb interessiert uns an dieser Stelle, wie die Stadt gedenkt, diesen reglementarischen Auftrag des Klimareglements umzusetzen. Wie will die Stadt solche Aktivitäten der Zivilgesellschaft konkret unterstützen? Weiter möchten wir wissen, wie der Stand der Dinge bei der Strategie für eine Kreislaufwirtschaft aussieht, die in der Strategie Nachhaltige Entwicklung erwähnt wird. Auch dort sollte es in diese Richtung gehen. Vielleicht kann der zuständige Gemeinderat im Anschluss etwas dazu sagen.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ein grosses Dankeschön geht an das Sekretariat für den sehr gelungenen Tätigkeitsbericht der AKO. Aus unserer Fraktion kam die Rückmeldung, dass das ein Tätigkeitsbericht sei, den man gerne liest. Wir nehmen diesen folglich positiv zur Kenntnis. Die Interfraktionelle Motion zur politischen Mitwirkung der Stadtteile lehnen wir ab, und zwar nicht, weil wir inhaltlich grundsätzlich nicht einverstanden wären. Wir finden auch, dass das Berner Modell ein gutes Modell darstellt, das aber nicht nur in Bezug auf die Professionalisierung, sondern auch in Bezug auf die Repräsentation Verbesserungen benötigt. Wenn in gewissen Quartierkommissionen fast ausschliesslich Rentner sitzen – und ich benutze hier bewusst nur die männliche Form – ist das alles andere als eine gute Repräsentation. Trotzdem lehnen wir die Motion ab, weil wir nicht der Meinung sind, dass wir noch vor der Fusion alles nach unseren Wünschen anpassen sollten und anschliessend den Anspruch haben, dass Ostermundigen das einfach übernehmen soll. Wenn fusionieren, dann zusammen und das heisst, auch die Form der Mitwirkung in den Stadtteilen gemeinsam bestimmen und gestalten. In Ostermundigen ist die Mitwirkung anders organisiert als in Bern und es wurde von Seiten Ostermundigens mehrfach betont, dass ihnen ihr Modell wichtig sei. Beide Modelle haben Vor- und Nachteile. Genau deshalb ist es wichtig, dass man das zusammen anschaut, verhandelt und entscheidet, was von wem übernommen und wie was angepasst wird. Wir wären auch nicht glücklich, wenn sie von uns verlangen würden, dass wir ihr Modell übernehmen müssen. Und ja, so kann es sein, dass zum Fusionszeitpunkt nicht alle Stadtteile die gleiche Stadtteilpartizipation aufweisen, was wir aber mehr als Chance denn als Nachteil betrachten. Wir haben nicht den Anspruch, dass ab dem Zeitpunkt der Fusion alles einheitlich und vollumfänglich abgeschlossen sein muss. Die Fusion ist ein Prozess, der zum Zeitpunkt der Fusion noch lange nicht abgeschlossen sein wird. So wird man als neufusionierte Gemeinde über die Form der Mitwirkung in den Stadtteilen entscheiden können.

Ausserdem hat der Stadtrat im Januar bei der Berichterstattung zu den Eckpunkten von KOBe eine Planungserklärung für die Stadtteilpartizipation mit dem Auftrag an den Gemeinderat überwiesen, die Verbesserungen hinsichtlich Personal, Budget und Zugänglichkeit der Quartierkommissionen in die Fusionsverhandlungen aufzunehmen. Wir finden, dass es nicht zusätzlich zur Planungserklärung noch einen weiteren Auftrag an den Gemeinderat braucht. Es ist nicht im Sinn der Ratseffizienz, noch weitere Aufträge zu geben für etwas, das bereits gemacht wird. Es führt dazu, dass Vorstösse erst spät traktandiert werden können und zum Zeitpunkt der Traktandierung bereits überholt sind, so wie es der vorliegende Vorstoss ist. Das gilt auch für das Postulat unter Traktandum 8. Auch dieses ist mittlerweile überholt, weil die Forderung grösstenteils bereits umgesetzt ist. Bei Punkt 3 des Postulats, wonach eine Fusion mit einzelnen Ortsteilen innerhalb der Gemeinde Köniz geprüft werden soll, ist in unserer Fraktion sogar das Wort «usurpatorisch» gefallen. Nachdem Köniz die Fusion mit Bern deutlich abgelehnt hat, finden wir es unangebracht zu prüfen, ob nicht doch einzelne Ortsteile von Köniz mit Bern fusionieren möchten. Aus diesen Gründen lehnen wir das Postulat ab.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Den AKO-Bericht nehmen wir positiv zur Kenntnis. Zur interfraktionellen Motion: Die Motionär*innen zeichnen ein Idealbild der Quartierkommissionen, mit Vorbildfunktion etc. Das wäre schön. Was ursprünglich als Instrument gedacht war, um den Leuten ihren Einfluss zu nehmen, und gut gemeint war, um weiteren Interessierten die Diskussion zu ermöglichen, ist zu einem Moloch mutiert. Aus der ursprünglichen Lex Stucki – Michael Aebersold und Urs Frieden werden wissen, was ich damit meine –, benannt nach dem ehemaligen Geschäftsführer QBB Hans Stucki, wurde ein Apparat, der teilweise instrumentalisiert und missbraucht wird. Vor allem gewisse Exponenten aus der TVS haben es als effizientes Instrument erkannt. Was gut gemeint war, ist oftmals eine Farce. Es kommt nämlich öfters vor, dass ein ungleicher Informationsstand besteht und vor allem gemeinderatsnahe Parteien vorab Informationen erhalten, was in den Diskussionen in den Quartierkommissionen offensichtlich wird. Ursprünglich als Sounding Board und Austauschgefäss gedacht, wird heute von den Quartierkommissionen erwartet, dass sie sich professionell mit den Themen auseinandersetzen. Die benötigten Unterlagen aber kommen trotzdem am Tag der Sitzung und erstaunlicherweise kennen gewisse gemeinderatsnahe Mitglieder der Quartierkommissionen die Geschäfte bereits. Das sprengt die Möglichkeiten der Miliz und das will man auch. Mit dem Resultat, dass immer mehr verlangt wird – auch geldmässig –, es vom Gemeinderat als demokratischer Prozess angeschaut und als Begründung genutzt wird, dass das Quartier etwas wünscht. Es wurde eine Paralleldemokratie aufgebaut, die keine Legitimation einer Wählerschaft aufweist und sich weit von der ursprünglichen Idee eines Sounding Boards entfernt hat. Wie oft müssen wir uns hier im Stadtrat oder auch in den Kommissionen vom Gemeinderat anhören, dass das so mit den Quartierkommissionen abgesprochen worden und somit gestützt sei. Kritische Voten werden ignoriert. Selbst Motionär*innen führen aus, dass in den Quartierkommissionen nicht alle vertreten seien. Das geht auch nicht, das ist reines Wunschdenken. Man wird niemals alle befragen können, man kann ihnen nur die Möglichkeit geben, mitzumachen. Sonst müsste eine Volksbefragung durchgeführt werden. Das Problem der Demokratie sind die Demokratie und die, die daran teilnehmen. Wir sind der Ansicht, dass das Modell der Quartierkommission überprüft werden soll, auch in Hinblick auf die Fusion mit Ostermundigen. Wir warnen aber davor, hier einen Moloch daraus zu machen, da dies nicht im Sinn des Erfinders wäre und das bereits heute schwerfällige System noch mehr lähmen würde. Die Ausführungen von Mirjam Roder zu Ostermundigen stützen wir voll und ganz. Wir folgen dem Gemeinderat und sind bereit, die Motion als Postulat anzunehmen. Zu Traktandum 9: Wir nehmen den Prüfungsbericht an.

Zu Traktandum 8: Die Forderung des Postulats tut nicht weh. Mir erscheint der Begriff «imperialistisch» noch fast passender dafür, was die Stadt in Köniz machen soll. Aber man kann in gewissen Gebieten auf jeden Fall prüfen, ob man eine Zusammenarbeit aufgleisen könnte.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Ich spreche zu Traktandum 7 und lege meine Interessenbindung offen. Ich bin seit sechs Jahren Delegierte unserer Partei in der Quartierkommission des Stadtteils III und nehme regelmässig an den Versammlungen – den sogenannten Delegiertenversammlungen – teil.

Eine Quartierkommission wie wir sie heute kennen, ist ein optimaler Rahmen, um die Bevölkerung über anstehende Vorhaben zu informieren. Das ist wichtig und man kann eine Stimme aus der Bevölkerung abholen, wie ein solches Vorhaben aufgenommen wird oder wo aus Sicht der Bevölkerung Verbesserungen vorgenommen werden könnten. Man darf sich aber nichts vormachen, unsere Quartierkommissionen sind nicht repräsentativ und es wäre mir bisher nicht aufgefallen, dass Quartierkommissionen an ihre Grenzen stossen. Es ist ein niederschwelliges Partizipationsangebot, das meiner Meinung nach funktioniert und das ist gut so. Unsere Delegiertenversammlungen sind stets öffentlich, jede Frau und jeder Mann können daran teilnehmen. Wenn es um eine Abstimmung geht, muss man allerdings Delegierte einer Mitgliederorganisation sein. Ein Demokratiedefizit, wie es die Motionäre im Vorstoss erwähnen, sehe ich einzig darin, dass die bisherigen Delegierten über den Beitritt von neuen Delegierten bestimmen dürfen. Also man kann sich selbst zensieren. Das hat in unserer Quartierkommission zu äusserst heissen Debatten geführt, darum, was jetzt definitionsgemäss im Quartier eine aktive und verankerte Organisation ist. Meine Vorrednerin hat es absolut auf den Punkt gebracht, wo das Problem diesbezüglich genau liegt. Zum Hinweis, dass die Quartierkommissionen an ihre personellen und finanziellen Grenzen stossen würden: Die Geschäftsführung einer solchen Quartierkommission ist ein Teilzeitjob. Es ist ja auch ein niederschwelliges Partizipationsangebot. Ein Teilzeitjob, der durch die Stadt Bern finanziert wird. Da ich als Delegierte jährlich die Rechnung und das Budget inklusive Lohnsumme gutheissen darf, würde ich sagen, dass ich nicht unbedingt davon ausgehe, dass die Stelle unterbezahlt ist, der Lohn ist durchaus ok. Wir warnen davor, dass man die Quartierkommissionen noch stärker professionalisiert, um hinter dem Feigenblatt der Fusion gewisse parteipolitische Prägnungen durchzuboxen. Wir warnen davor, gerade aus demokratiepolitischer Sicht. Schliesslich sind die Leute in den Quartierkommissionen nicht gewählt. Man wählt sich sozusagen selbst hinein. Es ist auch obsolet zu erwähnen, dass wir von der Stadt Bern aktuell kein Geld für ein solches Professionalisierungsprojekt haben. Wie die Motionärin selbst gesagt hat, ist der Prozess der Fusion weit fortgeschritten und die Motion somit obsolet. Wir stimmen deshalb einer Überprüfung als Postulat zu, lehnen aber die Motion klar ab.

Einzelvoten zu den Traktanden 6 bis 9

Alexander Feuz (SVP): Zum Postulat Egli: Unsere Fraktion lehnt dieses klar ab, auch Ziffer 3. Matthias Egli wohnt mittlerweile in Wabern, was vielleicht in dem Ganzen auch eine Rolle spielt. Wir müssen aber akzeptieren, dass Köniz die Fusion abgelehnt hat und weiterhin Nein sagen wird. Für mich ist es ein absoluter Affront, dieses Begehren weiter zu verfolgen. Es hat sogar etwas Imperialistisches, wie es Dolores Dana gesagt hat. Das sehe ich auch so, es stellt einen unfreundlichen Akt dar, zu prüfen, ob es möglich sei, Wabern oder den Spiegel – Filetstücke! – herauszutrennen. So etwas lehnt unsere Fraktion auch in Postulatsform ab. Wir lehnen alles ab, auch wenn es zu einer punktuellen Abstimmung kommen sollte. Ich habe es in den Ausführungen zum Jahresbericht bereits gesagt: Das hätte man vorher machen müssen. Jetzt ist die Fusion teilweise bereits aufgegleast. Ich habe vorgängig kritisiert, dass man Ostermundigen im Gegensatz zu Luzern und Littau keinen Gemeinderatssitz garantieren will.

Das sind schlechte Voraussetzungen dafür, dass die Ostermundiger zu allem Ja sagen werden. Wie gesagt, muss das die Stadt Bern dann auf ihre Kappe nehmen.

Zu Traktandum 7: Ich bin seit vielen Jahren Mitglied der Quartierorganisation QUAVIER im Stadtteil IV. Wir haben eine andere Lösung gewählt. Unsere Geschäftsführerin hat nach vielen Jahren ihr 20%-Pensum gekündigt. Die Nachfolgerin kannte die Rahmenbedingungen der Stelle und hat diese trotzdem angenommen. Nach kurzer Zeit kam sie zum Schluss, dass 20% viel zu wenig seien und sie lieber 40 oder noch mehr % haben möchte. Daraufhin hat unser Vorstand – mitgetragen von uns Mitgliedern – beschlossen, ein anderes Modell zu wählen. Es sollte keine bezahlte Geschäftsführerin mehr geben. Der Vorstand verfügt über Juristen und Architekten und die Aufgaben wurden entsprechend neu verteilt. Die Geschäftsführerin in einer Triagefunktion lädt die Leute ein und berät den Vorstand, danach kommen einfache Delegierte, die zu Arbeitsgruppen herangezogen werden. Ich habe mit einem weiteren Juristen in einer Vernehmlassung oder bei Einsprachen mitgewirkt. Das ging problemlos. Das ist eine Möglichkeit, die Leute einzubinden, damit man keinen Quartiersowjet erhält, in dem jemand die Ansprechperson für die Verwaltung ist und selbst aus der Verwaltung kommt. Wir hatten das Beispiel, dass bei irgendwelchen Planungsgeschäften Leute der Stadtverwaltung zu Ersatzdelegierten ihres Stadtteils wurden und dort ihre Sicht der Dinge einbringen konnten. Ist das noch Quartierpartizipation oder ist es die Verwaltung, die dort die Finger im Spiel hat? Ich sehe aber noch ein grösseres Problem gemäss meinem Spruch «Will ich nicht, so kann ich nicht». Man arbeitet gerne mit den Quartierorganisationen zusammen, wenn sie die Vorlagen der Stadt unterstützen, und es wird auf die Vernehmlassung verwiesen. Das ist nicht der Fall, wenn wie beispielsweise beim Abfallsack-Trennsystem Vorbehalte kommen. Davon konnten wir heute wieder in der Zeitung lesen. Es wird nun noch Extra-Fahrzeuge brauchen, die den Kehrriem nicht pressen, dafür fahren sie noch mehr herum und sind teilweise noch breiter. Es können also noch mehr Parkplätze aufgehoben werden. Dazu hat unsere Quartierorganisation Nein gesagt, auch in der Stellungnahme. Im Stadtrat habe ich dies vertreten. Die Stimmbevölkerung hat Ja gesagt, Herr Stadtpräsident, aber Sie haben nicht erwähnt, dass gewisse Stadtteile dagegen waren. Wenn man lügt und im Abstimmungsbüchlein nicht die Wahrheit erzählt, hegt man die Hoffnung, dass die Stimmbürger sich täuschen lassen. Hätten Sie gesagt, dass an gewissen Orten 40% der Parkplätze aufgehoben werden, hätte die Bevölkerung vielleicht auch Nein gesagt. Das hat man aber verschwiegen. Auf meine Kleine Anfrage wurde gesagt, dass das kein Grund sei und man das so machen könne. Das ist unsaubere Quartierpolitik. Wir hören des Weiteren von einer Umgestaltung der Egghölzli-Kreuzung, mit der die Quartierkommission nicht zufrieden ist.

Marianne Schild (GLP): Zum Imperialismus-Vorwurf: Es ist nicht unsere Idee, dass wir Teile von Köniz wie Wabern annectieren wollen. Sie dürfen das aber natürlich entsprechend interpretieren. Wir halten die Motion aufrecht, weil die Fusion alles andere als in trockenen Tüchern ist. Wir sprechen nur noch über die Fusion mit Ostermundigen. Dabei gibt es auch mit anderen Gemeinden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Falls die Fusion nicht zustande kommt – was durchaus ein realistisches Szenario ist – stehen wir wieder dort, wo wir vorher standen, nämlich im Jahr 2018 und werden wieder schauen müssen, wie wir besser mit den umliegenden Gemeinden arbeiten können.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer:* Bevor ich dem Stadtpräsidenten und Gemeinderat Nause das Wort erteile, möchte ich Diego Bigger für die Wortschöpfung «mitwandeln» danken. Der Duden kennt dieses Wort noch nicht und nimmt dieses vielleicht auf.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried:* Danke für Ihre Voten. Ich bedanke mich vor allem bei der AKO für den sehr guten Austausch, den wir zusammen pflegen. Das Fusionsprojekt ist ein

einmaliges Projekt und wir haben einen regelmässigen Austausch mit der AKO. Die AKO begleitet das Projekt auf Seiten der Stadt Bern sehr eng und ist auf einem guten Stand. Die AKO-Mitglieder konnten im Verlauf der letzten zwei Jahre sehr viel Know-how aufbauen. Die AKO ist für uns die wichtigste Gesprächspartnerin innerhalb der Stadt Bern im Fusionsprozess. Auf Seiten der Gemeinde Ostermundigen gibt es ein paralleles Organ, eine Begleitgruppe. Diese ist anders zusammengesetzt und stellt kein parlamentarisches Organ dar, sondern eine ausserparlamentarische Begleitgruppe. Die AKO nahm bereits Kontakt auf, führte Austauschsitungen mit der Begleitgruppe durch und versucht sich zu vernetzen. Ich lade Sie alle dazu ein. Es wird einen Stadtratsausflug nach Ostermundigen geben, aber Sie können natürlich auch innerhalb Ihrer Parteien und Vereine den Kontakt mit Ostermundigen suchen, um die Zusammenarbeit von unten bereits aufzubauen. Wichtig ist, dass die AKO bis zum Schluss des Prozesses diese Funktion wahrnehmen kann. Das ist, so wie es jetzt angedacht ist, sichergestellt. Ich möchte nicht auf die weiteren AKO-Geschäfte eingehen, sondern zum wichtigsten Geschäft, wofür wir in der AKO die meiste Zeit aufwenden, einen Abriss zum aktuellen Stand der Fusion geben. Wir stehen kurz vor Abschluss der Verhandlungen und sind planmässig unterwegs. Wir haben nur eine kurze Verzögerung, da die Abstimmung nun im Herbst anstatt im Sommer des nächsten Jahres stattfinden wird. Wir werden alles wie geplant weiterverfolgen können. Ab und zu heisst es in den Medien, dass es im Fusionsprojekt eine grosse Ernüchterung gebe. Das ist die Aussensicht. Die Innensicht sieht aber anders aus. Ich finde, dass das Projekt sehr gut läuft und dass sehr gut gearbeitet wird. Die gemachten Fortschritte konnten aber nach aussen nicht kommuniziert und sichtbar gemacht werden. Es ist sicher nötig, dass wir die Innensicht besser nach aussen kommunizieren können. Es wird weiter gemunkelt, dass der Gemeindepräsident von Ostermundigen nicht am gleichen Strick ziehe und sich nicht klar äussere. Ich kann Ihnen versichern, dass niemand so viel für diese Fusion arbeitet wie der Gemeindepräsident von Ostermundigen. Er hat jeden Tag eine bis drei Sitzungen, in denen er sich einzig mit dieser Fusion auseinandersetzt. Also wenn er nicht am selben Strick ziehen würde, würde er einfach nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen und es würde seitens Ostermundigen gar nichts mehr passieren. Das Projekt wird von der Ostermundigerseite im Wesentlichen von Thomas Itten getragen. Er ist derjenige, der am stärksten am Karren zieht, mehr geht gar nicht. Ausserdem wird auch gesagt, dass wir nicht miteinander sprechen würden. Das stimmt nicht. Wir haben einen sehr regelmässigen Austausch und jede Woche oder alle zwei Wochen eine Projektsitzung, an der wir alle teilnehmen. Auch zwischen diesen Projektsitzungen tauschen wir uns telefonisch, per SMS oder bei einem Bier aus, um uns immer wieder zu kalibrieren und dem Projekt den richtigen Dreh zu geben. In Ostermundigen wird immer wieder gesagt, dass es sich nicht um eine Fusion auf Augenhöhe handelt. Das hängt damit zusammen, dass die Prozesse auf beiden Seiten ein wenig unterschiedlich aussehen. In Bern führen wir beispielsweise jeweils Direktionsvernehmlassungen durch, weshalb der Prozess im Gemeinderat der Stadt Bern immer etwas länger dauert als der Prozess in Ostermundigen. Das hat im letzten Herbst zu dieser Kommunikationspanne geführt. Ostermundigen ist auch schneller, wenn sie ein Geschäft in den Stadtrat bringen wollen, weil sie über keine vorberatenden Kommissionen verfügen. Wenn also gewartet werden muss, ist es die Stadt Bern, die den Takt vorgibt, was aber nichts mit fehlender Augenhöhe zu tun hat. Alle Projektorgane sind paritätisch zusammengesetzt. Mehr Augenhöhe geht aus meiner Sicht nicht. Wir probieren, immer im Gleichschritt unterwegs zu sein. Das ist sehr anspruchsvoll. Wir kommen in diesem Projekt nur vorwärts, wenn wir immer zur gleichen Zeit den gleichen Stand haben. Das ist eine Herausforderung. Es wurde auch gefragt, warum man ein Gesamtpaket mache. Offenbar hat es gewisse Dinge drin, die nicht verträglich sind. Das geht auch an der Realität vorbei. Ich glaube, Ostermundigen wird dieser Fusion nur zustimmen, wenn es am Schluss ein stimmiges Gesamtpaket gibt. Man kann nicht einfach fragen, was Ostermundigen zur Steuersenkung sagt. Die Gemeinde wird sicher einverstanden sein mit der Steuer-

senkung, aber sie wird nicht wegen der Steuersenkung der Fusion zustimmen, sie will auch wissen, was mit der Musikschule passiert. Erst wenn sie weiss, wie es mit der Musikschule weitergeht, wird sie ihre Zustimmung geben. Die Stimmbevölkerung muss tatsächlich eine Gesamtsicht auf die Fusion haben, damit sie Ja sagen kann. Es wird auch häufig gesagt, dass das Interesse an der Fusion in Bern klein sei. Das stimmt, weil mit der Fusion in Bern sehr wenig ändern wird. Für Sie alle wird sich viel weniger verändern als für die Bevölkerung in Ostermundigen. Ich finde es deshalb nicht schlimm, wenn das Interesse in der Stadt Bern kleiner ist. Ich glaube aber nicht, dass das weniger grosse Interesse als Desinteresse oder Ablehnung interpretiert werden kann. Sie haben dazu beigetragen, dass ich dieser Meinung bin. Sie haben im Januar mit 70 Ja- zu 3 Nein-Stimmen dem Projekt zugestimmt. Sie zeigen sich nach wie vor sehr unterstützend und ich denke, dass das bei der Gesamtbevölkerung auch der Fall ist. Der Stadtrat ist ein gutes Abbild der Gesamtbevölkerung. Es gibt des Weiteren Stimmen, die die Fusion als finanzielles Risiko bezeichnen. Wir haben alles durchgerechnet. Das Wichtigste ist, dass die Stadt Bern weiterhin eine umsichtige Finanzpolitik führt und vorsichtig mit den Finanzen umgeht. Wir haben das finanzielle Risiko berechnet. Es liegt bei unseren 1,3 Mrd. Franken Umsatz im Promillebereich. Das sind Risiken, die wir eingehen können. Am Schluss wird man fragen, was die ganze Übung soll und was die Fusion überhaupt bringe. In Ostermundigen bringt diese Fusion eine Verbesserung, da die Gemeinde von den städtischen Leistungen profitieren und in städtischen Fragen mitreden kann. Die Stadt Bern gewinnt an Gewicht und Potenzial. Was viel zu wenig betont wird, sind die Dinge, die wir von Ostermundigen lernen können. Ostermundigen hat schlanke und rasche Prozesse sowie kurze Entscheidungswege. Davon können wir uns eine Scheibe abschneiden. Ich bin nach wie vor zuversichtlich, was die Zukunft dieses Projekts angeht. Alles, was in den Medien steht, ist das, was die Medien schreiben. Aber wenn sie mich fragen, sage ich den Medien genau das, was ich Ihnen heute gesagt habe.

Zu Traktandum 7: Es ist wirklich an der Zeit, dass wir die Quartierkommissionen überprüfen. Sie haben nichts mit einem Sowjetmodell zu tun und es sind auch keine Moloche. Weiterhin sind sie sehr schlank und die Kosten aller Quartierorganisationen in der Stadt Bern betragen zusammen 330 000 Franken. Wir erhalten sehr viel Partizipation mit wenig finanziellem Aufwand. Das hängt natürlich damit zusammen, dass in diesem Bereich sehr viel Milizarbeit geleistet wird. Wir fragen die Quartierorganisationen in allen Fällen, selbstverständlich jeweils früh im Prozess, da unsere Prozesse unglaublich lange dauern. Deshalb ist es gut, wenn man früh anfragt, damit man am Schluss weiss, ob die Unterstützung aus dem Quartier vorhanden ist. Das erhalten wir von den Quartierorganisationen. Das Modell muss aber weiterentwickelt werden. Es gibt eine gewisse Überalterung in den Quartierorganisationen – ich möchte es eigentlich nicht so nennen, aber es geht in diese Richtung. Wir müssen darauf bedacht sein, dass wir alle Kreise darin aufnehmen und alle aktiven Kreise in den Quartieren – auch die Migrationsbevölkerung – einbeziehen können. Das gelingt nicht überall gleich gut. Ostermundigen wird ein komplett neues Modell haben. Dort wurde die öffentlich-rechtliche Form gewählt, was ihnen wichtig ist. Sie kommen als Gemeinde von oben nach unten und erhalten eine öffentlich-rechtlich strukturierte und sehr stark institutionell verankerte Quartierorganisation. Man wird dort das eine oder andere auch ausprobieren können. Wir wollen nicht untätig bleiben und haben in der Stadt Bern mit den Quartierorganisationen einen Prozess gestartet, damit wir Optimierungen – die wir gratis machen können – sofort vornehmen können. Dies ist vor zwei Wochen gestartet. Anschliessend möchten wir zwischen 2025 und 2028 – in der nächsten Legislatur – eine grundsätzliche Überprüfung der Funktionsweise der Quartierorganisationen mit Ostermundigen zusammen vornehmen und eine grundsätzliche Neuausrichtung oder Neuauflage der Arbeitsweise der Quartierorganisationen anstreben, basierend auf dem heutigen Modell. Es besteht die Möglichkeit, dass gewisse Dinge auch im Quartier gelöst werden können und es in einem gewissen Umfang ein partizipatives Budget gibt. Es bestehen

Ideen davon, was man machen möchte. Die Reform ist aktuell aufgrund der Fusion aufgeschoben, ähnlich wie andere Reformanliegen. Es ist in der Fusion zu anspruchsvoll, diese Reformen direkt umzusetzen. Das ist der aktuelle Stand. Ich danke Ihnen, wenn Sie die Motion als Postulat überweisen. Wir können damit leben. Auch mit der Motion könnten wir leben. Zu Traktandum 8 spricht Gemeinderat Reto Nause.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich spreche zu Traktandum 9 sowie zu unserem Begründungsbericht. Es tut mir leid, dieser Begründungsbericht ist leider tatsächlich nicht mehr ganz aktuell, weil wir beispielsweise die Klimastrategie bereits verabschiedet haben. Innerhalb der Klimastrategie ist vorgesehen, dass wir punkto Kreislaufwirtschaft die Federführung dem Wirtschaftsamt zugeteilt haben. Das Wirtschaftsamt ist daran, einen Masterplan zu erarbeiten. Dieser Masterplan wird sich auf drei Achsen fokussieren. Die erste Achse ist das städtische Immobilienmanagement, Achse Nr. 2 dreht sich um Ernährung und Foodwaste und Achse Nr. 3 behandelt das Abfallmanagement und Recycling. Ich kann noch keine Ergebnisse präsentieren, der Prozess wurde aber angestossen. Wir haben im Begründungsbericht sämtliche existierenden Angebote im Bereich der Sharing Economy aufgelistet und dargelegt, wie wir diese Angebote unterstützen. Wir werden diese Angebote auch in Zukunft unterstützen. Die Motion fordert von uns, dass wir das Ganze noch in die Region ausrollen. Das versuchen wir logischerweise auch, stellen aber leider fest, dass in der Region und in den Nachbargemeinden teilweise die Begeisterung für diese Ansätze begrenzt ist. Ich bin Ihnen deshalb dankbar, dass Sie den Prüfungsbericht gemäss Antrag des Gemeinderats verabschieden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2021 zur Kenntnis.

7 Interfraktionelle Motion Fraktion GB/JA!, SP/JUSO (Seraphine Iseli, GB/Timur Akçasayar, SP): Politische Mitwirkung der Stadtteile – das aktuelle Berner Modell der Quartierpartizipation jetzt den künftigen Anforderungen anpassen

2020.SR.000277

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 10. März 2021

Diskussion siehe Traktandum 6.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion GB/JA!, SP/JUSO wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (48 Ja, 14 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 010

8 Postulat Matthias Egli (GLP): Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit

2018.SR.000277

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 5. Juni 2019

Diskussion siehe Traktandum 6.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (31 Ja, 28 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 011

9 Motion Agglomerationskommission Stadt Bern (Ruth Altmann, FDP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Eine Share-Region-Strategie für die Kernagglomeration Bern; Begründungsbericht

2018.SR.000072

Diskussion siehe Traktandum 6.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Begründungsbericht zur Motion.

10 Aufsichtskommission: Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2021

2013.SR.000100

Sprecher AK *Thomas Glauser* (SVP): Im vergangenen Jahr gab es viele Herausforderungen, beispielsweise die Coronapandemie. Es war kein Jahr wie jedes andere. Wir von der AK hatten trotzdem Highlights. Die Untersuchung von base4kids war für uns ein schwerer Brocken. Diese wichtige Untersuchung lieferte Erkenntnisse, aus denen nun Lehren gezogen werden können, damit solche Projekte in Zukunft besser laufen. Wenn man das Jahr betrachtet, bewegten sich die Dinge – bis auf base4kids – im üblichen Rahmen. Einige Sitzungen mussten aufgrund der Coronamassnahmen online durchgeführt werden, was teilweise beschwerlich war.

Fraktionserklärungen

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die GFL/EVP-Fraktion nimmt den Bericht der AK für das Jahr 2021 positiv zur Kenntnis. Er ist gut und leserlich verfasst und wir danken den Verfasser*innen. Die Kommission ist trotz erschwelter Bedingungen ihrer Tätigkeit der Verwaltungskontrolle nachgekommen und hat mit den vorhandenen Kontrollinstrumenten im Rahmen der Möglichkeiten eines Milizparlamentes die Funktion der institutionalisierten Verwaltungskontrolle und die Vorgesetztenrolle für die Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle ausgeübt. Die AK hat sich ausführlich und regelmässig über die Corona-Beschlüsse vom Gemeinderat informieren lassen und ist damit auch ihrer Rolle als Aufsichtsorgan in der Krise nachgekommen. Sie hat die ausgelagerten Betriebe begleitet und dabei hat

sie den Umstand, der sich aus der neuen Ausgangslage ergab – nämlich nur noch als Aufsicht über den Inhalt der Leistungsverträge zu figurieren und keinen direkten Kontakt mehr zu den CEOs von ewb und Bernmobil zu unterhalten –, per 2022 wieder korrigiert. So wird es künftig wieder möglich sein, die CEOs von ewb und Bernmobil direkt zu befragen. Die AK hat sich auch intensiv mit diversen Anträgen zur Teilrevision zum Geschäftsreglement befasst und ein Teil dieser Geschäfte ist bereits zur Beschlussfassung an den Stadtrat überwiesen worden. Ein weiterer Teil wird 2022 so weit sein. Somit hat die AK im Rahmen ihrer Möglichkeiten gute Arbeit geleistet und in schwierigen Zeiten die richtigen Prioritäten gesetzt. Die GFL/EVP-Fraktion hat sich allerdings die Frage gestellt, ob die Instrumente, die der AK zur Verfügung stehen, und die Vorgehensweisen immer noch dazu tauglich sind, eine effiziente und effektive Kontrolle der Verwaltungstätigkeit zu gewährleisten. Wir waren beispielsweise sehr irritiert darüber, dass parallel zur AK-Untersuchung zu base4kids der Gemeinderat einen weiteren, eigenen Bericht mit den fast identischen Fragestellungen in Auftrag gegeben hat. Man hätte dies auch als Misstrauensvotum in die eigenen Kontrollorgane interpretieren können. Erfreulicherweise kam der Bericht zum gleichen Ergebnis und deshalb sind wir dieser Frage auch nicht weiter nachgegangen. Auch die von der AK jeweils im Voraus gestellten, direktionsübergreifenden Fragestellungen werden von den Direktionen im Sinn der Verwaltung positiv beantwortet, so dass die nachgelagerten Delegationsbesuche bisweilen zu einer Alibiübung verkommen. In dem Sinn wünscht sich die GFL/EVP-Fraktion, dass sich die AK auch damit beschäftigt, wie ihre eigenen Kontrollinstrumente wieder mehr Biss erhalten könnten, respektive auch mit der Frage, mit welchen Instrumenten sie in Zukunft der Tätigkeit als institutionalisierte Verwaltungskontrolle nachzukommen gedenkt.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion schätzt die Arbeit der AK sehr und findet, dass sie ihre Arbeit im letzten Jahr gut gemacht und ihre Rolle als Verwaltungskontrolleurin wahrgenommen hat. Die Direktionsbesuche der AK bieten der Kommission einen vertieften Einblick in die Verwaltungsarbeit, sie lernt gewisse Abläufe kennen und die Mitglieder der AK können mit Mitarbeitenden der Verwaltung wertvolle Kontakte knüpfen. Die AK hat alle ihre Delegationsbesuche gut vorbereitet durchgeführt und nachbereitet, so dass die AK den jeweiligen Direktionen ein Fazit und ihre Empfehlungen überweisen konnte. Sie haben gelesen, wofür die AK alles zuständig ist und im letzten Jahr viel und gut dafür gearbeitet hat. Die SP/JUSO-Fraktion ist überzeugt, dass die AK gut funktioniert, auch in ihrer Rolle als Kontroll- und Aufsichtsorgan. Sie bildete im letzten Jahr einen Ausschuss für die Erstellung eines Untersuchungsberichts um herauszufinden, warum das Schulinformatikprojekt base4kids in eine solche Schieflage geraten konnte und beinahe abstürzte. Diesen Bericht konnten wir im Stadtrat bereits diskutieren und würdigen. Auch hier hat sich gezeigt, dass die AK als Gremium sehr gut funktioniert und sie ihre Arbeit gut machen kann. Der vom Gemeinderat in Auftrag gegebene Bericht kam zu den genau gleichen Antworten, Schlüssen und Empfehlungen, teilweise fast wortwörtlich. Es hat gezeigt, dass die AK sehr professionell arbeiten kann und es schafft, alle ihre Ressourcen, die in der Kommission zusammenkommen, gewinnbringend einzusetzen.

Die SP/JUSO-Fraktion ist wie bereits erwähnt mit der Arbeit der AK sehr zufrieden. Es ist uns bewusst, dass sie mit einer grossen Arbeitslast und einer grossen Diversität ihrer Aufgaben manchmal am Limit läuft. Wir denken, dass sich die AK gerade auch für Reglementsrevisionen mehr und öfters Unterstützung holen sollte. Wir danken allen Mitgliedern der AK, dem Ratssekretariat und der Protokollführerin für die sehr wichtige und für die Demokratie wesentliche Arbeit. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion SVP: Auch von Seiten der SVP-Fraktion wird die Arbeit der AK gewürdigt. Die AK ist eine wichtige Kommission, die mit Milizpolitikern besetzt ist.

Häufig ist alles sehr juristisch und wir danken denjenigen, die sich immer voll eingesetzt haben. Manchmal gab es sehr viel Arbeit und die AK hat im letzten Jahr ihren Job sehr gut gemacht. Sie konnten im Bericht nachlesen, wie schnell die AK in Bezug auf base4kids reagiert, eine Untersuchung eingeleitet hat und rasch zu Resultaten gekommen ist. Der Bericht der AK wurde von Milizparlamentarierinnen mit viel Herzblut und Eigenleistungen erstellt und weder eingekauft noch auswärts gegeben. Das ist eine sehr wertvolle Erkenntnis. In heiklen Situationen können die Mitglieder der AK sehr schnell reagieren und die entsprechenden Arbeiten ausführen. Das schätzen wir in der SVP-Fraktion und bedanken uns herzlich. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit der Aufsichtskommission (AK) im Jahr 2021.

11 Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle: Tätigkeitsbericht 2021

2004.SR.000166

AK-Sprecherin *Francesca Chukwunyere* (GFL): Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Ombuds-, Datenschutzaufsichts- und Whistleblowing-Meldestelle wurde von der AK einstimmig positiv zur Kenntnis genommen. Mirjam Graf und ihr Team haben wiederum detailliert über ihre Tätigkeit in den verschiedenen Bereichen Auskunft gegeben. Sowohl die in der Ombudsstelle bearbeiteten Fälle und Anfragen und die Fälle und Anfragen an die Datenschutzaufsichtsstelle haben gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen. Die Fälle von Whistleblowing haben sich nahezu verdoppelt. Mit vielen anonymisierten Fallbeispielen veranschaulicht der Bericht die praktische Tätigkeit der Stelle und es wird deutlich, dass es dabei meistens um Systemübersetzungen geht. Deshalb ist es wichtig, dass das für den Normalverbraucher manchmal unverständliche und komplizierte Funktionieren einer Verwaltung und das Erklären der dazugehörigen Rechtsgrundlagen durch eine Ombudsstelle übernommen wird. Eine Tätigkeit, die letztlich wiederum der Verwaltung und dem Staat zugutekommt und das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Organe stärkt. Damit man dieser Tätigkeit optimal nachgehen kann, braucht es einerseits Unabhängigkeit – darauf legt die Stelle grossen Wert – und andererseits aber auch das Vertrauen der staatlichen Stellen, dass es der Ombudsstelle um die Sache geht und nicht darum, jemanden in die Pfanne zu hauen. Die stetige Zunahme von gemeldeten Fällen gerade im Bereich des Whistleblowings belegt deshalb nicht nur eine Zunahme des tatsächlichen Bedarfs, sondern zeigt gleichzeitig auf, dass es der Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle gelungen ist, dieses Vertrauen auf beiden Seiten aufzubauen. Das ist kein einfaches Unterfangen und wir beglückwünschen die Stelle dazu. Denn, wenn sich städtische Angestellte bei der Ombudsstelle melden können, beispielsweise bei personalrechtlichen Konflikten – immerhin 46 Fälle im Berichtsjahr –, braucht es auf Seiten der Ombudsstelle besonders viel Fingerspitzengefühl, um das erwähnte Vertrauensverhältnis zur Verwaltung aufrechtzuerhalten. Es entsteht manchmal eine Abwehrhaltung, die es der Stelle nicht einfach macht, den Sachverhalt auf den Grund zu gehen. Würden die Vorgesetzten ihren Angestellten signalisieren, dass einem Gang zur Ombudsstelle positiv gegenübergestellt wird und man daran interessiert ist, eine unabhängige Auf- und Abklärung zu haben, dann würde eine positive Fehlerkultur entstehen. Hier kann der Beizug und die Offenheit gegenüber der Ombudsstelle seitens der Verwaltung einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die bei base4kids gerügte mangelhafte Fehlerkultur.

2021 sind die Bestrebungen einer Entflechtung der Ombuds- und Whistleblowing-Stelle und derjenigen der Datenschutzaufsichtsstelle weiter vorangetrieben worden. Dabei mussten das städtische Reglement und Vorgehen auch mit den Bestrebungen auf kantonaler Ebene in Einklang gebracht werden. Mit der Verabschiedung des Datenschutzreglements und der Revision des Ombudsreglements im Stadtrat konnte die Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden, um die beiden Stellen personell zu trennen und eine neue Person für den Bereich Datenschutz per 1.1.2023 einzustellen. Wie wichtig ein hoher Stellenwert im Datenschutzbereich ist, zeigt die letzte Berichterstattung zum Thema Datensammlung über ausländische Mitbürger*innen. Die fortschreitende Digitalisierung ermöglicht immer umfangreichere Datensammlungen, Zugriffs- und Nutzungsrechte. Aber auch die Löschung von Daten ist – wenn überhaupt – nur mangelhaft geregelt und die Rechtslegung hinkt in diesem Bereich der praktischen Entwicklung ständig hinterher. Die Sensibilisierung und Prävention – die sogenannten Previews – gehören deshalb genauso zur Tätigkeit dieser Datenschutzaufsichtsstelle, wie die Kontrolle der Einhaltung von Vorgaben. Ich danke abschliessend Mirjam Graf und ihrem Team herzlich für ihre engagierte Arbeit.

Fraktionserklärungen

Lea Bill (GB) für die Fraktion GB/JA!: Der vorliegende Tätigkeitsbericht von 2021 zeigt, dass es weiter ruhiger geworden ist um die Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle. Das ist aus unserer Sicht sehr positiv. Dies zeigt sich auch darin, dass sowohl bei der Ombudsstelle wie auch zum Datenschutz mehr Anfragen bearbeitet werden konnten. Im Bereich Datenschutz ist es dem Team mittlerweile möglich, dass es städtische Dienststellen beraten und informieren kann – was eigentlich alles eine Vorabkontrolle sein könnte – oder welche Dokumente beispielsweise eingereicht werden müssen. Es geht beim Datenschutz nicht mehr nur darum, den Kontrollen hinterherzuhinken und zu merken, dass keine Zeit bleibt für alle Aufgaben. Es ist sehr positiv, dass es an dieser Stelle auch personell ruhiger geworden ist. Die Stelle ist besser aufgestellt als noch vor ein paar Jahren. Der Bericht zeigt aber auch einige weniger positive Punkte auf. Die Vorrednerin hat es erwähnt. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Ombudsstelle ist nicht immer ideal und harmonisch. Das heisst konkret, dass die Ombudsstelle auch im Jahr 2021 immer wieder auf Widerstände und Abwehrhaltungen in der Stadtverwaltung stösst. Im Bericht wird gesagt, dass man von mangelnder Fehlerkultur sprechen müsse. Das ist nichts, was andere Ombudsstellen nicht auch kennen würden. Das liegt bis zu einem gewissen Grad in der Natur der Sache, dass es in diesen Fällen zu Reibungen kommt. Trotzdem findet die GB/JA!-Fraktion, dass es schöner wäre, wenn weniger Widerstand von Seiten der Stadtverwaltung kommen würde. Das Einschreiten oder die Mediation durch die Ombudsstelle kann für die Stadtverwaltung durchaus auch eine Chance sein. In diesem Zusammenhang komme ich nicht umhin, noch über die personalrechtlichen Konflikte zu sprechen. Es ist durchaus so, dass verglichen mit der Anzahl Mitarbeiter*innen, die die Stadt Bern hat, sehr wenig Konflikte bestehen. Trotzdem muss man von einer Zunahme sprechen und sie haben ein solches Ausmass angenommen, dass sich die Ombudsstelle dazu entschieden hat, diesen Punkt als Schwerpunktthema im Tätigkeitsbericht zu nennen. Es gibt offensichtlich keine besorgniserregenden Häufungen in einzelnen Dienststellen oder Ämtern. Trotzdem tut hier die AK und aus Sicht der GB/JA!-Fraktion auch der ganze Stadtrat gut daran, ein Auge darauf zu haben, wie es mit dieser Entwicklung weitergeht. Dies insbesondere, weil im Bericht auch steht, dass Personalkonflikte auch im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen in den letzten Jahren und im Rahmen der Reorganisationen betrachtet werden müssen. Diesbezüglich haben wir als Stadt und als Stadtrat eine Verantwortung gegenüber dem Personal der Stadtverwaltung. Zum Schluss möchte ich es nicht verpassen, Mirjam Graf und ihrem Team ganz herzlich für die geleistete Arbeit zu danken. Die Ombuds-

und Datenschutzaufsichtsstelle ist zentral für das Vertrauen, das die Stadtbevölkerung in die Stadtverwaltung, aber auch stadtverwaltungsintern haben kann. Wir sind froh, dass wir eine Stelle haben, die hartnäckig bleibt und sich ihrer Wichtigkeit bewusst ist. Wir nehmen den Bericht selbstverständlich positiv zur Kenntnis.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich begrüsse die Ombudsfrau Mirjam Graf auf der Tribüne.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Auch die Fraktion FDP/JF bedankt sich herzlich für die Arbeit der Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle. Es ist eine riesige und sehr wichtige Aufgabe, die sie tagtäglich leistet. Vielen Dank.

Zum Bericht: Es wird klar, dass wir eine inhaltlich hoheitlich unabhängige Datenschutzaufsichtsstelle brauchen und dass diese unabdingbar ist. In Artikel 34 des kantonalen Datenschutzgesetzes wird kurz darauf eingegangen und klar aufgeführt, dass neben der im Bericht erwähnten Durchführung von Beratung und Vermittlung, unbedingt auch die Prüfung gefordert wird. Das liegt heutzutage aus resourcentechnischen Gründen und auch aufgrund der Abhängigkeit und der Kooperation nicht drin. Daher begrüsst die Fraktion FDP/JF die Bestrebungen der unabhängigen Datenschutzaufsichtsstelle und möchte an den Gemeinderat appellieren, dass in den Direktionen der Datenschutz wahrgenommen wird und die Leute dazu angehalten werden, den ISDS-Voraussetzungen (Angaben zur Wahrnehmung der Informationssicherheit und Einhaltung des Datenschutzes) nachzugehen. Wir sind unseren Bürgerinnen und Bürgern, Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Bern schuldig, dass wir mit ihren Daten sorgfältig umgehen. Es heisst nicht umsonst, dass Daten die neue Währung darstellen.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist wichtig, dass wir eine Ombudsstelle haben für das Personal und für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Es herrscht eine grosse Verunsicherung bezüglich der eigenen Daten wie auch über die eigenen Rechte und nötigen Problemlösungen. Das kann an jedem Arbeitsplatz der Fall sein. Speziell möchte ich auf das Register Datensammlungen hinweisen. Dieses erläutert auf Verlangen allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bern den Umfang der durch die Stadt erhobenen Daten zu ihrer Person. Die erfolgte überfällige Aktualisierung dieses Registers begrüssen wir sehr. Zu erwähnen ist ausserdem, dass viele Fragen und Fälle im Zusammenhang mit dem Sozialdienst entstanden sind. Die Ombuds- und auch die Datenschutzarbeit zeigt auf, dass gerade auch Armutsbetroffene ein Anrecht auf einen respektvollen Umgang haben und dass sie auf einen besonderen Schutz ihrer Daten angewiesen sind. Im Speziellen beim Sozialdienst, weil dieser von seiner Klientel sehr viel Transparenz im privaten Bereich verlangt. Ebenso erinnert uns die Ombudsstelle daran, wie unsicher alltägliche Tools und Apps für uns eigentlich sind, beispielsweise Whatsapp oder Doodle. Gerade wenn es um Schulkinder geht und diese in Klassenchats kommunizieren oder bei Mitarbeitenden aus der Verwaltung. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht der Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle positiv zur Kenntnis und bedankt sich nochmals für die geleistete Arbeit.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion SVP: Sie haben entschieden, dass man die Ombuds- und die Datenschutzaufsichtsstelle trennt, was wir von der SVP-Fraktion immer befürwortet haben. Ich möchte mich im Namen der SVP-Fraktion für die geleistete Arbeit in der Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle bedanken. Bei der Datenschutzaufsichtsstelle sind wir dran, dass ein neuer Leiter eingestellt werden kann. Eigentlich können wir froh sein, dass wir diese Ressourcen noch haben, um solche Stellen zu erhalten. Solche Stellen sind nötig. Uns hat das Büchlein der Ombudsstelle mit den Beispielen gut gefallen. Es ist eine Klagemauer. Man sieht es an den Beispielen von Anliegen, mit denen sich Leute bei der Stelle melden. Manch-

mal sind es fast unglaubliche Dinge, die aus unserer Sicht vielleicht selbständig gelöst werden könnten. Scheinbar ist aber ein Bedarf vorhanden. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht neutral zur Kenntnis.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Tätigkeitsbericht 2021 der Ombudsstelle und der Datenschutzaufsichtsstelle.

- Traktandum 12 wird auf eine spätere Sitzung verschoben. -

13 Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Projektierungskredit

2019.SR.000107

Antrag Büro des Stadtrats

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Büros des Stadtrats betreffend Erneuerung Ratsinformationssystem; Projektierungskredit.
2. Er genehmigt einen Projektierungskredit von Fr. 140 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I0100001. Die Kapitalfolgekosten für die Jahre 2024-2027 sind im Aufgaben- und Finanzplan sowie in den Globalbudgets des Stadtrats aufzunehmen.
3. Er erhöht den Globalkredit 2023 der Dienststelle Stadtrat (PG0100100) für die zusätzlichen Personalkosten des Ratssekretariats mittels Nachkredit um Fr. 35 000.00, unter Vorbehalt der Genehmigung des Budget 2023 durch die Stimmberechtigten. Für das Jahr 2024 ist der entsprechende Betrag in den AFP aufzunehmen.
4. Das Büro des Stadtrats wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 28. April 2022

Antrag 1 GLP/JGLP

Der Projektierungskredit ist um 40 000 Franken zu kürzen.

Antrag 2 GLP/JGLP

Eventualantrag: Die folgend gelisteten Projektteile werden sowohl in den Ausschreibungsunterlagen wie auch im Realisierungskredit separat, als Optionen ausgewiesen. So kann der Stadtrat zu gegebener Zeit entscheiden, welche Elemente er effektiv beschaffen will.

- Tool einführen, um eine digitale Sitzungsvorbereitung zu unterstützen und die Kollaboration zwischen Ratsmitgliedern und Gremien zu ermöglichen.
- Funktion einführen, um Vorstösse und Anträge digital über die Anwendung einreichen, prüfen und freigeben zu können.

Antrag 3 GFL/EVP

Während der Businessanalyse, zwecks Neubeschaffung des RIS, soll zusätzlich zum Bedarf der Stadtratsmitglieder und des Ratssekretariats auch die Umsetzung einer modernen OGD-Schnittstelle (Open-Government-Data) geprüft werden. Bei der Prüfung sollen datenverarbeitende Stakeholder auf der Nutzer-Seite wie Hochschulen oder Analyseplattformen (z.B. smartvote oder smartmonitor) konsultiert und einbezogen werden. Ferner soll sich die Stadt Bern mit Städten austauschen, die eine moderne und gute OGD-Schnittstelle bereits umgesetzt haben (z.B. St. Gallen), und Synergien prüfen.

Antrag 4 Machado/Feuz

Ergänzungsantrag zum Antrag, S. 4 Vortrag:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Büros des Stadtrats betreffend Erneuerung Ratsinformationssystem; Projektierungskredit.
2. (neu):
 - RIS 2.0 hat zum Ziel, dass Stadtrat, Gemeinderat und die interessierte Öffentlichkeit möglichst über den gleichen Informationsstand und über die gleichen Arbeitserleichterungen verfügen. Auslagerungen in einen «geschützten Bereich» sind nur gestützt auf zwingendes übergeordnetes Recht zulässig.
 - Neben den Stadtratsunterlagen werden auch die Beschlüsse des Gemeinderates und die Traktandenlisten der Kommissionssitzungen bekanntgegeben mit der Möglichkeit, zeitlich begrenzt zu einzelnen Traktanden Vorschläge an die zuständige Kommission einzureichen.
 - Die publizierten Dokumente sind mit den rechtlichen Grundlagen und den weiteren zur Meinungsbildung wesentlichen Unterlagen (so weit möglich Fachliteratur, insbesondere Gutachten, historische Grundlagen u.a.) zu verlinken.
 - Das RIS 2.0 verfügt über ein sitzungs- und jahrgangsübergreifendes Suchprogramm.
 - Um kostspielige und zeitaufwendige Neuentwicklungen und Fehlerkorrekturen wie bei «base4kids» zu vermeiden, ist ein ausbaufähiges System zu wählen, das sich bereits in anderen Gemeinden oder Kantonen bewährt hat. Damit sollte es möglich sein, RIS 2.0 im Jahre 2023 zu starten.
- 3.-5. (...)

Corina Liebi (JGLP) zu den Anträgen der Fraktion GLP/JGLP: Heute darf ich Ihnen ein Geschäft vorstellen, dass einen anderen Weg genommen hat, als wir dies üblicherweise kennen. Wir diskutieren heute über einen Projektierungskredit, der nicht aus dem Gemeinderat, sondern aus dem Ratssekretariat direkt in den Stadtrat kommt. Es geht um die Erneuerung des Ratsinformationssystems, besser bekannt als RIS. Da die Dienststelle Gemeinde und Behörde in die Kompetenz der SBK fällt, haben wir an unserer Sitzung im Mai darüber befunden. Das aktuelle Ratsinformationssystem ist veraltet, fehlerhaft und ineffizient. Deshalb wird es nicht gerne benutzt. 2020 gab das Ratsbüro eine externe Analyse in Auftrag, die die User-Experience des RIS analysierte. Es ist damals aber keine Gesamtanalyse vorgenommen worden, sondern lediglich eine Analyse der Benutzerfreundlichkeit und dem Verbesserungspotenzial in diesem spezifischen Bereich. Dabei ist ein Massnahmenkatalog entstanden, der nach einer Priorisierung erlaubte, das Verbesserungspotenzial zu eruieren. Das heutige Programm wurde bereits 2013 eingeführt und ist nach heutigem Stand veraltet. Es wird nicht mehr weiterbetreut und es gibt auch keine Updates mehr. Hätte man an diesem bestehenden System Änderungen vornehmen wollen, wäre das verhältnismässig sehr teuer geworden. Aufgrund des Alters und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses hat das Ratsbüro deshalb entschieden, anstelle der Vornahme einer Anpassung ein neues RIS zu beschaffen. Damit das funktioniert, brauchen wir ein sauber aufgegleistes Projekt, wie es uns heute Abend als Projektierungskredit vorliegt. Dieser beschränkt sich auf die beiden Projektphasen Konzept und Evaluation. In diesem Rahmen soll eine umfassende Businessanalyse gemacht werden, in die auch der bereits bestehende Bericht von 2020 einfließen soll, damit die bereits geleistete Arbeit nicht ein zweites Mal gemacht wird. Es ist dabei wichtig zu betonen, dass anschliessend noch ein separater Realisierungskredit in den Stadtrat kommen wird. Die Kosten der Initialisierungsphase – also die im Vortrag ausgeführten Investitionskosten – erscheinen auf den ersten Blick hoch. Ich möchte aber nochmals betonen, dass wir einmal mehr über eine Anschaffung im digitalen Bereich sprechen, bei der wir gemäss Learning aus base4kids gut darauf schauen müssen, dass genügend Ressourcen in der Projekterarbeitungsphase zur Verfügung

stehen. Aus diesem Grund ist die SBK überzeugt, dass es sich lohnt, dort zu investieren, um uns vor allfälligen Folgekosten zu schützen. Weiter ist es begrüßenswert, dass von Anfang an eine externe Projektbegleitung in diesem Projekt dabei ist und ein Steuerungsausschuss das Geschäft eng begleitet. In dem Steuerungsausschuss wird auch die Dienststelle Digitale Entwicklung eingebunden werden, um allfällige Schnittstellen mit dem geplanten BernPortal sowie eine OGD-Schnittstelle (Open Government Data) im Blick zu behalten. Ebenfalls muss das Pensum im Ratssekretariat um 20% aufgestockt werden, um den Mehraufwand abfedern zu können. Dieser geht zulasten der Erfolgsrechnung. Für die SBK überwiegen die Chancen dieses Projekts. Das Geschäft bietet das Potenzial, den Alltag von uns Stadträtinnen und Stadträten massiv zu erleichtern. Wir werden einfach digital arbeiten und auch kollaborieren können. Das wird hoffentlich auch dazu führen, dass wir Druckkosten einsparen und mehr Leute für digitale Anwendungen und die digitale Arbeitsweise begeistern können. Das schont nicht zuletzt unserer Umwelt. Die SBK hat sowohl dem Projektierungskredit als auch der Erhöhung des Globalkredits der Dienststelle zugestimmt und empfiehlt dies auch dem Stadtrat.

Tanja Miljanovic (GFL) zu den Anträgen der Fraktion GFL/EVP: Ich halte anschliessend an die Antragsbegründung auch noch das Fraktionsvotum.

Die OGD-Angebote der Stadt sind sehr rudimentär ausgestaltet, dies auch im Vergleich zu anderen Städten wie Zürich und St. Gallen oder auch dem Bundesparlament. In der Berner Lösung sind heute die meisten öffentlichen Informationen maschinell nicht verarbeitbar und können entsprechend weder automatisch aufbereitet noch visualisiert und so auch der Bevölkerung nicht niederschwellig zugänglich gemacht werden. Im vorliegenden Projektierungskredit ist zwar eine neue OGD-Schnittstelle als Ziel vorgesehen. Gleichzeitig steht, dass für das Projekt lediglich bei den Stadtrat*innen und dem Ratssekretariat die Bedürfnisse und Erwartungen an das neue RIS abgeholt worden seien. Vielleicht ist mehr geplant, als hier steht, vielleicht aber auch nicht. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Eine sinnvolle und nutzungsorientierte OGD-Schnittstelle kann nur erarbeitet werden, wenn man die Bedürfnisse und Erwartungen ihrer direkten Core-Nutzer abholt und auswertet. Ihre Nutzer sind bei diesem Aspekt weder die Stadträte noch das Ratssekretariat, sondern Hochschulen und Analyseplattformen wie smartvote oder smartmonitor. Auch das Bundesamt für Statistik hat die Dringlichkeit erkannt und gestern eine Umfrage an ihre verschiedenen OGD-Nutzer verschickt. Ich gebe es frei wieder: «Freier Zugang zu Verwaltungsdaten fördern Transparenz und Partizipation, verstärkt und stärkt Verantwortlichkeit und trägt zur Steigerung der Wertschöpfung sowie zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei. Mit der OGD-Strategie fördert der Bund das Angebot und die Nutzung seiner maschinenlesbaren, offenen und wiederverwendbaren Verwaltungsdaten. Zur Erarbeitung des Nachfolgedokuments werden Bedürfnisse und Erwartungen der Nutzenden und Anbietenden dieser OGD miteinbezogen» – das ist für uns wichtig. Diese Umfrage läuft übrigens bis am 31. Juli und vielleicht kann sich die Stadt Bern daran beteiligen. Aus den oben dargelegten Gründen und als Freund*innen der wahren und umfassenden Digitalisierung und Transparenz lehnen wir den Antrag der GLP/JGLP ab, weiterhin mit PDFs zu arbeiten. Digitalisierung funktioniert anders. PDFs sind nicht zeitgemäss und es gibt mit ihnen weder richtige Transparenz noch Partizipation, wobei beides feste Bestandteile einer Demokratie darstellen. Das neue RIS nehmen wir selbstverständlich an.

Marianne Schild (GLP) zu den Anträgen der Fraktion GLP/JGLP: Unser erster Antrag betrifft die Kürzung des Projektierungskredits um 40 000 Franken. Für diesen und den Eventualantrag ist die Begründung dieselbe: Es wurde ein Pilotversuch mit der neuen Virtualisierung durchgeführt. Dieser Pilotversuch hat ergeben, dass die Leute mit diesem System überfordert sind. Wenn die Leute mit einem System überfordert sind, werden sie nicht auf dieses umstei-

gen. Wir machen eine Investition für etwas, das niemand jemals nutzen wird. Im schlimmsten Fall greifen die Leute sogar auf ein früheres System zurück, in diesem Fall zu Papier, um zu vermeiden, dass sie sich mit komplexen Systemen auseinandersetzen müssen. Wir sind nicht gegen die Digitalisierung, im Gegenteil. Unsere Partei begrüsst die Digitalisierung, sie muss aber auch immer am richtigen Ort und zum richtigen Zeitpunkt umgesetzt werden. Ein PDF ist nichts Dramatisches und auch nichts aus früheren Zeiten. Sehr viele Leute arbeiten mit PDFs, sie sind mobilefähig. Natürlich muss etwas gemacht werden, da wir eine bessere Geschäfts-suche brauchen und wollen. Mit diesem Vorhaben schiesst man aber über das Ziel hinaus. Deshalb bitten wir Sie darum, unsere Anträge zu unterstützen. Insgesamt unterstützen wir das Geschäft. Das System muss, wie jedes andere, irgendwann abgelöst werden. Wir bedanken uns beim Ratssekretariat für die Bearbeitung und die Sicherstellung einer weiterhin gut funktionierenden Infrastruktur.

Simone Machado (GaP) zu Antrag 4: Wir beantragen, dass wir über die Ziele des neuen und verbesserten RIS – wie dieses schlussendlich auch aussehen mag – befinden und diese konkretisieren können. Das RIS soll nämlich auch den Einwohnenden, Journalistinnen und Journalisten und Unternehmer*innen zur Verfügung stehen. So dient das RIS der Stadt Bern, mit ihrer so hochgehaltenen Partizipation. Ausnahmen sollen nur im Rahmen des Informationsgesetzes zulässig sein, wenn überwiegende öffentliche und private Interessen betroffen sind. Man könnte einwenden, dass das RIS doch eigentlich das Arbeitsinstrument für Stadträtinnen und Stadträte ist. Unserer Auffassung nach soll es aber mehr sein als das. Es soll auch eine OGD-Plattform sein, auf der sich die interessierte Öffentlichkeit rechtzeitig informieren und ihre Anliegen einbringen kann. Zu diesem Zweck sollen auch Gemeinderatsbeschlüsse und Traktandenlisten der Kommissionssitzungen eingebunden werden. Nur so kann eine Mitwirkung rechtzeitig stattfinden und die interessierte Öffentlichkeit kann sich einbringen. Dass die Suchfunktion verbessert werden soll, darin sind sich alle Beteiligten einig und es wird von niemandem bestritten. Von anderen Städten, wie beispielsweise von Bochum in Deutschland, kann man sehr viel lernen. Schauen Sie sich einmal das Ratsinformationssystem dort an. Was dort alles verlinkt und aufgeschaltet ist, mit Kommissionen und Ausschüssen, ist ein wahrer Traum. Dort sind alle Sitzungen von allen Gremien aufgeführt und – sofern diese öffentlich sind – auch die Unterlagen oder zumindest die Traktandenlisten zugänglich. Des Weiteren ist jeweils der Stand der Behandlungen aufgeführt und es wird aufgezeigt, in welchem Gremium es weitergeht und wie der Prozess läuft. Dort kann man etwas lernen. Wir haben diesbezüglich einen grossen Nachholbedarf. Diesen Bedarf müssen wir definieren, ansonsten gibt es keine Entwicklungen in diese Richtung.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

X

X

Manuel C. Widmer

Christine Otis

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Thomas Fuchs	Alina Irene Murano
Yasmin Amana Abdullahi	Katharina Gallizzi	Barbara Nyffeler
Valentina Achermann	Franziska Geiser	Halua Pinto de Magalhães
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Simone Richner
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Lena Allenspach	Erich Hess	Mirjam Roder
Katharina Altas	Brigitte Hilty Haller	Sarah Rubin
Ursina Anderegg	Michael Hoekstra	Rahel Ruch
Tom Berger	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
Diego Bigger	Ueli Jaisli	Kurt Rügsegger
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Remo Sägesser
Laura Binz	Anna Jegher	Mahir Sancar
Regula Bühlmann	Barbara Keller	Marianne Schild
Eva Chen	Nora Krummen	Florence Schmid
Nicole Cornu	Corina Liebi	Sara Schmid
Dolores Dana	Maurice Lindgren	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Simone Machado	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Martha Eigenmann	Salome Mathys	Bettina Stüssi
Claudine Esseiva	Matteo Micieli	Johannes Wartenweiler
Vivianne Esseiva	Szabolcs Mihalyi	Janosch Weyermann
Alexander Feuz	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Jelena Filipovic		

Entschuldigt

Ruth Altmann	Lionel Gaudy	Anna Leissing
Nicole Bieri	Bernadette Häfliger	Tabea Rai
Gabriela Blatter	Nora Joos	Judith Schenk
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Michael Sutter
Jemima Fischer	Fuat Köçer	Ayşe Turgul

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS
--------------------------	------------------------

Entschuldigt

Reto Nause SUE	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
----------------	-----------------------	-------------------

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Franck Brönnimann, stv. Rats-
Anita Flessenämper, Protokoll	weibel
	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

- Die Traktanden 39 und 40 werden vorgezogen -

39 Kleine Anfrage Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller/Szabolcs Mihalyi, SP): Lohnkürzung für Lehr- und Betreuungspersonal in der Stadt Bern?

2022.SR.000083

Szabolcs Mihalyi (SP): Wir nehmen dankbar zur Kenntnis, dass der Gemeinderat die in unserer Anfrage erwähnte Problematik erkannt hat und, wie uns inzwischen mündlich versichert wurde, vorläufig auch auf die Änderungen verzichtet. Die übereilte Erarbeitung der Verordnung zum Schulreglement und die unbefriedigende Konsultation der Betroffenen, namentlich der Schulkommissionen und der Personalvertreter, bleiben für uns aber Anlass zur Kritik.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

40 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): «Mubeeri»: Wie geht es mit dem Hallenbad Hirschengraben weiter? Hat die Stadt einen Plan für einen Badebetrieb oder soll dieses nach der Sanierung vorab für Geschäftsmieter genutzt werden?

2022.SR.000086

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Ich bin enttäuscht. Sie sehen, wie kurz und knapp sie ist. Ich habe zwar als Sekundarschüler stets gelitten, wenn ich dort schwimmen musste, bin also kein Freund des «Mubeeri», aber ich setze mich dennoch dafür ein, dass ein zentrales Bad in der Stadt Bern weiterhin genutzt werden kann. In Zürich gibt es Beispiele, wie man es machen kann. Sie haben die Antworten gesehen. Ich bin sehr enttäuscht, wie knapp der Gemeinderat diese Frage beantwortet. Das «Mubeeri» ist etwas Einzigartiges. Es ist an einer zentralen Lage. Und jetzt heisst es, man wisse noch nicht genau, was weiter damit geschieht. Man klärt einfach ab. Denken Sie daran – ich sage das auch zuhänden der Medien –, wie der Gemeinderat mit unserem Juwel umgeht. Offenbar ist irgendein LGBTIQ-Label viel wichtiger als das «Mubeeri», das doch für viele Leute, die am Mittag in der Stadt sind, eine Gelegenheit ist, schwimmen zu gehen. Das ist etwas Zentrales. Dass man sich nicht darum kümmert, und mit einer so kurzen Antwort abgefertigt wird, ist für mich enttäuschend. Ich hoffe, ich finde Unterstützer, die sich auch für das «Mubeeri» einsetzen. Ich weiss, wenn es durchkommen soll, darf Feuz nicht als Erster darauf stehen, aber er macht mit. Das «Mubeeri» braucht es.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

13 Fortsetzung: Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Projektierungskredit

2019.SR.000107

Fraktionserklärungen; Fortsetzung

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Fraktion Mitte: Die Fraktion Mitte begrüsst das Vorhaben und wird den beantragten Projektierungskredit annehmen. Das Ratsinformationssystem

(RIS) aus dem Jahr 2013 ist nicht mehr State of the Art. Die Technologie ändert sich eben extrem schnell, ebenso die Wünsche und Begehren der Anwender*innen. Ich nehme noch kurz Stellung zu den Anträgen. Wir werden alle Anträge ablehnen. Hinsichtlich des GLP/JGLP-Antrages sind wir überzeugt, dass es absolut sinnvoll ist, ein Tool zu suchen und zu finden, das uns einem papierlosen Parlament näherbringt. Wir sind etwas überrascht, dass der Antrag von einer grünliberalen Partei stammt, die sich Nachhaltigkeit sonst gross auf die Fahne schreibt. Wir sind ziemlich sicher, dass unser Parlament in den nächsten Jahren wahrscheinlich irgendeinmal einen Vorstoss gutheisst, der sich gegen die Ratsunterlagen in Papierform ausspricht. Darum ist es klüger, lieber früher als später ein System zu haben, das diesen Wunsch auch erfüllen kann. Es ist absolut nicht mehr zeitgemäss, dass wir unsere Vorstösse auf Papier einreichen müssen. Sonst fordern wir auch immer die digitale Transformation. Gehen wir also hier mit gutem Beispiel voran. Den Antrag 3 GFL/EVP lehnen wir ebenfalls ab; nicht unbedingt, weil wir dagegen sind, sondern weil der Antrag etwas verlangt, das ja im Vortrag bereits als Ziel aufgeführt ist. Darum ist er sozusagen obsolet. Der Antrag 4 unseres stadträtlichen Duo infernale lehnen wir ebenso ab. Über einzelne Punkte dieses Päckchens könnte man zwar noch reden, aber es enthält einfach zu viel Jekami und zu wenig Einheit der Materie.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: 50% des Stadtrates arbeiten heute mit Papier. Ich wage die Behauptung, dass das bei vielen daran liegt, dass unsere heutige Plattform veraltet, unübersichtlich und nicht benutzer*innenfreundlich gestaltet ist. Eine Zusammenarbeit via RIS ist heute nicht möglich. Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, dass das alte System so nicht mehr eingesetzt werden kann. Es wird nicht mehr betreut und es gibt auch keine Updates mehr. Änderungen am bestehenden System vorzunehmen, hätte zu einem riesigen Aufwand geführt, der aufgrund des Alters des Systems einfach nicht zielführend wäre. Darum soll ein neues RIS angeschafft werden. Der Projektierungskredit schlägt ein sauber aufgelegtes Projekt vor. Es geht dabei um die Projektierungsphase, die Konzeption und die Evaluation. Die Erkenntnisse aus der Analyse zur Benutzer*innenfreundlichkeit sollen einfließen. Es liegen zwei Anträge der GLP/JGLP vor. Antrag 1 will den Kredit um 40 000 Franken kürzen. Dabei soll auf die Zielsetzungen Kollaboration und Prüfung des digitalen Einreichens von Vorstössen und Anträgen verzichtet werden. Wie man genau auf 40 000 Franken kommt, ist nicht beziffert und scheint uns etwas willkürlich. Wir werden diesen Antrag wie auch Antrag 2 ablehnen. Die Neuanschaffung soll nämlich eine sorgfältige Prüfung neuer Funktionalitäten ermöglichen. Zudem sind wir klar der Ansicht, dass die Konzept- und Evaluationsphase eines Informatikprojekts der falsche Ort ist, um zu sparen. Base4kids hat gezeigt, dass solche Einsparungen sich später in der Betriebsphase massiv rächen. Antrag 3 zur Prüfung einer modernen Open Government Data-Schnittstelle werden wir annehmen. Hier könnten später allenfalls wertvolle Synergien genutzt werden. Antrag 4 werden wir ebenfalls ablehnen. Solche Überlegungen sind zwar teilweise begrüssenswert, sollten aber genau Teil der Konzeptions- und Evaluationsphase sein. Ein gutes RIS kann nicht nur Druckkosten sparen und somit einen positiven Effekt auf unsere Umwelt haben, sondern soll hoffentlich auch unsere Arbeit erleichtern. Ich hoffe, Sie folgen uns und nehmen den Projektierungskredit an.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP ist in dieser Frage teilweise gespalten. Ich will das ganz ehrlich sagen. Ich gehöre zu jenen, die die Bedeutung des RIS nicht hoch genug einschätzen können. Mitbeteiligung, Mitwirkung hängt auch ab von den Zugangsmöglichkeiten. Wie es so schön heisst: Wissen ist Macht. Wenn man etwas nicht weiss, kann man auch nicht reagieren. Ich bin dagegen, hier eine Dunkelkammer zu haben. Darum unterstütze ich ganz klar die Anträge von Simone Machado. Für mich sind alle stringent. Ich plädiere für eine punktweise Abstimmung. Ich weiss, dass gewisse Punkte es teilweise

schwer haben. Lesen Sie nochmals genau, worum es uns geht. Wir wurden als Duo infernale bezeichnet – vielleicht sogar zu Recht, aber lesen Sie die Anträge trotzdem durch. Es geht hier nicht um «Querulatorik», sondern darum, Informationen zu bekommen. Ich möchte Ihnen etwas in Erinnerung rufen. Wenn Sie etwas suchen, einen Vorstoss z.B., sind Sie über Google oder Yahoo – ich habe von beiden keine Aktien – wahrscheinlich schneller als über das RIS. Simone Machado hat vorhin zu Recht Bochum erwähnt, weil man dort sieht, welche Zugangsmöglichkeiten man hat. Wir haben den Antrag abgeschwächt, indem wir punktweise abstimmen lassen. Ausserdem heisst es «soweit möglich». Es ist mir klar, dass nicht jede Dissertation abgedruckt werden kann, aber es müssen Links vorhanden sein, damit man die Unterlagen einfach findet. Es ist auch kostenmässig vernünftig. Wir wollen nicht, dass man das Rad neu erfindet wie bei base4kids. Als Kassandra habe ich immer davor gewarnt, ein einzigartiges System für die Stadt Bern zu machen. Man soll auf bereits Bestehendes abstellen können. Deshalb schreiben wir in unserem Antrag: «Um kostspielige und zeitaufwändige Neuentwicklungen und Fehlerkorrekturen wie bei base4kids zu vermeiden, ist ein ausbaufähiges System zu wählen, das sich bereits in anderen Gemeinden oder Kantonen bewährt hat.» Das ist ganz entscheidend. Und nun schauen wir die Punkte an, über die wir anschliessend einzeln abstimmen können. Es sind Punkte – nicht alle in der Fraktion sehen das gleich –, die meines Erachtens angenommen werden können. Es geht darum, den Stadtrat, den Gemeinderat und die interessierte Öffentlichkeit zu informieren, damit wir alle ungefähr den gleichen Informationsstand haben. Ich mache ein Beispiel. Nehmen wir unsere Quartierkommission Quavier, in der ich mitmache. Wir hatten vor vielen Jahren eine Mitwirkung. Niemand hat das gesehen und so konnten wir nicht einwirken. Man sollte über einen Link die gesuchten Dinge anklicken und rasch nachschauen können, worum es geht. Das dient allen. Es kann um die Abschreibung einer Motion gehen, deren Einreichende nicht mehr da sind. In einem solchen Fall muss man sich informieren können, worum es geht, sonst wird sie abgeschrieben, weil die einreichende Partei keine Vertretung in der zuständigen Kommission mehr hat. Dann kann die Verwaltung tun, was sie will. Ich setze mich hier für die Parlamentsrechte ein. Darum habe ich immer Luzius Theilers Anträge unterstützt, die in diese Richtung gehen. Wir schreiben: «... neben den Stadtratsunterlagen auch die Beschlüsse des Gemeinderates und die Traktandenliste der Kommissionssitzungen bekanntgegeben», mit der Möglichkeit, dass man allenfalls auf Sachen hinweisen kann. Wir hatten eine Traktandenliste «Wohnbaupolitik». Alle Vorstösse der GFL waren drauf, aber jene der SP fehlten. Wenn man das dann sieht und erkennt, dieser Vorstoss hätte auch in das Päckchen gehört, kann man dort ansetzen. Um das zu erleichtern, darum geht es hier. Wenn Sie diese Informationen haben, können Sie etwas machen, aber wenn nur der Fraktionschef die Information bekommt, noch dazu vielleicht erst am Dienstagabend, wenn er mit seiner Tochter in der Ka-We-De ist oder sein Natel in der Ka-We-De versenkt hat, dann wird diese Information nicht weitergeleitet. Wenn die Information jedoch öffentlich abrufbar ist, können alle intervenieren. Wir schreiben weiter: «... mit den rechtlichen Grundlagen verlinken, soweit möglich». Wir verlangen nicht, dass alle Dissertationen als PDF abgespeichert werden, aber das Wichtigste, soweit möglich. Der Punkt «Sitzungs- und jahrgangsübergreifendes Suchprogramm» will verhindern, dass eine Suche im RIS länger dauert als über Google oder Yahoo. Ich habe gesagt, dass die Fraktion SVP hier zum Teil unterschiedlicher Meinung ist. Wir sind auch in Bezug auf die Anträge der GLP/JGLP geteilter Meinung. Man kann dieser Kürzung durchaus zustimmen. Für mich ist entscheidend, dass a) man die Vorstösse einander nicht gegenüberstellt und b) wir ganz klar wissen, dass über den Antrag Machado/Feuz punktweise abgestimmt wird. Auch in Bezug auf den Antrag GFL sind die Meinungen in der Fraktion geteilt.

Ich danke für die Unterstützung. Denken Sie daran, Sie kämpfen für sich und für die Öffentlichkeit. Der Antrag Machado/Feuz dient der Öffentlichkeit. Wenn Sie eine Dunkelkammer

wollen, müssen Sie den Antrag ablehnen, aber dann müssen Sie auch die Verantwortung dafür übernehmen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Sie jetzt eine sechsminütige Antragsbegründung gehalten haben, dabei wäre es eigentlich ein Fraktionsvotum gewesen. Für Antragsbegründungen stehen nur drei Minuten zur Verfügung – nur als Hinweis für ein nächstes Mal.

Alexander Feuz (SVP): Als alter Offizier habe ich Schwerpunkte gesetzt. Mir ging es vor allem um diese Punkte in diesem Antrag. Ich danke dafür, dass ich eine Minute länger sprechen durfte.

Für das Büro des Stadtrates die 2. Stadtratsvizepräsidentin *Valentina Achermann* (SP): Ich beginne mit dem Antrag GLP/JGLP, der eine Kürzung des Kredits um 40 000 Franken verlangt. Zuerst ist es mir wichtig zu betonen, dass es sich bei diesem Kredit um einen Projektierungskredit handelt, das heisst, er beinhaltet die Konzeption und die Evaluation. Es wird eine Businessanalyse durchgeführt und diese zeigt auf, wo Bedarf besteht, ob man z.B. das Tool zur Einreichung von Vorstössen braucht oder nicht. Darüber entscheiden wir heute nicht. Das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt tun, wenn wir über den Realisierungskredit befinden. Weiter, und das hat Barbara Keller schon gesagt, ist absolut unklar, wie man auf den Betrag von 40 000 Franken kommt. Woher kommt er? Wie wurde er berechnet? Das Einzige, das auffällt, ist, dass es sich mit dem Betrag deckt, den man für die internen Ressourcen brauchen will, die sich mit dem IT-Projekt befassen. Wir hatten vor Kurzem intensive Diskussionen um base4kids. Wenn diese etwas gezeigt haben, dann, dass man Ressourcen, auch interne Ressourcen, braucht, um solch ein grosses Projekt zu begleiten. Was wir daraus auch gelernt haben, ist, dass es sich lohnt, am Anfang, in der Planungsphase, wirklich zu investieren, damit später keine Mehrkosten entstehen. Man muss eine genaue, saubere Planung machen, wenn man den Anspruch hat, dass das Projekt erfolgreich sein soll. Der Eventualantrag GLP/JGLP hingegen verlangt, dass zwei Projektteile als Option separat ausgewiesen werden. Das ist durchaus möglich. Zum Antrag GFL/EVP: Dieser wiederholt, was bereits im Projekt vorgesehen ist. Es spricht somit nichts dafür oder dagegen. Man muss aber berücksichtigen, dass es sich um ein Projekt des Stadtrates handelt. Und der Stadtrat kann keine Open Government Data-Schnittstelle für die Daten der Verwaltung einführen. Zum Schluss gehe ich noch fast punktweise auf den Antrag Machado/Feuz ein. Die beiden ersten Forderungen – Offenlegung von Informationen und Beschlüssen – ist leider zum aktuellen Zeitpunkt wegen des noch immer gültigen Kommissionsgeheimnisses nicht möglich. Die Revision des Kommissionsgeheimnisses ist erst für die zweite Lesung in der AK. Die Verlinkung der Dokumente mit rechtlichen Grundlagen oder auch anderen Dokumenten muss eine Person machen. Dafür braucht es Personalressourcen und die sind im Moment nicht vorhanden. Diese müsste man zuerst zur Verfügung stellen. Verlangt wird auch eine Verbesserung der Suchfunktion. Das ist schon Teil des Projekts. Der letzte Punkt verlangt ein ausbaufähiges System. Der Auftrag wird öffentlich ausgeschrieben und es wird sich zeigen, welche Offertsteller*innen das gewünschte Produkt anbieten.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 GLP/JGLP ab (10 Ja, 47 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 012
2. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 2 GLP/JGLP ab. (24 Ja, 34 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 013
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 GFL/EVP zu. (52 Ja, 5 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 014

4. Der Stadtrat lehnt Lemma 1 des Antrags 4 Simone Machado, GaP/Alexander Feuz, SVP ab. (17 Ja, 40 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 015
5. Der Stadtrat lehnt Lemma 2 des Antrags 4 Simone Machado, GaP/Alexander Feuz, SVP ab. (8 Ja, 48 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 016
6. Der Stadtrat lehnt Lemma 3 des Antrags 4 Simone Machado, GaP/Alexander Feuz, SVP ab. (14 Ja, 36 Nein, 9 Enthalten) [Namen](#) 017
7. Der Stadtrat lehnt Lemma 4 des Antrags 4 Simone Machado, GaP/Alexander Feuz, SVP ab. (25 Ja, 28 Nein, 6 Enthalten) [Namen](#) 018
8. Der Stadtrat lehnt Lemma 5 des Antrags 4 Simone Machado, GaP/Alexander Feuz, SVP ab. (15 Ja, 38 Nein, 6 Enthalten) [Namen](#) 019
9. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Antrag des Büros zu. (59 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 020

14 Interpellation Fraktion FDP/JF (Tom Berger, JF): Illegaler Barbetrieb im Raum Schützenmatte – wie weiter?

2019.SR.000178

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Tom Berger (FDP/JF): Ich bin mit der Antwort des Gemeinderats sehr zufrieden. Sie ist sehr ausführlich und differenziert. Wenn wir ehrlich sind, betrifft der Vorstoss ein Problem, das in der Pandemie etwas verschwunden ist. Es fragt sich, ob es wieder auftaucht. Mit dem Perimeter Schützenmatte werden wir uns in der nächsten Stadtratssitzung ausführlich befassen können. Darum gibt es heute an dieser Stelle nichts mehr zu sagen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion FDP/JF ist mit der Antwort zufrieden.

15 Interpellation Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF): Natur- und Umweltkalender

2021.SR.000137

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Florence Schmid (FDP/JF): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Sie zeigt auf, was ich antizipiert habe. Mit dem Natur- und Umweltkalender stellt die Stadt Bern eine Plattform zur Verfügung, die zwar unbestritten nice-to-have ist. Sie könnte aber genauso gut durch Private oder NGOs, die sie benutzen, selbst aufgesetzt oder wenigstens selbst bezahlt werden. Der Natur- und Umweltkalender ist ein illustratives Beispiel einer Aufgabe, die nicht zu den Kernaufgaben einer Gemeinde gehört und auf die man ohne grosse Einschnitte verzichten könnte. Dass der Kalender nicht mehr in Papierform verschickt wird, ist schon ein guter Anfang.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion FDP/JF ist mit der Antwort zufrieden.

16 Interpellation Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus/Claudine Esseiva/Dolores Dana, FDP): Remote-Office – wo steht die Stadt Bern?

2020.SR.000234

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion FDP/JF ist mit der Antwort zufrieden.

- Die Traktanden 17 bis 22 werden gemeinsam behandelt -

17 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Mohamed Abdirahim, JUSO/Tabea Rai, AL): Die Stadt Bern setzt ein Zeichen gegen Homo- und Transphobie und Diskriminierung wegen der Geschlechtsidentität und/oder sexuellen Orientierung

2018.SR.000086

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 17. Oktober 2018

Mohamed Abdirahim (JUSO) für die Motionär*innen: Ich bin froh, dass wir im Pride Month einen queeren Vorstossblock haben. Trotzdem muss ich etwas Kleines loswerden. Ich bin als Motionär nicht so zufrieden mit der Traktandierung. Klar, gehören die LGBTIQ+-Vorstösse zusammen, aber wenn man das T mit dem G und dem L einfach in den gleichen Topf wirft, ist es der Wichtigkeit der Debatte unwürdig. Eigentlich würde es einen eigenen Block brauchen für die Themen, bei denen es um die Geschlechtsidentitäten geht.

Vor 53 Jahren haben mehrere mutige schwarze und People of Colour (PoC) trans Frauen in New York ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und die Aufstände in der Christopher Street gegen die Unterdrückung der LGBTIQA-Menschen durch die Polizei und den Staat gestartet. Namentlich waren das Marsha P. Johnson, Sylvia Rivera, Stormé DeLarverie und Miss Major Griffin-Gracy. Damit hat ein bis heute andauernder Kampf um die Gleichberechtigung und Emanzipation von queeren Menschen in der Gesellschaft seinen Lauf genommen. Der International Day against Homophobia, Biphobia and Transphobia (IDAHOBIT), der jährlich am 17. Mai gefeiert wird, gedenkt genau dieser Queeren-Kämpfen, die heute auch noch auf andere Art ausgetragen werden. Man hat Gewisses erreicht, aber der Kampf ist noch nicht fertig. Es gibt noch viele Baustellen. Wir befinden uns immer noch in einer Welt, wo wir in Aussenräumen attackiert werden. Z.B. haben wir das am Sonntag gesehen. Es gab einen queerphoben Angriff von Rechtsextremen an einem queeren Gottesdienst. Es gibt unzählige Berichte aus der Community, dass nach Prides, aber nicht nur nach Prides, sondern eigentlich immer noch Hass und Beleidigungen an der Tagesordnung sind, sei es auf der Strasse oder im Internet. Das zeigt auch der internationale Trend, die Zeit zurückzudrehen und unsere Rechte, die wir lang und umständlich erkämpft haben, rückgängig zu machen. Das spürt man genau an diesen Taten, die es immer öfter auch hier gibt. Darum ist dieser Vorstoss recht wichtig. Er zeigt nämlich, dass die vielen Betroffenen nicht allein sind und auch nicht allein gelassen werden. Im Gegenteil macht es die Community in der Öffentlichkeit sichtbar und ist ein wichtiges Zeichen von Solidarität. Damit kann die Stadt deutlich zeigen, dass sie auf sei-

ten der von Diskriminierung und Übergriffen Betroffenen steht und nicht einfach wegschaut und damit ihr stilles Einverständnis für Homophobie, Biphobie und Transphobie signalisiert.

Fraktionserklärungen

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! ist froh, ist die thematische Erweiterung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann auf LGBTIQ+-Themen so schnell ins Laufen gekommen. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für die Arbeit, die schon geleistet wurde. Das heisst aber nicht, dass nicht noch sehr viel Luft nach oben wäre. Es gibt noch viel zu tun. Wir wissen, wie viele Baustellen es bei uns in der Stadt, in der Schweiz und auf der ganzen Welt bezüglich Diskriminierung und struktureller Gewalt gegenüber LGBTIQ+-Menschen gibt. Viele von uns in diesem Saal müssen das selbst immer wieder erfahren oder kennen Menschen, denen es so geht, und zwar ganz konkret im Alltag und in manchen Fällen Tag für Tag. Es ist deshalb gut, stehen diese Themen in diesem Saal und beim Gemeinderat auf der Agenda. Wie es sich heute Abend zeigt, sind diese Themen auch unbestritten. Das ermöglicht uns als Stadt, nach aussen und innen ein sehr progressives Zeichen zu setzen, auch an die Adresse der anderen politischen Ebenen. Es ist für die Menschen, die mit uns zusammenleben, und für viele von uns ein sehr wichtiges Zeichen.

Zu Traktandum 17: Es geht um das Feiern des IDAHOBIT, das ist der internationale Tag gegen Homophobie, Inter- und Transphobie. Er findet am 17. Mai statt. Im Vorstoss steht, warum. Konkret fordert der Vorstoss, dass jedes Jahr 50 Regenbogen- und 50 Transgender-Flaggen in der Stadt gehisst werden sollen. Auch hierzu ist die Antwort des Gemeinderats zwar recht knapp, aber er will den Vorstoss als Postulat entgegennehmen. Jetzt ist halt eine Motion daraus geworden. Das ist auch nicht so schlimm, weil die Stadt den IDAHOBIT schon längstens bestreitet. Es scheint, als habe dieser Tag sich in dieser Stadt etabliert. Letztes Jahr gab es sogar einen ganzen Aktionsmonat LIKEEVERYONE. Dieses Jahr hing auf dem Erlacherhof die Progressive Pride-Flag. Es scheint also, dass sich der IDAHOBIT in der Stadt etabliert. Wir fänden es aber trotzdem gut, wenn die konkrete Forderung nach den 100 Fahnen in Zukunft auch noch miteinbezogen würde. Vor allem im öffentlichen Raum muss in dieser Thematik ein klares Zeichen gesetzt werden. Der Berner LGBTIQ+-Aktivist und Blogger Daniel Frey hat es getroffen, als er einmal über diesen Vorstoss schrieb, schliesslich werde Bern auch jeden Frühling mit Schweizer und Berner Fahnen geflutet, und zwar wegen der BEA, die vor allem von vielen Bauern und Bäuerinnen besucht werde, obwohl es eigentlich in der Schweiz und sicher auch in Bern mehr queere Menschen gebe als Bauern und Bäuerinnen. Ein Gruss an Daniel an dieser Stelle. Wir schaffen es, die Schweizer und Berner Fahnen mit Regenbogenfahnen zu übertrumpfen.

Zu Traktandum 18: Wir sind froh, hat die Stadt nach der Sparmassnahme des Kantons reagiert, ist mit Überbrückungsleistungen in die Bresche gesprungen und hat geholfen, mit verschiedenen Akteur*innen zu verhandeln. Es gibt in Bern nun ein umfassendes, professionelles Beratungsangebot für schwule und bisexuelle Männer, für lesbische und bisexuelle Frauen und für trans und non-binäre Menschen und für alle, die sich LGBTIQ+-Identitäten zuordnen. Wie Szabolcs Mihalyi schon gesagt hat, finden auch wir, dass die Stadt nach wie vor ein Auge darauf haben sollte. Der Kanton finanziert zwar die Aidshilfe mit, und diese ist an diesem Beratungsangebot beteiligt, aber man weiss bekanntlich nicht, auf welche weiteren Sparideen der Kanton in Zukunft noch kommen könnte.

Zu Traktandum 19: Auch hier begrüssen wir sehr, dass der Gemeinderat im Grundsatz mit uns einig ist, dass es administrative Lösungen braucht, um eine Option für Menschen zu schaffen, die sich mit keinem der beiden binären Geschlechter identifizieren. Es ist einerseits ein Grundrecht, dass kein Mensch gezwungen werden darf, sich irgendwo als Mann oder Frau

einschreiben zu müssen. Viele von uns können sich nur im Ansatz vorstellen, was es für non-binäre und inter Menschen bedeutet, in den zahlreichen administrativen Systemen, mit denen man fast tagtäglich konfrontiert ist, ein falsch zugeordnetes Geschlecht schwarz auf weiss immer wieder anzutreffen und in vielen Fällen Drittpersonen gegenüber vorweisen zu müssen. Der Gemeinderat beschreibt recht detailliert – das finden wir gut –, dass vor allem beim Bund, aber auch in einzelnen Kantonen weitere Optionen zum Personenstand über männlich/weiblich hinaus noch nicht anerkannt werden. Das hat zur Folge, dass auch Institutionen auf anderen Ebenen verpflichtet sind, binäre Personenstandsregister zu führen. Es ist relativ komplex, weil die verschiedenen Personenregister durch technische Schnittstellen miteinander verbunden und z.B. über Gemeindegrenzen hinaus und zwischen verschiedenen Institutionen verknüpft sind. Kommt hinzu, dass das Bundesamt für Statistik im Moment die Institutionen verpflichtet, pro Person binärgeschlechtliche Daten zu erheben. Auch das ist eine grosse Hürde. Es läuft auf Bundesebene im Moment zwar recht viel. Wir warten aber schon recht lange auf Bewegung in der Frage nach einer dritten oder weiteren Option. Vom Bundesrat muss nun aufgrund der Vorstösse auf nationaler Ebene ein Bericht verfasst werden. Wir sind sehr gespannt darauf, was dort passiert. Man weiss aber noch nicht, wie lange es dauern wird. Wir verstehen daher die Sachzwänge auf übergeordneter Ebene und dass eine grundsätzliche Implementierung in sämtlichen städtischen Systemen daher schwierig ist. Wir finden aber auch, dass das nicht heisst, die Stadt solle nicht trotzdem schon jetzt kreative Lösungen suchen und ein wenig Geld dafür in die Hand nehmen, um technisch und juristisch den schon jetzt vorhandenen Handlungsspielraum zu nutzen. Uns irritiert darum der Satz im Vortrag des Gemeinderats, dass es grundsätzlich nicht zulässig sei, beim Personenstand weitere Geschlechtsoptionen über die binären hinaus zur Verfügung zu stellen. Wir sind überzeugt, dass es an der einen oder anderen Stelle, bei denen Verknüpfungen auch mit Personenstandsregistern bestehen, kreative Lösungen jetzt schon möglich sind. Es gibt vermutlich auch das eine oder andere System, das nicht zwingend mit amtlichen Personendaten verknüpft sein muss. Es geht auch um das Weglassen von vergeschlechtlichten Anreden, die von diesen Systemen ausgespuckt werden, etc. Diese braucht es heute eigentlich gar nicht mehr. Es ist wichtig, nicht einfach auf die Bundeslösungen zu warten, sondern anzufangen und vielleicht gemeinsam mit anderen Städten kreative Lösungen zu finden. Einfacher umzusetzen ist die zweite Forderung dieses Vorstosses. Es geht um weitere Optionen bei Formularen. Die Stadt ist via Fachstelle bereits aktiv geworden und hat technische Lösungen für Webformulare im städtischen Web implementiert. Das ist super, aber es erfordert noch einige Arbeit, damit die Verwaltung das auch konsequent nutzt. Wir danken der Fachstelle schon jetzt für diese Arbeit.

Zu Traktandum 21: Auch hier bedanken wir uns beim Gemeinderat für den Einsatz auf Bundesebene. Im Asylrecht auf Bundesebene etwas einzufordern, ist schwierig. Es stellt sich für uns allerdings die Frage, wie viele Ressourcen die Stadt in dieses Vorhaben stecken soll oder ob wir uns nicht vielmehr auf die Frage einer sicheren Unterbringung – wo wir Handlungsspielraum haben –, ein LGBTIQ+-sensible Beratungsangebot oder auch die Sicherstellung des Zugangs zum Gesundheitssystem, insbesondere von trans und non-binären oder inter Menschen konzentrieren sollten. Diese Diskussion ist aufgrund anderer Vorstösse schon im Gang.

Zum Schluss möchte ich mich nochmal ganz herzlich im Namen unserer Fraktion bei Ihnen allen für das solidarische Zeichen bedanken, das wir heute Abend gesetzt haben.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Geschätzte Frauen bis Männer, Bern hat vor einer Woche das Swiss LGBTIQ-Label entgegennehmen können. Bern ist auch Mitglied des Rainbow Cities Networks. Der Gleichstellungsauftrag der Fachstelle für Gleichstellung ist auf queere Anliegen ausgeweitet worden. Sehr viel läuft gut in der Stadt Bern, das nicht zuletzt dank Stadtratsvorstössen, wie sie heute traktandiert sind. Trotzdem findet im Alltag lei-

der laufend eine Diskriminierung queerer Menschen statt, häufig ganz subtil, manchmal aber auch handfest. Dem entgegenwirken kann man, indem man die Sichtbarkeit erhöht, mit dem Ziel, dass diese Minderheiten als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft betrachtet werden können und sie sich nicht mehr rechtfertigen müssen. Die Stadt soll die Vielfalt der Menschen mit all ihren Facetten zeigen dürfen und das ganz besonders am IDAHOBIT am 17. Mai. Die Fraktion GFL/EVP könnte sich aber auch vorstellen, dass es dauerhaftere Aktionen geben könnte oder eben nicht Aktionen, sondern statische Dinge wie z.B. einen Zebrastrifen in Regenbogen- bzw. Transgenderfarben. Warum nicht auch vor dem Bundeshaus? Dem Gemeinderat soll die Freiheit gegeben werden, am IDAHOBIT in geeigneter Form die Sichtbarkeit darzustellen. Wir unterstützen daher auch die Umwandlung von einer Richtlinienmotion in ein Postulat, insbesondere auch, weil wir den Eindruck haben, dass das Postulat das stärkere Instrument als die Richtlinienmotion ist, weil es einen Begründungsbericht geben wird, den wir als Parlament noch ablehnen könnten.

Zum Beratungsangebot: Die Ratsuchenden stammen aus dem Grossraum Bern, aber relativ häufig auch von ausserhalb des Kantons Bern. Entsprechend sollte die Beratung im Raum Bern eine kantonale oder sogar überkantonale Aufgabe sein, die kantonal oder überkantonale unterstützt wird. Eine Übernahme durch den Kanton Bern sollte daher angestrebt werden. Die plötzliche Einstellung der Unterstützungsleistungen per Ende 2016 durch die kantonale Gesundheitsdirektion war fahrlässig gegenüber den Ratsuchenden bzw. respektlos gegenüber denjenigen Organisationen, die sie durchführen, insbesondere gegenüber der Homosexuellen Arbeitsgruppe Bern (HAB). Es war richtig, dass die Stadt eingesprungen ist. Aber die Stadt sollte nicht immer wieder Aufgaben des Kantons übernehmen, nur weil der Kanton eine Kantonsaufgabe nicht mehr will. Auch hier gilt Planungssicherheit bezüglich der finanziellen Beiträge für die betreffenden Organisationen, wie man eine Planungssicherheit im Zusammenhang z.B. mit dem Klimareglement geschaffen hat. Aktuell funktioniert das Beratungsangebot mit dem Checkpoint gut. Besonders wichtig ist es auch für trans Personen, non-binäre Menschen sowie für intergeschlechtliche Personen. Die Beratung bzw. die Gesprächsgruppen werden nicht nur geschätzt und sind nützlich, sondern sie sind sogar matchentscheidend für den weiteren Weg in der Gesellschaft. Dazu gehören: das Selbstbewusstsein zu stärken, die Situation am Arbeitsplatz und mit der Familie diskutieren und nicht zuletzt Kontakte knüpfen zu können. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den letzten Abschnitt des Interfraktionellen Postulats Zillig eingehen, in dem steht: Viele besonders lebensnahe Verwaltungsgebiete, die auch mit trans Menschen in Kontakt kommen, sind auf kommunaler Ebene angesiedelt. Umso wichtiger ist das vorbildhafte Engagement einer Stadt wie Bern.

Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte sind ganz zentral, um die in der Gesellschaft immer noch manifesten Benachteiligungen bewältigen zu können. Wir folgen daher dem Gemeinderat. Die Fraktion GFL/EVP wird das Interfraktionelle Postulat Zillig überweisen.

Liebe Frauen bis Männer, die Fraktion GFL/EVP freut sich, wenn der Stadtrat sich mit Enthusiasmus für die queeren Minderheiten einsetzt. Meine Anrede wurde übrigens unter anderem an der Queer-Ausstellung im Naturhistorischen Museum empfohlen. Diese Ausstellung kann noch bis Ende März nächsten Jahres besucht werden.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Wir haben es schon gehört. Es liegen mehrheitlich Vorstösse vor uns, die schon ein paar Jahre auf dem Buckel haben. Inzwischen hat sich die Ausgangslage geändert. Der Gemeinderat ist zum Teil tätig geworden, die Stadtverwaltung hat auch Abklärungen vorgenommen. Sehr positiv würdigen kann man in diesem Zusammenhang, dass die Fachstelle für Gleichstellung im ganzen LGBTIQ+-Bereich aktiv wurde, damit man eine aktive Politik macht und sich dafür einsetzt, dass das Thema auch als Querschnittsthema in der ganzen Stadtverwaltung verankert wird. Das heisst auch, dass man

mit anderen Fachstellen, mit internen Dienststellen schaut, wie man diesen Aspekt stärker in die gesamtstädtische Politik einbringen kann. Das Thema Intersektionalität ist natürlich auch sehr wichtig. Es ist die Kombination verschiedener Diskriminierungen wie Rassismus, Sexismus und Hate-Speech. Das kommt vor allem aus den USA. Auch in der Schweiz hat man aber jetzt zunehmend mehr Aufmerksamkeit dafür, dass Diskriminierungen auf verschiedenen Ebenen stattfinden und sich zum Teil auch überschneiden. Es ist sehr wichtig, haben wir hier Fachleute, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen können. Ich gehe nicht auch noch auf die diversen Errungenschaften ein, die jetzt mit dem Aktionsplan der Fachstelle für Gleichstellung 2019–2022 schon umgesetzt wurden. Die geleistete Arbeit kann man sehr würdigen. Man sieht sie auch in den Labels, die die Stadt Bern erhalten hat. Letzte Woche war es das Swiss LGBTIQ-Label, das an Organisationen und Verwaltungen für innerbetriebliche Gleichstellung ausgestellt wird. Dann gibt es mit dem Netzwerk Rainbow Cities und trans welcome Gefässe, die für den Austausch sehr wichtig sind. Der Blick zurück auf den ersten Aktionsplan, in den LGBTIQ-Politik aufgenommen wurde, zeigt aber auch, dass noch einiges zu machen ist, damit man von der innerstädtischen oder verwaltungsinternen Sicht wegkommt und auch in der Community tatsächlich Wirkung erzielt. Das ist der Fall bei der gesamten HAB-Beratungsthematik. Man sah, dass der Kanton sich zurückzog. Man hat eine Lösung mit dem Checkpoint der Aids-Hilfe Bern gefunden. Aber diese funktioniert im Grunde nur dank dem sehr grossen Engagement der jetzigen Geschäftsführerin und der finanziellen Beteiligung der Aids-Hilfe Bern. Ich persönlich finde, wenn die Stadt Bern Rainbow City ist und aktiv LGBTIQ+-Politik betreibt – auch mit dem neuen Label –, soll sie sich überlegen, wie sie hier auch in Zukunft unterstützend sein kann. Ich spreche ausdrücklich auch von finanzieller Unterstützung. Das steht einer Stadt mit diesen Labels gut an. Generell möchte ich sagen, dass die Fachstelle Mitte Mai ein Hearing zum neuen Aktionsplan 2023–2026 durchgeführt hat, das ergeben hat, dass viele Betroffene sich in Bern einen urbanen Begegnungsort wünschen, einen Safe Space, für die Community, weil ein solcher heute fehlt. In den verschiedenen Runden des Hearings wurde deutlich, dass ein solcher Ort ein riesiges Bedürfnis ist. Wenn wir nach Zürich schauen, dann sieht man, dass mit dem Regenbogenhaus, das letztes Jahr den Betrieb aufgenommen hat, innert Kürze ein Leuchtturm für die ganze Queer-Community entstanden ist. Es wurde ein Hotspot für den ganzen Stadtteil, den Kreis V. Es ist ein kultureller Ort, ein Ort für gemeinschaftliches Wohnen und ein Safe Space für die ganze Community. Das ist ein Modell, von dem ich finde, man könnte es sich für die Stadt Bern anschauen. Ich habe schon angefangen, Gespräche mit den zuständigen Personen der Fachstelle zu führen. Mir ist bewusst, dass private Träger*innen das machen müssen und nicht die Stadt Bern. Es ist bei Vereinen am richtigen Ort angesiedelt, aber die Stadt Bern und Immobilien Stadt Bern können das sicher unterstützen.

Abschliessend zur Position der Fraktion GLP/JGLP zu den einzelnen Vorstössen: Wir nehmen die Interfraktionelle Motion «Die Stadt Bern setzt ein Zeichen gegen Homo- und Transphobie und Diskriminierung wegen der Geschlechtsidentität und/oder sexuellen Orientierung» als Postulat an. Zur Interfraktionellen Motion «Sicherstellung des Beratungsangebots für die LGBTI-Community» liegt der Begründungsbericht vor. Die Interfraktionelle Motion «Hürden für non-binäre Menschen abbauen» nehmen wir wie der Gemeinderat als Richtlinie an. Das Interfraktionelle Postulat «Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen» nehmen wir ebenfalls an.

Eva Chen (AL) für die Fraktion AL/PdA: Auch hier halte ich das Fraktionsvotum, das ursprünglich von Tabea Rai verfasst wurde. Schön, hat sich das Ratsbüro überlegt, im Pride Month doch noch ein paar LGBT+-Vorstösse zu traktandieren. Störend finden wir die Art und Weise der Traktandierung. Nur, weil es bei allen Vorstössen um LGBT+-Anliegen geht, heisst das nicht, dass die Forderungen inhaltlich gleich sind. Es geht um sehr unterschiedliche The-

men und es wäre daher wichtig, differenziert darüber diskutieren zu können. Die verschiedenen Kulturgeschäfte diskutieren wir ja auch separat und nicht gemeinsam, nur weil überall das Wort Kultur vorkommt.

Es ist krass, müssen wir 2022 überhaupt noch über solche Forderungen diskutieren. Aber genau das zeigt, dass eine genaue Auseinandersetzung mit diesen Themen extrem wichtig wäre. Jetzt machen wir es halt eher kurz und oberflächlich und nehmen die wichtigen Motionen dafür wenigstens auch an. Beim Geschäft unter Traktandum 17 geht es darum, dass die Stadt Bern am IDAHOBIT ein Zeichen gegen Homophobie, Inter- und Transphobie beziehungsweise -feindlichkeit setzt. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort aus dem Jahr 2018 in wenigen Sätzen mehr oder weniger, dass er eigentlich keine Lust hat. Aber wenn es unbedingt sein muss, prüft er es halt. Dieses Jahr haben wir am IDAHOBIT gesehen, dass er es kann. Die Beflaggung am Baldachin wurde in den verschiedenen Social Media-Kanälen gefeiert und hat damit Menschen, die nichts von diesem Tag gewusst haben, ein wenig gebildet. Gerade dieses Wochenende hat es in Zürich wieder mindestens einen homo- und transphoben Angriff gegeben. Es ist leider immer noch wichtig, mit solchen Zeichen auch als Stadt zu zeigen, dass LGBTI-Feindlichkeit nicht geduldet wird. Darum – und weil es ja inzwischen geht – überweisen Sie bitte den Vorstoss als Motion. Zum Begründungsbericht unter Traktandum 18: Wir nehmen den Bericht an. Zu Traktandum 19: Wir sind froh, ist der Gemeinderat bereit, die Hindernisse für non-binäre Menschen zu verringern. Klar, gibt es noch rechtliche Hürden, die man auf nationaler Ebene in Bezug auf weitere Geschlechter noch nehmen müsste, aber in den meisten Bereichen stellt es absolut kein Hindernis dar, sich ausserhalb der binären Geschlechter zu definieren und das auch so festzuhalten. Ja, das gute alte Argument Technik ... Wenn es einmal gesetzlich geregelt ist, kann man auch nicht mehr einfach sagen, technisch sei es schwierig umzusetzen. Wir können auf den Mond fliegen, also werden wir wohl auch unsere Applikationen und Online-Datenbanken entsprechend anpassen können. Auch das Argument, es sei unerlässlich, nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Daten zu haben, um geschlechtergerechte Dienstleistungen anzubieten, ergibt keinen Sinn. Das gleiche Argument ist ja auch schon bei den Wahlen gebracht worden. Wenn Menschen einfach etwas ankreuzen müssen, das sie nicht sind, verfälscht das doch die Studie ebenso, oder hilft auch nicht bezüglich geschlechtergerechter Angebote. Wir werden auch diese Motion annehmen. Bei Traktandum 20 geht es um Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans Personen. Auch diese Forderung sollte längstens umgesetzt werden. Darum empfehlen wir das Postulat zur Annahme. Zu Traktandum 21 will ich nichts sagen.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Eva Chen hat es schon gesagt – heute diskutieren wir eigentlich über eine Selbstverständlichkeit. Und trotzdem ist es immer wieder ein Thema, das mich sehr betrübt. Tagtäglich lesen wir in den Medien über Übergriffe, über Hass gegen Queer-Menschen, insbesondere, wenn man die globale Medienberichterstattung verfolgt, wird es hanebüchen. Darum bin ich stolz und froh, dass ich in einer Regenbogenstadt wohnen darf, die vor einer Woche das Swiss LGBTI-Label erhalten hat, ein Qualitätssiegel, das Organisationen auszeichnet, die sich für die Gleichstellung von Queer-Menschen einsetzen. Dazu möchte ich der Stadt Bern herzlich gratulieren.

Da Mohamed Abdirahim gesagt hat, sie wollten an der Motion festhalten, folgen wir dem Gemeinderat. Wir werden die Motion ablehnen, hätten sie aber in Form eines Postulats angenommen, weil es eine gute Thematik verfolgt. Den Begründungsbericht nehmen wir positiv zur Kenntnis. Das Interfraktionelle Postulat nehmen wir an.

Mohamed Abdirahim (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Geschätzte Anwesende, liebe Dykes, Butches, Enbies, Femme Tops, Bi-Icokone und Powerbottoms, ich habe von gewissen Menschen im und ausserhalb des Rats gehört, dass Fahnen nur dekorativ seien und nicht viel

veränderten. Wer so etwas behauptet, hat noch nie zur LGBTIQ-Community gehört. Schauen wir mal, was solche Fahnen bei jungen queeren Menschen auslösen. Es gibt ihnen Stärke, dass sie gesehen werden, dass es okay ist, wie sie sind, dass sie das nicht verstecken müssen. Es zeigt ihnen, dass sie nicht allein sind und dass auch die öffentliche Hand klar Stellung bezieht: gegen Gewalt, gegen Diskriminierung, gegen Übergriffe. Es zeigt, dass man hier nicht duldet, dass homophobe oder transphobe Menschen zu Hassstaten anstacheln. Diese Art von Sichtbarkeit kann extrem viel bewirken, gerade in einer Zeit, in der Gewalt gegen Queers laut Statistik zunimmt. Diese Statistiken stammen aus der Community selbst, z.B. von den Dachverbänden gegen Hate-Crimes. Zu diesen Zahlen kommt noch eine Dunkelziffer. Mir ist aufgefallen, dass am Pride-Tag die Flaggen schon gehisst waren, wie schon beim Aktionsmonat LIKEEVERYONE oder dem diesjährigen IDAHOBIT. Ich habe genial gefunden, dass das initiiert wurde, auch wenn der Vorstoss noch nicht einmal überwiesen war. Trotzdem muss ich sagen, dass wir den Vorstoss nicht in ein Postulat wandeln werden. Auch die etwas nichtssagende Antwort, dass man überprüfen wolle, ob man Fahnen in der Stadt aufhängen könne, verfängt nicht. Es geht ja, wenn man will. Ich freue mich darauf, dass die Stadt mehr Flaggen kauft und sie überall querbeet aufhängt. Die Fraktion SP/JUSO nimmt den Vorstoss als Motion an. Zu Traktandum 19: Sehr geehrter Herr Grissner oder sehr geehrte Frau Muffner – so beginnen die meisten Briefe, die man bekommt. Oft stimmt das, aber nicht für alle. Non-binäre Menschen bewegen sich nicht in den Kategorien Mann/Frau. Beim non-binären Geschlecht geht es nicht nur um das körperliche Geschlecht, sondern auch um die empfundene Geschlechtsidentität. Klar, kann das für Gewisse etwas fremd wirken, da unsere Gesellschaft fälschlicherweise die Binärität in Stein gemeisselt hat. Es wurde schon gesagt, dass das Geschlecht ein soziales Konstrukt ist. Aber mit der Binärität wurde eine Hürde geschaffen, derwegen non-binäre Menschen sich immer wieder outen müssen oder vielleicht – unabsichtlich – ausgeschlossen sind. Ein Beispiel: auf einer Liste kandidieren. Das ist schwierig, wenn die erste Frage lautet: Herr oder Frau? Das ist eine Thematik, die man anschauen muss, um die Realität unserer non-binären Mitmenschen anzuerkennen und die jetzige Hürde abzubauen. Non-binäre Menschen haben gleich viel Respekt verdient wie cis Personen. Das ist aber im Moment noch nicht Realität. Stellen Sie sich vor, jemand vergässe ständig Ihren Namen, Ihre Titel oder Ihre Pronomen. Non-binären Menschen passiert das sehr oft. Ich finde es schön, dass die Stadt Bern laut Antwort jetzt Bestrebungen in dieser Richtung in Gang setzen will, auch wenn auf Hindernisse auf höherer Ebene verwiesen wird. Die Fraktion SP/JUSO nimmt auch diese Motion als Richtlinie an. Zu Traktandum 20: Transrechte sind Menschenrechte und die Stadt Bern ist daran, das zu anerkennen. Mit dem Aktionsplan der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann war vieles im Köcher, das trans Personen weitergebracht hat. Trans Personen brauchen noch weitere Inklusionsmassnahmen. Ich möchte ein paar Zahlen nennen, weil mir das Thema wichtig ist. Laut Abschlussbericht 2021 des Swiss LGBTIQ+-Panels berichten Angehörige geschlechtlicher Minderheiten über mehr Diskriminierung und weniger Unterstützung als Angehörige sexueller Minderheiten. Trotz der Covid-19-Pandemie, die die Zahl der Kontakte stark reduziert hat, haben 15% aller Angehörigen geschlechtlicher Minderheiten im letzten Jahr Gewalt erlebt. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig Fördermassnahmen für die Inklusion und die Gleichstellung der trans Menschen sind. Weitere Massnahmen braucht es auch ganz klar für geflüchtete LGBTIQ-Menschen. Sie müssen vor queerphober Gewalt geschützt werden, und zwar sowohl im Alltag als auch im Kontakt mit den Behörden. Unsere Behörden müssen deshalb im Umgang mit den Angehörigen sexueller und geschlechtlicher Minderheiten geschult werden. Es braucht Räume, in denen die geflüchteten Menschen sicher sind, damit sie sich dort ohne Angst aufhalten können und keine weiteren Traumata erleben. Ich finde es auch schön, dass die Stadt es in der Antwort auf die Interpellation ähnlich sieht. Ich begrüsse es, dass sie das Thema sehr ernst nimmt.

Zum Schluss möchte ich der Fachstelle für Gleichstellung für ihre wertvolle Arbeit im Hintergrund von Herzen danken. Die Stadt Bern ist auf dem richtigen Weg. Sie ist eine Vorreiterin in der Schweiz. Andere Städte könnten sich eine Scheibe abschneiden. Aber sie darf sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sprich auf dem LGBTIQ-Label, denn es gibt weiterhin sehr viele Baustellen, die man genau so angehen muss wie bis anhin. In diesem Sinn können Sie gerne der Fraktion SP/JUSO folgen und die Anliegen ernst nehmen und nicht nur eine Feigenblattpolitik gegenüber den LGBTIQ-Themen betreiben. Lassen Sie uns die richtigen Massnahmen ergreifen und nicht nur dann Pinkwashing betreiben, wenn es sich medientechnisch anbietet.

Einzelvotum

Anna Jegher (JA!): Noch immer sind queere Menschen verschiedensten Formen von Diskriminierung ausgesetzt, sei es die fehlende Akzeptanz in der eigenen Familie, verbale und körperliche Angriffe auf der Strasse oder im Ausgang oder mangelnde Anerkennung normabweichender Familienformen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die JA! begrüsst daher, dass sich auch der Stadtrat im Pride-Monat mit queeren Themen auseinandersetzt. Wir finden es gut, dass der Gemeinderat sich stärker für die Anliegen der queeren Bevölkerung einsetzen will und deshalb schon einzelne Massnahmen aus den Vorstössen umgesetzt hat. So waren am diesjährigen IDAHOBIT schon ein paar Regenbogenfahnen in der Stadt gehisst, wenn auch keine Transgender-Flagge. Auch bei der Beratungsstelle der HAB ist der Gemeinderat kurzzeitig eingesprungen, bis der Kanton wieder übernommen hat. Da Anliegen von non-binären, inter und trans Personen häufig zu wenig Aufmerksamkeit bekommen, ist aus unserer Sicht die Einbindung entsprechender Organisationen sehr wichtig. An dieser Stelle möchte ich mich auch noch bei der Fachstelle für Gleichstellung bedanken, die sehr gute und wertvolle Arbeit leistet. Ebenfalls wichtig ist die Ergänzung einer dritten, geschlechtsneutralen Option bei städtischen Systemen und Formularen. Fast noch wichtiger ist für uns, die Geschlechtsangaben überall dort zu streichen, wo eine Erfassung nicht nötig ist. Für die JA! ist klar, dass die Stadt Bern eine Verantwortung dafür trägt, die Situation mehrfach marginalisierter Menschen zu verbessern. Es ist daher zentral, dass die Stadt alle möglichen Massnahmen ergreift, um queere Flüchtlinge zu unterstützen, und sich auf Bundesebene für eine Verbesserung der Situation einsetzt. Wir wollen aber trotzdem noch darauf hinweisen, dass die Massnahmen, die wir heute besprechen, allein nicht reichen. Pride-Fahnen und LGBTI-Label sind schön und gut. Es braucht aber auch konkrete Handlungen, sonst betreibt die Stadt nichts anderes als Rainbowwashing. Und davon haben wir diesen Monat schon genug gesehen.

Stadtpäsident Alec von Graffenried: Ich beginne mit einem grossen Dank an den Stadtrat. Ich glaube, der Stadtrat hat uns in diesem Bereich viele Bälle zugespielt. Es wurde kein Pingpong daraus. Wir haben diese Bälle nicht zurückgespielt. Es wurde vielmehr ein sehr konstruktives Zusammenspiel. Wir haben diese Bälle sehr gerne aufgenommen und die Dinge weiterentwickelt. Es handelt sich ja nicht um taufrische Vorstösse, über die wir beraten, aber das spielt keine Rolle. Es geht um die grundsätzliche Stossrichtung, und ganz viele Themen konnten wir meines Erachtens weiterentwickeln. Wir konnten bereits eine grosse Wirkung erzielen, was in Ihren Reihen auch positiv zur Kenntnis genommen wurde. Ich gebe das Lob weiter an die Fachstelle für Gleichstellung und dort namentlich an die Leiterin und Fachfrau für diesen neuen Bereich, Marianne Kauer. Sie konnte mit grossem Engagement, viel Know-how und einer breiten Vernetzung sehr rasch die Leistungsfähigkeit dieser Fachstelle auf den neuen Bereich ausdehnen. Ein grosses Merci an die Fachstelle für Gleichstellung.

Zum Vorstoss betreffend IDAHOBIT: Es ist richtig, wir haben nicht die 50 Fahnen aufgehängt, die verlangt wurden, aber wir versuchen immer mehr Fahnen aufzuhängen. Danke, dass die

Progressive Pride-Fahne auf dem Erlacherhof zur Kenntnis genommen wurde. Ich habe sie nicht gekannt und zum ersten Mal auf dem Erlacherhof gesehen. Auf dieser Fahne sind zusätzliche Farben vorhanden für intersexuelle und transgender Personen. Wir werden das auch in Zukunft machen und den 17. Mai immer feierlich begehen. Wir konnten ihn dieses Jahr mit einem Aktionsmonat unterlegen. Wir werden von Fall zu Fall schauen, welche zusätzlichen Aktionen möglich sind. Der erwähnte Fussgängerstreifen ist etwas komplizierter. Es gilt die Strassenverkehrsgesetzgebung. Als Aktion kann man das machen. Es wäre aber sehr teuer. Wir haben einmal erfahren, dass es rund 23 000 Franken kosten würde, um einen Zebrastreifen in den Pride-Farben anzumalen. Ausserdem dürfte die Bemalung nicht bestehen bleiben, sondern müsste nach der Aktion wieder entfernt werden. Darum haben wir darauf verzichtet.

Die Stadt ist auch dem Rainbow Cities Network beigetreten. Ich glaube, das ist mehr als Rainbowwashing. Wir wollen Massnahmen eben gerade auf der ganzen Breite umsetzen und wir tun es auch. Im Bereich der Sprachsensibilisierung haben wir den Sprachleitfaden. Damit versuchen wir, die Stadtverwaltung zu sensibilisieren. Wenn ich die Kleinen Anfragen anschau, die wir bekommen haben, ist es offenbar auch im Stadtrat angekommen. Bei den Formularen ist es etwas schwieriger, weil denen oft eine kantonale oder eidgenössische Gesetzgebung zugrunde liegt, die verlangt, dass man z.B. beim Rentenalter eben definieren muss, ob es eine Frau mit Rentenanspruch ab 64 Jahren ist oder ein Mann mit Rentenalter 65. Es gibt halt Bereiche, in denen die alten Geschlechterrollen noch weiterhin wirken.

Zum Beratungsangebot: Danke an Anna Jegher. Sie hat es richtig gesagt. Es war so: Das Beratungsangebot hat es nicht mehr gegeben. Es gab darauf sehr viele Vorstösse, die Motion hier im Stadtrat, mit der Sie uns eingeladen haben, das Beratungsangebot wieder aufzubauen. Wir haben das gemacht. Während zwei Jahren haben wir in Absprache mit allen Beteiligten beim Checkpoint der Aids-Hilfe Bern ein Beratungsangebot aufgebaut. 2019 und 2020 haben wir das aus der Stadtkasse finanziert. Parallel dazu haben wir aber auch Gespräche mit dem Kanton geführt, weil wir der Meinung sind, und das ist auch so, dass der Kanton das Beratungsangebot finanzieren sollte. Seit 2021 finanziert nun tatsächlich der Kanton das Angebot. Es ist weiterhin in die Aids-Hilfe integriert, aber man sieht das nicht mehr, denn es ist nun im Leistungsvertrag, den der Kanton mit der Aids-Hilfe vereinbart hat. Das ist ein Leistungsvertrag über mehrere Hunderttausend Franken. Dort sind die 30 000 Franken nun integriert. Das Beratungsangebot ist sichergestellt. Die entsprechenden Fachpersonen sind bei der Aids-Hilfe vorhanden. Es gibt zwar gewisse personelle Wechsel, aber die Aids-Hilfe achtet darauf, dass die Fachberatung beim Checkpoint stets gewährleistet ist. Das hat gut funktioniert. Die Interfraktionelle Motion, die der Stadtrat damals überwiesen hat, hat Früchte getragen und konnte entsprechend umgesetzt werden. Der Kanton nimmt jetzt seine Verantwortung wieder wahr.

Zum Aktionsplan: Den haben Sie studiert. Ich glaube, dieser Aktionsplan konnte erfolgreich umgesetzt werden. Zu den Massnahmen, die im Bereich LGBTIQ umgesetzt wurden, gehört der Aktionsmonat, den man einmal wegen der Pandemie verschieben musste, der aber nun doch durchgeführt werden konnte. Dazu gehört auch, dass die Stadt sich als Arbeitgeberin zu dem Swiss Label LGBTI bekannt hat. Die Auszeichnung haben wir letzte Woche bekommen. Das ist nun ein Auftrag. Wir müssen bereits an die Re-Zertifizierung denken und entsprechende Massnahmen neu aufsetzen und als LGBTIQ-freundliche Arbeitgeberin gewisse Dinge etwas systematischer umsetzen. Wir haben bisher einzelne Dinge gemacht, weil wir das auch wollen, aber dank dem Prüfungskatalog des Labels können wir jetzt die Massnahmen viel systematischer umsetzen. Das wird bestimmt auch in den Aktionsplan 2023–2026 einfließen, der jetzt in Vorbereitung ist. Sie haben festgestellt, dass die Hearings stattgefunden haben. Der Plan wird nun ausgearbeitet und wir werden ihn Ende Jahr vorstellen können, so dass wir 2023–2026 wieder einen neuen Aktionsplan haben. Darin werden zusätzliche Massnahmen für den Bereich LGBTIQ integriert sein. Anfangs 2023 wird es einen gewissen Höhepunkt ge-

ben, weil die EuroGames nach Bern kommen. In der letzten Juliwoche werden die EuroGames stattfinden. In wenigen Wochen werden wir mit einer grösseren Unterstützung für die EuroGames auf den Stadtrat zukommen. Wir werden eine grosse Gebührenbefreiung und eine Unterstützung beantragen. Die EuroGames sind mit einer grossen Gay-Pride verbunden. Diese Pride wird am Samstag, 29. Juli 2023 zum Abschluss der EuroGames stattfinden. Wir erwarten 10 000 bis 15 000 Personen. An den EuroGames machen zwischen 3 000 und 3 500 Sportler*innen mit. Wir werden zu diesem Zeitpunkt die Stadt auch beflaggen. Es braucht 200 Fahnen. Das ist eine Gelegenheit, um die Stadt damit auszustatten und die Fahnen anzuschaffen, falls der Stadtrat zustimmt. 2023 wird sicher ein Jahr, in dem die Bemühungen und der Wandel der Stadt Bern zur Rainbow City noch sichtbarer werden. Im Übrigen werden wir die Massnahmen auch in Zukunft weiterentwickeln. Ich glaube, das ist ein Bereich, in dem wir die Vielfalt der Stadt tatsächlich auch leben und die Offenheit, die wir in dieser Stadt wollen, auch aktiv fördern können. In diesem Sinn, herzlichen Dank für Ihre Ideen. Wir nehmen sie sehr gerne auf und bemühen uns, sie auch umzusetzen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich. (38 Ja, 19 Nein, 4 Enthalten) [Namen](#) 022

18 Interfraktionelle Motion SVP, GLP/JGLP, AL/GPB-DA/PdA, GB/JA!, FDP/JF, BDP/CVP, SP/JUSO (Rudolf Friedli, SVP/Janine Wicki, GFL/Tabea Rai, AL/Leena Schmitter, GB/Patrick Zillig, GLP/Dannie Jost, FDP/Philip Kohli, BDP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Sicherstellung des Beratungsangebots für die LGBTI-Community; Begründungsbericht

2017.SR.000111

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Motionär*innen: Als ehemaliges Vorstandsmitglied der Homosexuellen Arbeitsgruppe Bern (HAB) möchte ich noch kurz auf das aktuelle Beratungsangebot, das hier diskutiert wird, eingehen. Man hat irgendwie den Eindruck, ein Coming-out als LGBTIQ-Mensch sei 2022 relativ einfach. Das ist nicht so. Jeder Mensch durchläuft einen sehr persönlichen Prozess, wenn er oder sie feststellt, dass er oder sie halt anders ist. Ein angemessenes Beratungsangebot ist für diese Menschen essenziell. Gerade Menschen aus den LGBTIQ-Gruppen sind sehr viel anfälliger für z.B. psychische Belastungen. Das aktuelle Angebot in Zusammenarbeit mit der Aids-Hilfe Bern ist somit unverzichtbar. Aber das Engagement der Stadt Bern ist es genauso. Auch der Kanton zahlt zwar einen kleinen Beitrag an dieses Angebot, aber wie bei vielen anderen sozialen Angeboten hat der Kanton in den vergangenen zehn Jahren wiederholt bewiesen, dass er kein verlässlicher Partner ist. Darum ist gerade die Stadt Bern in der Pflicht, auch in Zukunft dieses überregionale Angebot für LGBTIQ-Menschen zu gewährleisten. Darum wird das Angebot weiterhin auch von der finanziellen Unterstützung durch die Stadt Bern abhängen.

Diskussion siehe Traktandum 17

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Begründungsbericht zur Motion.

**19 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA, GB/JA! (Mohamed Abdirahim, JUSO/Valentina Achermann, SP/Eva Gammenthaler, AL/Ursina Anderegg, GB):
Hürden für non-binäre Menschen abbauen**

2021.SR.000053

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 18. August 2021

Diskussion siehe Traktandum 17

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich.

20 Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, AL/GaP/PdA, BDP/CVP, GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, (Patrick Zillig, GLP/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Milena Daphin-off, CVP/Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Mohamed Abdirahim, JUSO): Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen

2018.SR.000263

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 24. April 2019

Ursina Anderegg (GB) für die Einreichenden: Mit diesem Postulat fordern wir den Gemeinderat auf zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Trans*-Organisationen umfassende Massnahmen zur Gleichstellung und Sicherung der Grundrechte von trans Personen erarbeitet werden sollen. Und diese sollen in den Aktionsplan Gleichstellung von Frau und Mann integriert und in diesem Rahmen umgesetzt werden können. Mit dem Begriff trans* meinen wir in diesem Postulat alle Menschen, die keine binäre cis Geschlechtsidentität haben, das heisst, wenn die Geschlechtsidentität nicht mit dem von aussen zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt. Das können Personen sein, die transbinär, nonbinär, intergeschlechtlich, agender etc. sind. Menschen, die trans sind, erleben in ihrem Alltag sehr viel Diskriminierung und Ausschlüsse. Es geht um falsche Anreden, sogenanntes Misgendering, um Zwangs-Outings-Situationen, um unpassende WC- und Garderobenanlagen, um einen Sprachgebrauch, der sie unsichtbar macht. Es geht um die Nichtanerkennung ihrer Identität auf struktureller und direktpersönlicher Ebene. All diese Ausschlussmechanismen sind strukturell grundrechtlich hoch problematisch und für die Betroffenen können sie im Alltag extrem belastend sein. Wir wissen, dass die Depressions- und Suizidrate von trans Menschen erhöht ist. Viele werden sozial isoliert. Die Erwerbslosenquote ist fünfmal höher als im schweizerischen Durchschnitt. Häufig sind trans Menschen vermehrt körperlicher Gewalt ausgesetzt. Der Alltag ist im Vergleich zu cis Menschen für viele sehr anstrengend und teilweise sehr belastend. Der UN-Menschenrechtsrat hat schon 2011 eine Resolution verabschiedet, die unter anderem die Beendigung von staatlicher Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität fordert. In den letzten Jahren ist international und auch bei uns in der Schweiz vieles gemacht worden, um die Situation zu verbessern. Aber wir sind noch lange nicht dort, wo wir sein müssten. Ein erster, ganz zentraler Schritt ist immer die Anerkennung der Geschlechtervielfalt über Männer und Frauen hinaus

und das konkrete Ergreifen von Massnahmen, das der Komplexität an Ausschlussmechanismen, wie ich sie genannt habe, gerecht werden kann. Darum haben wir auch gefordert, dass die Thematik analog zur binären Geschlechtergleichstellung in das bewährte Instrument des Aktionsplans integriert werden soll; und zwar, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt, in enger Zusammenarbeit mit Organisationen, die über Expertise verfügen und die Betroffenenperspektive direkt in die Massnahmen einfliessen lassen können. Das Postulat ist etwas älter. Es stammt aus dem Jahr 2018. Die Antwort des Gemeinderats ist auch ein wenig alt. Sie datiert aus dem Jahr danach. Offenbar ist der Gemeinderat gleicher Meinung wie wir und beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Wir wissen zwar nicht genau, warum. Es hätte uns wundergenommen, warum er mit uns gleicher Meinung ist. Dazu steht nichts in der Antwort. Vielleicht könnte man beim nächsten Mal etwas dazu schreiben. Aber da wir ja grundsätzlich daran interessiert sind, was in diesem Bereich alles läuft, kann man sich auch anderweitig informieren. Wir wissen, dass schon einiges gemacht wurde. Wir begrüssen das sehr. Im laufenden Aktionsplan Gleichstellung sind bereits Massnahmen betreffend Geschlechtervielfalt vorgesehen. Erst vor kurzem gab es wieder ein Hearing der Stadt mit verschiedenen Akteur*innen aus dem trans Bereich. Wir sind sehr froh, anerkennt der Gemeinderat – und wir alle in diesem Saal – den Handlungsbedarf und ist schon aktiv geworden. Wir bedanken uns ganz herzlich für die grosse Zustimmung. Das ist ein wichtiges Zeichen nach aussen für alle trans Menschen in der Stadt und darüber hinaus.

Diskussion siehe Traktandum 17

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (60 Ja, 1 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 023

21 Interpellation Tabea Rai (AL): Betreffend Situation der LGBT-Geflüchteten (Lesbian, Gay, Bi, Transgender) in Bern – Einschätzung der Problemlage und Bereitschaft für ein Engagement beim Bund betreffend Anerkennung der Fluchtgründe im Asylgesetz und für die Erarbeitung von Lösungen mit anderen Gemeinden

2018.SR.000218

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Eva Chen (AL): Ich kann mich ganz kurzfassen. Im Namen der Interpellantin Tabea Rai möchte ich mich beim Gemeinderat für seine Ausführungen und seine Bereitschaft, sich beim Bund für LGBT+-Geflüchtete einzusetzen, bedanken. Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden.

Diskussion siehe Traktandum 17

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden.

22 Interpellation Thomas Glauser (SVP): Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von LGBTIQ-Menschen auch im Marzilbad – Werden Männer im Freibad Marzili diskriminiert?

2020.SR.000051

Quorum für die Diskussion wird nicht erreicht. (17 Ja, 37 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 021

Thomas Glauser (SVP): Ich bin von einem Bürger angesprochen worden, dass im Marzilbad Männern wie Frauen das FKK-Baden im «Bueberli» möglich sei. Nach der Sanierung des Bades gibt es laut meinem Informanten nur noch die Frauenzone. Das Männerbad sei geschlossen. Der Gemeinderat hat geantwortet, dass Nacktbaden schon seit den 60er Jahren verboten sei. Das erstaunt mich. Das sind 59 Jahre. Also hat man 59 Jahre zugeschaut und toleriert, dass dort Männer nackt badeten. Daraus hat sich eine Art Gewohnheitsrecht ergeben. Und nach dem Umbau werden die Männer im Grunde genommen jetzt diskriminiert. Wenn wir schon von Gleichberechtigung sprechen, dann hätte man entweder vorher eingreifen müssen, damit die Männer dort nicht mehr nackt baden durften, oder man hätte es erlauben können. Aber scheinbar ist das gesetzeswidrig.

Diskussion siehe Traktandum 17

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

23 Motion Fraktion BDP/CVP (Milena Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP): Strukturdiskussion und neues Modell für die Sparte Schauspiel von Konzert Theater Bern

2018.SR.000100

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, Punkt 1 als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 14. November 2018

Milena Daphinoff (Mitte) für die Motionär*innen: Dieser Vorstoss ist auch schon einige Jahre alt und wurde 2018 vom Gemeinderat behandelt. Ich bin froh, dass er nun endlich dem Rat vorliegt. Vorweg eine Bemerkung: Die Motion wirkt veraltet. Man kann sagen, die Affäre Märki ist abgeschlossen. Der Stiftungsrat wurde neu zusammengesetzt. Wir sind einen guten Schritt weiter. Vieles hat sich in den letzten Jahren zum Guten gewandelt. Das möchte ich durchaus nicht negieren. Aber wir werden an der Motion in der Form einer Motion festhalten. Denn ich finde, die Grundsatzforderung nach einer Strukturevaluation von Bühnen Bern ist nicht veraltet. Ich sage das jetzt auch vor dem Hintergrund der Kulturbotschaft, die vor Kurzem rausging. Ich kann dazu schon vorwegnehmen, dass wir als Fraktion Mitte über die erneute Kürzung bei Bühnen Bern nicht glücklich sind. Wir finden, entweder haben wir diese Struktur, haben wir dieses Haus als Mehrspartenhaus und dann tragen wir auch Sorge dazu, schauen, dass anständige Löhne bezahlt werden, dass transparent kommuniziert wird. Wir schauen hin. Oder aber wir lassen es bleiben und stellen die kulturpolitische Forderung auf, dass wir das in dieser Form in der Stadt Bern nicht brauchen. Alles dazwischen ist weder Fisch noch Vogel und nicht korrekt gegenüber all jenen Menschen, die für die Kultur in diesem Haus alles ge-

ben. Sprich, die Strukturevaluation und -diskussion braucht es. Somit halte ich an diesem Vorstoss fest und bitte Sie, die Motion als Motion zu überweisen, damit für die nächste Leistungsperiode diese Diskussion mit dem Stiftungsrat ernsthaft geführt wird, damit wir sehen, ob die Struktur, die wir heute haben, trägt. Das Berner Modell ist nämlich ein recht eigenartiges, das noch die Handschrift Marcel Brühlarts trägt. Sie wissen, der Vorstoss ist eine Richtlinienmotion. Sie ist deshalb nicht bindend, aber sie würde zumindest, falls Sie sie überweisen, eine Strukturdiskussion weiterhin am Leben erhalten, in der Kulturbotschaft Bühnen Bern wieder in den Fokus rücken und die Frage danach, was wir von diesem Haus möchten und erwarten, und danach, in welcher Form wir bereit sind, das mitzutragen, auch aufrechterhalten. Ich finde, das ist nur fair und korrekt als Subventionsgeberin.

Der Stadtratspräsident Manuel C. Widmer verlässt kurz den Saal. Der Vizestadtratspräsident Michael Hoekstra übernimmt die Leitung der Sitzung.

Fraktionserklärungen

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wie Milena Daphinoff schon gesagt hat, ist der Vorstoss vor dem Hintergrund der Affäre Märki zu verstehen. Aber darüber hinaus hat er auch heute noch seine Gültigkeit. Wie hierarchisch-autoritär Theater strukturiert sind, ist eine Diskussion, die in der Branche schon lange geführt wird. Das Residenztheater in München hatte vor einigen Jahren einen Eklat, als der Intendant einer kritischen Journalistin Hausverbot erteilte. Oder der Schauspieler Shenja Lacher kündigte und legte seine Beweggründe offen. Er prangerte das patriarchale System am Theater an. Sonst wird Kritik häufig nur hinter vorgehaltener Hand geübt, weil alle aktiven Ensemblemitglieder um ihr Engagement fürchten müssten. Auch ist die geltende Praxis störend, dass bei einer neuen Intendanz oder Spartenleitung immer noch das ganze Ensemble ausgetauscht werden kann; eine aus meiner Sicht unzumutbare Praxis. Warum ist einem Schauspielchef oder einer -chefin nicht zuzumuten, mit bestehenden Ensemblemitgliedern zu arbeiten? Das ist mir schleierhaft. Alles mit der Kunst zu begründen, scheint mir fadenscheinig. Themen, die in der Branche schon lange diskutiert werden, sind der Nichtverlängerungsschutz und der Schutz der Ensemblevertretung. Wir möchten Konzert Theater Bern (KTB) oder Bühnen Bern, wie es heute heisst, nahelegen, die Strukturdiskussion zu führen und alte Gewohnheiten über Bord zu werfen, damit die Bühnenstoffe, in denen es oft um Liebe, Freiheit und Selbstbestimmung geht, nicht nur auf der Bühne zelebriert werden, sondern auch im alltäglichen Arbeitsalltag von Ensemblemitgliedern wahr werden. Mehr Mitspracherecht auf allen Ebenen täte den Theatern gut. Die Fraktion SP/JUSO wird den Vorstoss als Motion annehmen.

Stadtratspräsident Manuel C. Widmer übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Ich mache es ganz kurz. Unsere Fraktion hat sehr grosses Verständnis für diesen Vorstoss. Aber es gibt ein kleines Dilemma. Auf der einen Seite kann man argumentieren, dass KTB oder eben Bühnen Bern eine privatrechtliche Institution ist, die eigentlich für die internen Abläufe selbst zuständig ist. Auf der anderen Seite steht die Argumentation, die auch legitim ist und welche die Motionärin und die Fraktionssprecherin SP/JUSO dargelegt haben. Wenn die öffentliche Hand derart viele Subventionen für dieses Haus spricht, entsteht zu einem gewissen Grad der Anspruch oder der Wunsch, bei gewissen Dingen, die innerhalb des Hauses passieren, mitreden zu können. Unsere Fraktion hätte den Vorstoss als Postulat unterstützt. In der Form der Motion, selbst als Richtlinienmotion, müssen wir ihn leider ablehnen. Der Teufel liegt im Detail, und zwar bei Punkt 2. Es wird dort gefordert, dass es eine Strukturanpassung geben muss. Ohne diese Anpassung darf es

keine Vertragsverlängerung geben. Man nimmt damit der geforderten Strukturevaluation das Ergebnis voraus, indem man sagt, dass, wenn am Ende dieser Evaluation nicht eine Anpassung erfolgt, der Vertrag gekündigt werden muss. Wir müssen uns leider darauf stützen, wie der Vorstoss eingereicht ist, weil wir so darüber abstimmen. Darum kommt unsere Fraktion nach erneuter Evaluation des Geschäfts zum Schluss, weil Bühnen Bern eine privatrechtliche Organisation ist, gewisse Strukturdiskussionen oder auch Lohnverhältnisse oder Anstellungsbedingungen innerhalb des Hauses geklärt und geregelt werden müssen.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Merci für diese Motion. Sie ist sehr aus jener Zeit heraus geboren, im Nachgang zur Ablösung des Schauspielchefs. Unterdessen ist Ruhe eingekehrt. Der Stiftungsrat ist praktisch vollständig ausgewechselt worden. Eine neue Leitung ist am Werk. Namentlich im Schauspiel ist eine sehr vielversprechende Leitung am Werk. Wir werden in der Kommission etwa im September eine Kulturdebatte führen. Wir werden im Stadtrat im Winter darüber diskutieren. Dann können wir auf all das zurückkommen. Ich glaube, Bühnen Bern ist jetzt gut unterwegs. Ich glaube nicht, dass wir vor der Erneuerung des Vertrags grundsätzlich darüber diskutieren müssen. Die finanzielle Unterstützung wurde letzten Herbst im Rahmen der Budget- und Finanzplandebatte diskutiert. Ich bin sehr offen und froh, dass wir diese Kulturdebatte führen und miteinander besprechen können, wie wir unsere grossen Häuser und die Leistungsvereinbarungen begleiten sollen. Im Moment stehen wir in einem regelmässigen Austausch mit der Intendanz, mit der Geschäftsleitung und namentlich mit dem Stiftungsrat und am engsten mit unseren beiden Vertreterinnen im Stiftungsrat, der Stiftungsratspräsidentin Nadine Borter und der Stiftungsrätin Sibyl Matter. Über ihre Berichterstattung versuchen wir Einfluss auf Bühnen Bern zu nehmen und Bühnen Bern in diesem Sinn zu führen, wie wir das wollen. Ich finde, es läuft im Moment nicht schlecht. Wir konnten grosse Fortschritte im Bereich der Lohngleichheit machen, aber wir konnten vor allem grosse Fortschritte im Bereich der Qualitätssteigerung machen. Ich persönlich bin überzeugt, dass wir im Moment die beste Schauspielsparte haben, die wir in den letzten Jahren je hatten, und freue mich sehr auf die nächste Saison und auf die neuen Produktionen. Ich freue mich aber auch darauf, mit Ihnen die Diskussionen über die Kultur zu führen, namentlich in der Kulturdebatte im Herbst und Winter.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich. (37 Ja, 18 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 024

24 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler EVP): KTB: Neue Transparenz- und Informationsregelung im Vertrag zwischen KTB, Kanton und Stadt Bern; Prüfungsbericht

2016.SR.000220

Bettina Jans-Troxler (EVP): Dieser Vorstoss ist noch älter als der vorherige. Er stammt aus dem Jahr 2016. Ich mache es kurz. Wir finden die Antwort des Gemeinderats, die notabene aus dem Jahr 2019 stammt, minimalistisch und auch legalistisch. Man beruft sich auf das Gesetz, das schon besteht. Aus unserer Sicht fehlt die Einsicht, dass in der Kommunikation Verbesserungspotenzial besteht oder damals bestand, und dass auch gegenüber dem Hauptgeldgeber – Stadt, Kanton, Region – und damit auch allen Steuerzahler*innen eine proaktive Kommunikation zu erwarten ist, die Vertrauen aufbaut und nicht Vertrauen zerstört. Deshalb weisen wir den Prüfungsbericht zurück und freuen uns, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Fraktionserklärung

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Auch dieser Vorstoss fällt in die Ära Märki. Stefanie Graefes Freistellung hatte damals für einigen Unmut gesorgt. Aber darüber hinaus gebe ich den Einreichenden des Vorstosses recht. Ein mit Steuergeldern finanziertes Haus sollte transparent informieren, es sei denn, der Persönlichkeitsschutz ist davon betroffen. Die Stadt hat ihre Kontrollpflicht damals nicht wahrgenommen. Auch wenn bei Personalangelegenheiten der Persönlichkeitsschutz eine grosse Rolle spielt, ist es die Aufgabe der im Stiftungsrat vertretenen Finanzierungsträgerin auf derartigen Machtmissbrauch zu achten und Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Antwort auf den Vorstoss und der Verweis auf das kantonale Informationsgesetz ist vor dem Hintergrund der Affäre Märki eigentlich billig. Da wurde jahrelang unter dem Deckel gehalten, dass zwei Mitglieder der Geschäftsleitung eine Liaison miteinander haben. Sind also die Theaterhäuser die letzten Fürstentümer, in denen Intendanten schalten und walten können, wie es ihnen beliebt? Diese Frage müssen wir uns alle stellen und am besten, die Intendantinnen und Intendanten stellen sie sich selbst. Die Fraktion SP/JUSO wird den Prüfungsbericht ablehnen.

Stadtpräsident Alec von Graffenried: Ich bin ein bisschen ungehalten. Vorhin haben Sie eine Motion überwiesen, die eine alte Intendanz und einen Stiftungsrat, der inzwischen zu 100% erneuert ist, betroffen hat. Jetzt kommt ein Vorstoss, der eine Zeit betrifft, als auch noch ein anderer Stadtpräsident im Amt war. Man kann natürlich bis Christi Geburt zurückgehen und Forderungen aufstellen dazu, was in der Vergangenheit alles hätte geändert werden müssen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir das KTB zu Bühnen Bern umgebaut haben. Es sind ein neuer Stiftungsrat und eine neue Leitung am Ruder. Was Sie hier betreiben, ist L'art pour l'art.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Prüfungsbericht ab.
(19 Ja, 40 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 025
2. Die Frist für die Vorlage eines neuen Prüfungsberichts dauert bis 31.12.2022
(46 Ja, 9 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 027

25 Motion Henri Beuchat (SVP): Ausgabenmoratorium Kulturbudget der Stadt Bern

2018.SR.000117

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.
Bern, 28. November 2018

Alexander Feuz (SVP): Ich muss Sie enttäuschen. Sie hoffen jetzt auf ein fulminantes Votum meinerseits. **Leider muss ich den Vorstoss zurückziehen.** Es fällt mir zwar schwer. Aber ich bin von Tom Berger darauf aufmerksam gemacht worden und ich habe mit Katharina Altas darüber gesprochen, dass, so wie das Moratorium nun besteht – 36,4 Mio. Franken waren es 2018 –, keinen Sinn macht, denn jetzt geben wir weniger aus. Ich würde also ein Eigengoal schießen, wenn ich diesen Vorstoss aufrechterhalten würde. Aber ich habe immer gesagt, dass ich mich nicht entmutigen lassen, wenn der Gemeinderat Vorstösse während Jahren verschleppt und unsere Vorstösse jahrelang im Stadtrat nicht trak-

tandiert werden. Ich habe gerade auf der Liste nachgeschaut. Es gibt einen Vorstoss von Erich Hess aus dem Jahr 2016. Das ist der älteste. Er möchte durch eine Änderung der GO eine Listenverbindung ermöglichen. Er ist immer noch nicht an die Reihe gekommen. Er wird wahrscheinlich noch so lange hinausgeschoben, bis es dem Stadtpräsidenten zur Wiederwahl reicht. Mit einer Listenverbindung könnte es knapp werden. Darum verliere ich nun trotzdem ein paar Worte zu diesem Thema. Das Problem ist klar: Wir geben zu viel Geld aus. Wir geben es auch ungerechtfertigt aus. Ich habe immer gesagt, es könne ja nicht sein, wenn Sie überall das Hohelied der Nichtdiskriminierung singen, dass Sie dann in der Kultur der SVP den Zugang zur Reithalle verwehren. Das ist nur ein Beispiel. Es gibt zuhauf andere. Ich ziehe die Motion zurück. Leider gibt es nun keine Diskussion dazu. Ich möchte nur noch sagen: Es darf nicht sein, dass der Gemeinderat durch die Verschleppung von Traktanden profitiert. Wir haben um eine Dringlichkeitserklärung ersucht, aber sie wurde verweigert. Wir werden dazu noch das Geschäftsreglement diskutieren. Ich bin leider am 7. Juli in der Mongolei und kann an dieser Sitzung nicht teilnehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Motionär zieht die Motion zurück.

26 Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA und SVP (Luzius Theiler, GaP/Tabea Rai, AL/Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Die Existenz der bestehenden Kleintheater in der Altstadt ist zu sichern!

2019.SR.000098

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 4. September 2019

Simone Machado (GaP) für die Motionär*innen: Auch seit der Einreichung dieser Motion ist einige Zeit vergangen. Inzwischen hat das Puppentheater einen Leistungsvertrag mit der Stadt. Keine Mittel aus dem Topf der Kulturförderung hat hingegen das Narrenpacktheater erhalten. Das Ensemble um Jeannine Brechbühl, Piero Bettschen und Corinne Vorburger präsentiert an der Kramgasse 30 seit 38 Jahren gesellschaftskritische Aufführungen. Das Narrenpacktheater ist rechtlich ein Verein und erhält im Jahr 2022 keine Fördergelder, weder Mittel aus dem Altstadtcredit noch eine Programmförderung; das, obwohl das Narrenpacktheater die Voraussetzungen für diese Fördergelder erfüllt. Es hat während Jahren genügend Aufführungen produziert, ausgenommen 2021, als es coronamassnahmenbedingt selbstredend einen Einbruch gab. Das Narrenpacktheater öffnet den Altstadtkeller für andere Kulturschaffende. Das Narrenpacktheater ist anders. Der Mensch steht im Zentrum der Aufführungen. Es erzählt ehrliche Geschichten, die aus dem Leben gegriffen sind und «keine hochgeistige und theoretische Kopfkultur», wie einst Lukas Vogelsang, Redaktor des Kultur- und Kunstmagazins *Ensuite*, schrieb. Jetzt ist die finanzielle Situation der traditionsreichen Kleinkunsthöhne akut schlecht. Ohne Beiträge der Stadt gibt es auch keine Beiträge des Kantons. Diese Motion würde also genau im richtigen Zeitpunkt diesem Kleinkunsttheater helfen weiterzubestehen. Stimmen Sie deshalb der Motion zu und erhalten Sie diese Perle der Klein-

kunst in der Berner Altstadt. Wir wollen die Motion nicht wandeln, weil das nicht helfen würde. Diese Kleinkunsthöhne zieht übrigenß Gäfte aus dem ganzen Kanton an.

Fraktionserklärung

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Sie sind sicher überrascht, dass die SVP diesen Vorstoss auch unterstützt. Wir haben uns auch eingesetzt für das Theater für die Kleinen. Für mich sind das Institutionen, die es verdienen unterstützt zu werden. Ich war sehr überrascht, dass der Gemeinderat das lange nicht wollte. Jetzt hat man es gemacht. Ich bin genau der gleichen Meinung: Es sind wieder Vorstösse, die nach Jahren traktandiert werden. Ich habe immer gesagt, dass man Kultur für die Grossen und die Kleinen anbieten müsse. Gerade das Theater – ich habe das damals mit anderen Stadträten gesehen, als ich dort war –, das die kleinen Dinge macht, das Puppentheater zum Beispiel, ist ein niederschwelliger Zugang für Kinder und Jugendliche. Ich erinnere mich daran, als ich als kleiner Bub mit meiner Tante so etwas besucht habe. Es hat mir gefallen und ein bisschen den Weg zur Kultur geöffnet. Solche Dinge öffnen den Weg, aber nicht irgendein experimentelles Gestürm mit Transgender oder was auch immer. Man muss nicht komplizierte Dinge machen, sondern einfache. Das Narrenpacktheater ist sicher nicht auf meiner politischen Linie. Aber ich unterstütze es. Denken Sie daran, wir haben hier in der Stadt ganz verschiedene Player. Und wenn Sie Kulturförderung machen wollen, müssen Sie beim Einfachen beginnen, mit einfachen Stücken, an denen die Kinder Freude haben, mit Gut und Böse, Schwarz und Weiss. Das ist der Schlüssel zur Kultur.

Denken Sie an die Kleinen und unterstützen Sie die Motion. Wenn Sie Opern produzieren und es geht in die Hose, das heisst, die Vorstellungen nicht gut besucht werden, dann ist das enorm teuer. Ich kann damit leben. Ich kann mit experimenteller Musik leben, aber denken Sie daran, es muss gesamthaft stimmen. Und deshalb gehören das Narrenpacktheater und das Puppentheater für mich dazu.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Danke für die Debatte zu den Kleintheatern. Wir haben in der letzten Unterstützungsperiode einen neuen Kredit für die Altstadt Keller geschaffen, um diese Kleintheater zu unterstützen. Das Narrenpacktheater wurde während der ersten zwei Jahre auch unterstützt. Die Bedingung ist, dass die Kleintheater offen sind, dass Aufführungen stattfinden können und dass sie ein minimales Angebot, das heisst, eine gewisse Spielzeit ausweisen können. Das Narrenpacktheater konnte dann diese Auflagen nicht mehr erfüllen und erhält für die Jahre 2022/23 keine Unterstützung. Das Puppentheater erhielt die Unterstützung die ganze Zeit hindurch und bekam noch zusätzliche Gelder. Es ist gemäss Kulturbotschaft vorgesehen, dass das Puppentheater ab Periode 2024 einen Leistungsvertrag bekommen soll. Andere Kleintheater wie das ONO, das auch ein entsprechendes Programm bietet, werden schon lange unterstützt. Wir sind sehr offen für die Unterstützung der Kleintheater. Ein weiteres Kleintheater, das nun neu unterstützt wird, ist das Käfigturmtheater, das zum ersten Mal aus dem Altstadtcredit unterstützt wird. Wir haben versucht, etwas für die Kleintheater zu machen. In diesem Sinn können Sie diese Motion ablehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (10 Ja, 39 Nein, 6 Enthalten) [Namen](#) 026

Der Präsident stellt fest, dass die Vorstösse unter Traktandum 28, 29, 30 und 31 bestritten sind.

*Er dankt für die saubere Debatte und weist auf das alljährliche Stadtrats-Aareschwimmen hin, das am Donnerstag, 18. August in der Pause der Stadtratssitzung stattfinden wird, und auf das Berner Stadtfest am kommenden Freitag, Samstag und Sonntag. Er bittet die Stadträt*innen, sich nach Möglichkeit am Eröffnungsapéro, der Eröffnungsrede des Stadtpräsidenten auf dem Bundesplatz oder am Fest zu zeigen.*

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- 27 2020.SR.000200 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Nadja Kehrli-Feldmann/Laura Binz, SP/Rafael Egloff, JUSO): Transkulturelle Öffnung der Kultur-Institutionen: Musterleistungsverträge anpassen, Kulturfördergremien divers besetzen und bei den Controlling-Gesprächen überprüfen
- 28 2020.SR.000278 Postulat Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Laura Binz, SP): Mit Leistungsvertrag subventionierte Häuser zeigen sich solidarisch mit selbstständigen Künstler*innen in Bern
- 29 2019.SR.000186 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Laura Binz, SP): Diversity in der Sparte Musik
- 30 2020.SR.000341 Motion Fraktion GB/JA! (Sophie Achermann, GB): Lohntransparenz und Gleichstellung in subventionierten Theaterbetrieben
- 31 2021.SR.000097 Postulat Fraktion SP/JUSO (Rafael Egloff, JUSO/Katharina Altas/Nadja Kehrli/Laura Binz, SP): Informationspflicht zu Lohnstruktur und Gagenentrichtung in Berner Kulturinstitutionen
- 32 2018.SR.000043 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Yasemin Cevik, SP): Verbesserung der Altersvorsorge von freischaffenden Künstlerinnen und Künstler in Bern; Begründungsbericht
- 33 2016.SR.000175 Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Bewilligungsverfahren für alle Kulturschaffenden vereinfachen; Begründungsbericht
- 34 2019.SR.000159 Motion Fraktion GFL/EVP (Michael Burkard, GFL): Ausstieg aus der Flughafen Bern AG
- 35 2019.SR.000073 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gräni-cher, SVP): Bern Welcome oder Bern goodbye? Wie geht es mit Bern Welcome weiter?
- 36 2019.SR.000074 Interpellation Fraktion SVP (Hans Ulrich Gräni-cher/Alexander Feuz, SVP): Bern Welcome und Förderverein Bern Tourismus: Gibt es hier Interessenkonflikte?
- 37 2018.SR.000148 Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Michael Sutter, SP): Reparationen statt selbstverpflichtete Wohltätigkeit der Burgergemeinde – Anerkennung einer gemeinsamen historischen Verantwortung
- 38 2020.SR.000135 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Peter Marbet, SP): Was geschieht nach dem Wegzug der Deza?

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP): Digitales Abfallmanagement im öffentlichen Raum
2. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Simone Richner/Vivianne Esseiva, FDP): Schätzung der Minderkosten beim Zinsaufwand der Stadt Bern aufgrund des Wegfalls der Verrechnungssteuer auf Obligationen schweizerischer Körperschaften?
3. Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GB/JA! (Michael Ruefer, GLP/Katharina Gallizzi, GB/Alexander Feuz, SVP): Hindernisse für Fussgänger*innen abbauen: Winkelriedstrasse der geplanten Siedlungsentwicklung anpassen
4. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Simone Machado (GaP), Thomas Glauser (SVP): Viererfeld: Welche Entschädigung erhält die Stadt Bern für die Überlassung des Areals als Containerdorf? Wollte die Stadt mit ihrem Vorgehen die Abstimmung über die 120 Millionen teure Erschliessung in ihrem Sinne präjudizieren und Anwohnende von der Einlegung von Rechtsmitteln abhalten?
5. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Simone Machado (GaP), Thomas Glauser (SVP): Wildwuchs durch Velorowdys! Was unternimmt die Stadt dagegen? Soll dies akzeptiert werden?
6. Kleine Anfrage Fraktion GLP/JGLP (Maurice Lindgren, GLP): Wie unterstützt die Stadt Bern Private bei der Energiewende?
7. Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Rahel Ruch, GB/Diego Bigger, SP/Lukas Gutzwiller, GFL/Therese Streit, EVP): Spielraum für Mietzinskontrolle in der Stadt Bern?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

X

X

Manuel C. Widmer

Anita Flessenkämper